

Preussische Allgemeine



Nr.17 · 30. April 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Konflikte von morgen

Wie neue Formen der Kriegsführung, hochmoderne Technologien und bislang kaum wahrgenommene Krisenherde unsere Welt bedrohen

Seite 12 und
Kommentar Seite 8



Im Gespräch Der frühere Bundesminister Carl-Dieter Spranger Seite 3



Geschichte Wie Islam und Christentum von der Pest profitierten Seite 10

FOTOS: SHUTTERSTOCK/MAGOPHOTOHEIRBAK6

AUFGEFALLEN

Den Bischof stört nur die Flagge

Erst wehte die Antifa-Flagge nur am Bug der „Sea Watch 4“, dann wurde sie durch die Betreiber des „Flüchtlingsrettungsschiffes“ noch „sichtbarer weiter oben“ platziert. Amtsträger der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), allen voran deren Ratsvorsitzender, der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, zeigen sich immer wieder als wort- und zahlungsmächtige Unterstützer der „Flüchtlingshelfer“. Nachdem es erhebliche Kritik am Symbol der gewaltaffinen Linksextremen gegeben hatte, richtete Bedford-Strohm eine Art Bitte an die Besatzung: „Ich würde es ausdrücklich begrüßen, wenn die Flagge alsbald eingeholt wird, da die Diskussion darum das eigentliche Anliegen der Seenotretter zunehmend unsichtbar macht.“

Dass die Flagge der „Antifaschistischen Aktion“ für verfassungsfeindliche Ziele steht und sich die „Seenotretter“ mit der Antifa identifizieren, war dem Bischof wohl bewusst geworden, oder man hatte es ihm gesteckt. Allerdings bemühte er sich sofort, den „guten“ Antifaschismus abzugrenzen: „Wo Menschen unter dem Label des Antifaschismus Gewalt anwenden oder dazu aufrufen, macht mich das zornig. Mit wirklichem Antifaschismus hat das für mich nichts zu tun.“

Dass die durch den Verein „Sea Watch“ betriebene „Seenotrettung“ an sich eine problematische Angelegenheit ist, die nicht selten mit schlichter Schleppelei gleichgesetzt wird, bleibt für Bedford-Strohm außen vor. Erik Lommatzsch

POLITIK

Wenn Journalismus aufhört und PR beginnt

Seit der Ausrufung Annalena Baerbocks zur Kanzlerkandidatin beteiligen sich weite Teile der Medien ungeniert an der Selbstinszenierung der Grünen

VON RENÉ NEHRING

Die deutschen Leitmedien haben zumeist eine hohe Meinung von sich und ihrer Mission. Sie feiern sich gern als „Sturmgeschütz der Demokratie“ wie der „Spiegel“ oder als Hort des Liberalismus wie die „Zeit“.

Mit diesem Selbstverständnis beobachten sie Tag für Tag das politische Geschehen und beschränken sich dabei nicht nur auf die Berichterstattung, sondern nehmen auch für sich in Anspruch, über den Lauf der Dinge urteilen zu dürfen. Sie prüfen zum Beispiel, ob Politiker ihren Aufgaben gewachsen sind oder in ihren Aussagen bei der Wahrheit bleiben. Präsidenten im Ausland geben sie gern Haltungsnoten, wobei sie ihnen nicht selten absprechen, Demokraten zu sein.

Allerdings sind die Analytiker in ihren Betrachtungen oft weit von der postulierten Neutralität und Unabhängigkeit entfernt. Vielmehr hängt ihr Urteil fast immer vom gesellschaftlichen Standpunkt der Kommentatoren und der von ihnen betrachteten Akteure ab. All dies ist bekannt und gewohnte Praxis.

Mit der Berufung der Grünen-Vorsitzenden Annalena Baerbock zur Kanzlerkandidatin haben jedoch zahlreiche deutsche Leitmedien ein Niveau erreicht, das mit Journalismus kaum noch etwas zu tun hat. So titelt etwa der „stern“ in seiner

jüngsten Ausgabe: „Endlich anders. Annalena Baerbock will neue Spielregeln für die Politik. Wie weit wird sie kommen?“ Der „Spiegel“ legt nach mit „Die Frau für alle Fälle. Annalena Baerbock. Wer sie ist – und warum keiner mehr an ihr vorbeikommt“. Andere Zeitungen jubeln gar über den „grünen Triumph“; ganz so, als ob „die Annalena“ – wie sie die Kandidatin freudinnenhaft nennen – bereits Kanzlerin ist.

Weitergabe grüner Inszenierungen

Ebenso bedenklich wie die wohlwollenden Textzeilen sind die Porträts auf den Titelseiten: Fotografien, die weithin sichtbar und ohne jede Einschränkung das Bild einer jungen, strahlenden, dynamischen Powerfrau vermitteln – und jegliche Distanz zu der von ihnen beschriebenen Politikerin von vornherein aufheben.

Nun ist es das gute Recht einer jeden Partei und ihrer Repräsentanten, möglichst positiv in der Öffentlichkeit dastehen zu wollen und sich entsprechend zu inszenieren. Und es ist ebenso das gute Recht eines jeden Journalisten, politische Akteure nicht nur zu kritisieren, sondern diese auch zu loben. Doch wenn wie im vorliegenden Fall die Beschreibenden ungeprüft die Inszenierung der Beschriebenen übernehmen, ist dies die Weitergabe von PR – und eben kein Journalismus.

Entsprechend der optischen Übernahme der grünen Selbstinszenierungen unterbleiben denn auch fast überall kritische

Nachfragen, was die Deutschen inhaltlich von einer etwaigen Kanzlerin Baerbock erwarten können. Während die Medien etwa genüsslich über den Machtkampf zwischen dem CDU-Vorsitzenden Laschet und seinem CSU-Kollegen Söder berichteten, wollten sie bis auf wenige Ausnahmen noch nicht einmal wissen, warum Baerbock den Zuschlag vor ihrem weitaus erfahreneren Co-Vorsitzenden Robert Habeck erhalten hat.

Wie gesagt: Niemand ist gezwungen, eine Politikerin einfach so zu kritisieren. Doch sollte, wer zu den relevanten Stimmen dieses Landes gehören will, nicht wenigstens einmal kritisch nachfragen, was eine Frau, die den Anspruch erhebt, ein Land von über 80 Millionen Einwohnern regieren zu wollen, überhaupt vorhat?

Wie beabsichtigt Baerbock zum Beispiel, die darbenende Wirtschaft nach der Corona-Pandemie wiederzubeleben? Wie steht sie zur gegenwärtigen Einschränkung bürgerlicher Grundrechte oder zu den Bedrohungen der inneren Sicherheit? Und wie stellt sie sich die Lösung der zahlreichen außenpolitischen Konflikte vor, um die Deutschland aufgrund seiner größeren internationalen Verantwortung keinen Bogen machen kann?

Die Antwort auf diese und weitere Fragen sollten die Deutschen durchaus kennen, bevor „die Annalena“ eventuell demnächst Kanzlerin wird. Für einen Selbstfindungstrip ist dieses Amt zu wichtig.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Harsche Kritik am geplanten „Wiederaufbau-Fonds“ der Europäischen Union Seite 7

Kultur

Die Ausbreitung einer Kultur des Beleidigt-Seins in Film, Kunst und Literatur Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Das Frühlingseminar für die deutschen Gruppen im südlichen Ostpreußen Seite 13

Reise

Österreich plant die Öffnung von Gastronomie und Tourismus Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Fehlauslösung eines Atomkriegs? Im Nuklearzeitalter haben die Atommächte eine enorme Verantwortung. Auftritte Joe Bidens werfen die Frage auf, ob der US-Präsident in dieser Hinsicht seinem Amt gewachsen ist

Ein Befehlshaber als Sicherheitsrisiko

Demokraten im US-Kongress wollen die alleinige Entscheidungsgewalt des Präsidenten beenden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor dem Hintergrund der Berichte über die wiederholten kognitiven Ausfälle bei dem 78-jährigen US-Präsidenten Joe Biden machten drei Dutzend demokratische Kongressabgeordnete kürzlich den Vorschlag, dass der „mächtigste Mann der Welt“ künftig nicht mehr allein über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden solle. Damit wollen sie ein System reformieren, das auf dem von John F. Kennedy unterzeichneten „National Security Action Memorandum No. 272“ vom 13. November 1963 beruht. Als Lehre aus der Kuba-Krise hatte der Präsident den Militärs damals die eigenständige Verfügung über ihre nuklearen Angriffssysteme entzogen. Die Autorisierung von Atomschlägen obliegt seitdem ausschließlich dem jeweiligen Amtsinhaber im Weißen Haus, der nicht nur Staatsoberhaupt und Regierungschef, sondern auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist.

Biden steht im 79. Lebensjahr

Technisch sind zur Erteilung des Angriffsbefehls zwei Komponenten erforderlich. Da wäre zum einen der schwarze Aktenkoffer des US-amerikanischen Reisegepäckherstellers Zero Halliburton, „Nuclear Football“ oder „President's Emergency Satchel“ (Notfallranzen des Präsidenten) genannt. Dieser fungiert als mobiles Lagezentrum und wird dem Präsidenten unablässig von einem Militäradjutanten hinterhergetragen. Er enthält das „Black Book“, ein vom United States Strategic Command (USSTRATCOM) bereitgestelltes Verzeichnis aller potenziellen nuklearen und nicht-nuklearen Angriffsoptionen der USA, sowie die von der National Security Agency (NSA) generierten Emergency Action Messages (EAM) beziehungsweise „Go Codes“. Nur mit diesen ist es möglich, den Startschuss für die im „Black Book“ aufgelisteten Attacken zu geben.

Zum anderen benötigt der Präsident individuelle Autorisierungscodes, um sich gegenüber dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff, JCS) im National Military Command Center (NMCC) des Pentagons als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu identifizieren und den „Go Codes“ Wir-



Auch in Bidens Amtszeit hat der US-Präsident jederzeit Zugriff: Atomkoffer

Foto: action press

kung zu verleihen. Diese „Gold Codes“ trägt er selbst unmittelbar am Körper. Sie befinden sich auf einer kleinen Plastikkarte in der Größe einer Kreditkarte, dem sogenannten Biscuit, der aus den Laboren der NSA stammt und täglich gewechselt werden muss. Um die Sache noch sicherer zu machen, stehen auf dem „Biscuit“ mehrere Codes, von denen nur dessen Träger selbst weiß, welche die jeweils gültigen sind.

Beide Hilfsmittel versetzen den Präsidenten der Vereinigten Staaten in die Lage, bei Bedarf ohne jede weitere Abstimmung mit der Militärführung rund 1500 eingespeicherte Ziele in Russland, China, Nordkorea und dem Iran mit über 700 Atomraketen angreifen zu lassen.

Wiederholte kognitive Ausfälle

Angesichts der enormen Wichtigkeit des richtigen Umgangs mit dem Atomkoffer sowie der Karte mit den „Gold Codes“

dürfte es dabei keinerlei Pannen oder Nachlässigkeiten geben. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass diese trotzdem vorkommen. Beispielsweise trennte sich Gerald Ford bei einem Besuch in Paris für längere Zeit von dem Mann mit dem „Nuclear Football“. Fords Amtsnachfolger Jimmy Carter erlaubte dem Adjutanten während eines Urlaubs nicht, im selben Haus zu übernachten, sodass dieser mit dem Koffer in einem zehn Kilometer entfernten Motel unterkommen musste. Carter war es auch, der den „Biscuit“ in seiner Anzugasche vergaß, woraufhin die Karte in der chemischen Reinigung landete. Als Ronald Reagan 1981 von dem Attentäter John Hinckley niedergeschossen wurde, blieben die „Gold Codes“ ebenfalls mehrere Stunden lang verschwunden. George Bush senior ließ den Träger des Atomkoffers auf einem Tennisplatz in Los Angeles stehen, woraufhin der im Taxi nachfolgte. Ähnlich zerstreut handelte Bill

Clinton 1999. Daher hatte der Adjutant auch hier die undankbare Aufgabe, dem Präsidenten hinterherzujagen.

Nun steht abzuwarten, ob Biden sich ähnliche oder gar schlimmere Patzer im Umgang mit dem „Nuclear Football“ oder dem „Biscuit“ leistet und wie gegebenenfalls die Reaktionen hierauf aussehen. Um das schlimmste Unheil, nämlich die Auslösung des Dritten Weltkrieges durch eine geistig verwirrte Person im Weißen Haus, zu verhindern, kennt das US-Recht derzeit nur einen Weg: Der Vizepräsident sowie die Mehrheit der Kabinettsmitglieder und der Abgeordneten des Kongresses müssen zu der Ansicht gelangen, dass der Präsident amtsunfähig sei. Dann könnte er aufgrund des 25. Zusatzartikels der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika abgesetzt werden. Dieses Procedere kostet allerdings wertvolle Zeit, die im Ernstfall wohl kaum zur Verfügung stünde.

TSCHEGET

Russlands Version des Atomkoffers

Neben Joe Biden besitzt auch der russische Präsident Wladimir Putin einen Atomkoffer. Der heißt in diesem Fall „Tscheget“ – nach einem Berg im Kaukasus – und bietet Zugang zum Kawkas- beziehungsweise Kasbek-System, über das die Koordination der nuklearen Verteidigung Russlands erfolgt. Zwei weitere derartige mobile Kommunikations- und Kommandostationen sollen sich in den Händen des Verteidigungsministers und des Generalstabschefs befinden. Russischen Quellen zufolge können die Startbefehle für die Atomraketen normalerweise nur von den drei formellen Oberbefehlshabern der Nuklearstreitkräfte Moskaus gemeinsam erteilt werden.

Doch es geht auch anders. Weil die Gefahr besteht, dass der Gegner einen „Enthauptungsschlag“ führt und damit die gesamte Führungsspitze im Kreml und anderswo ausschaltet, entwickelten sowjetische Spezialisten zwischen 1979 und 1985 das „Tote Hand“-System „Perimetr“. Das erlaubt Gegenschläge auch, wenn große Teile des eigenen Landes in Schutt und Asche liegen und keiner der zur Auslösung berechtigten Militärs oder Politiker mehr lebt. Dazu verfügt „Perimetr“ über unzählige Sensoren, welche die Radioaktivität und Temperatur messen. Im Falle eines plötzlichen Anstiegs würde das System sofort Anfragen an die Kommandoebene senden. Sollte daraufhin keine Antwort erfolgen, wäre der Moment zum Start einiger Spezialraketen gekommen, die Signale zur Freigabe des Einsatzes russischer Atomwaffen senden. Anschließend könnten auch rangniedere Offiziere die Feuerbefehle erteilen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hieß es zunächst, „Perimetr“ funktioniere nicht mehr. Dann freilich teilte der Oberbefehlshaber der Strategischen Raketentruppen Russlands, Generaloberst Sergej Karakajew, 2011 mit, das System sei eine Warnung an die NATO, die Russland einzukreisen versuche, und natürlich weiterhin betriebsbereit. Daran dürfte sich bis heute nichts Wesentliches geändert haben. W.K.

GESCHICHTE

Knapp an der Katastrophe vorbeigeschrammt

In beiden Supermächten gab es mehr als einen Fehlalarm, der zum Atomkrieg hätte führen können

Seit Anbruch des Atomzeitalters stand die Welt mehrmals kurz vor der irrtümlichen Auslösung eines vernichtenden nuklearen Konflikts. So meldete das Frühwarnsystem der USA in Thule auf Grönland am 5. Oktober 1960, dass sowjetische Atomraketen auf das Gebiet der Vereinigten Staaten zuflögen und sich in nurmehr 2500 Meilen Abstand befänden. Tatsächlich hatten die Radargeräte aber den 250.000 Meilen entfernten Mond erfasst. Das wurde noch bemerkt, bevor die US-Raketen die Startbefehle erhielten.

Am 23. Mai 1967 fielen alle US-Radaranlagen in Nordgrönland, Kanada und Schottland gleichzeitig aus. Daraufhin wurde zunächst ein Angriff des Geg-

ners vermutet und zum Gegenschlag angesetzt, der Irrtum jedoch noch rechtzeitig erkannt. Diesmal waren heftige Strahlungsausbrüche auf der Sonne die Ursache.

Der nächste große und beinahe fatale Fehlalarm ereignete sich am 9. November 1979. Damals ertönten in mehreren Kommandozentralen des Pentagons Warnungen vor einem massiven atomaren Angriff der Sowjetunion. Allerdings kamen diese von irrtümlich abgespielten Übungstonbändern.

Und am 3. Juni des Folgejahres signalisierten die Computer der US-Militärs erneut anfliegende sowjetische Atomraketen. Dabei sollte es sich mal um 200

und dann wieder nur um zwei handeln. Das Vorkommnis resultierte aus einem fehlerhaften Mikrochip, der einen Angriff vorgegaukelt hatte.

Auch die Gegenseite erlebte diverse Schrecksekunden. Das erste Mal geschah dies während der Kuba-Krise im Oktober 1962, als sich sowjetische U-Boote fälschlicherweise von der US-Marine bedroht fühlten und ihre nuklearen Torpedos abschießen wollten.

Eine weitere höchst brenzlige Situation trat am 26. September 1983 ein. Damals erhielt Oberstleutnant Stanislaw Petrow von der strategischen Luftraumüberwachung der UdSSR die Nachricht, auf der Malmstrom Air Force Base in

Laut Schätzungen von Experten der US-amerikanischen Sandia National Laboratories lag die Zahl sämtlicher nuklearer Fehlalarme alleine zwischen 1950 und 1968 bei 1200

Montana seien fünf gegnerische Atomraketen gestartet worden. Allerdings hielt der umsichtige Offizier es für extrem unwahrscheinlich, dass die USA mit so wenigen Raketen angreift, und gab daher keinen Großalarm. Am nächsten Morgen stellte sich dann heraus, dass der Überwachungssatellit Kosmos 1382 auf Sonnenreflexe reagiert hatte.

Und am 25. Januar 1995 stand selbst der damalige russische Präsident Boris Jelzin unmittelbar davor, „Vergeltungsschläge“ gegen die Vereinigten Staaten anzuordnen. Grund hierfür war der plötzliche und unerwartete Start einer norwegischen Black-Brant-Forschungsrakete.

„... in vielen Bereichen ein Sanierungsfall“

Über die Hinterlassenschaften der Ära Merkel für Deutschland und die Union, das Agieren der Bundesregierung während der Corona-Pandemie und die Zukunft der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU

IM GESPRÄCH MIT
CARL-DIETER SPRANGER

Er gilt als Urgestein der CSU, war unter anderem drei Jahrzehnte Abgeordneter und acht Jahre Bundesminister in der Ära Helmut Kohl. Insofern kennt Carl-Dieter Spranger nicht nur das Innenleben der Union, sondern er weiß auch um die programmatischen Fundamente, auf denen die beiden Schwesterparteien einst errichtet wurden. Umso besorgter sein Blick auf deren Lage in der Gegenwart.

Herr Spranger, Sie haben in Ihrer Zeit als Abgeordneter und Minister zahlreiche politische Höhen und Tiefen der jüngeren Geschichte erlebt. Wie blicken Sie heute, in Zeiten der Corona-Pandemie, ganz allgemein auf die deutsche Politik?

Mit großer Sorge – vor allem wegen der bisher propagandistisch und finanziell verschleierte Folgen von 16 Jahren Merkelismus. Die Bundeskanzlerin hat mit ihren Gefolgsleuten in der Partei die CDU und Deutschland in vielen Bereichen zum Sanierungsfall gemacht.

Inwiefern?

Merkel hat mit ihren Gefolgsleuten Deutschland auf den Weg zu einer rot-grünen Republik gebracht. Mit unzähligen Entscheidungen wie Ausstieg aus der Kernenergie und Wehrpflichtpraxis, bei Euro-„Rettung“, Transfer- und Schuldenunion, illegale Masseneinwanderung, sozialdemokratische Koalitionsverträge und Personalentscheidungen sowie Absage an Markkerne der Union in der Wirtschafts-, Rechts-, Bildungs- und Familienpolitik.

Wäre Deutschland ohne Merkel heute ein anderes Land?

Natürlich. Und zwar ein Land ohne die eben beschriebenen Fehlentwicklungen.

Die Bewertung des Wandels der letzten Jahre verläuft meistens zwischen den beiden Polen „notwendige Modernisierung“ und „inhaltlich-programmatische Entkernung“. Wie bewerten Sie diesen Prozess?

Mit „Modernisierung“ haben diese rot-grüne Infizierung von CDU und CSU und deren Folgen nichts zu tun. Sondern eher mit einer Abkehr von vielen Fundamenten der früheren Union unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß.

Während der letzten Monate standen im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung immer wieder fachlich zuständige CDU-Politiker in der öffentlichen Kritik. Neben der Bundeskanzlerin vor allem Gesundheitsminister Spahn und Wirtschaftsminister Altmaier. Wie bewerten Sie das Agieren der Schwesterpartei der CSU in den vergangenen Monaten?

Die Politik dieser Drei schadet und schadet sowohl Deutschland als auch dem Ansehen der Union. Leider lässt die Union dies zu.

Wo sehen Sie die Ursachen dafür, dass manche Minister den Eindruck vermitteln, überfordert zu sein?

Sie vermitteln ja nicht nur den Eindruck, sie sind überfordert – und auch nicht qualifiziert für die ihnen gestellten Aufgaben. Die einfalllosen Lockdown-Maßnahmen mit weitgehender Lahmlegung des öffentlichen Lebens ersetzen nicht den Schutz und die Kontrolle im Privaten und Beruflichen durch schnellen, umfassenden Maskenschutz, durch Impfen und Testen. Bei der Corona-App, der Auszahlung von Staatshilfen, dem Existenzschutz von Selbstständigen, Klein- und Mittelständlern in Handel, Gastronomie, Kultur, Sport, Touristik hat die Bundesregierung erhebliche Fehler gemacht.



„Abkehr von vielen Fundamenten der früheren Union unter Adenauer, Erhard, Kohl und Strauß“: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Fotos: imago/photothek

Vor allem die Kanzlerin wirkt während der Corona-Zeit wiederholt planlos, konzeptlos und führungsschwach. Zu Beginn der Pandemie kämpfte sie lange für offene Grenzen, anstatt – auch im Zusammenspiel mit der EU – durch Kontrollen dafür zu sorgen, dass das Virus gar nicht erst nach Deutschland und Europa kommt. Sie vermässelte die Impfstoff-Bestellung ebenso wie die Beschaffung ausreichender Testkapazitäten. Die jüngsten Dramen waren das Chaos um die „Oster-Ruhe“, die die Kanzlerin den Deutschen zunächst verordnete, um sie kurz darauf wieder zurückzurufen, sowie zuletzt der „Bundes-Lockdown“, der nach Medienberichten selbst von den Juristen des Kanzleramts kritisch betrachtet wurde. Wie bewerten Sie die Führung der Bundeskanzlerin in der Krise?

Die Kanzlerin wirkte nicht nur so – sie war planlos, konzeptlos und führungsschwach. Sie ist eben das Hätschelkind der rot-grünen Medienkartelle, insbesondere der öffentlich-rechtlichen, und der beeinflussenden bezahlten Meinungsumfrageindustrie. Das sieht man in einer Ernstfall-Situation wie der Pandemie, wo sich schwer vertuschen lässt, ob jemand führen kann oder nicht.

Zum Chaos um die „Oster-Ruhe“ hatte Merkel immerhin gesagt, dass sie dafür die alleinige Verantwortung übernimmt. Zugleich hat sie im Anschluss weitergemacht, als wäre nichts geschehen. Hätte sie zurücktreten oder wenigstens die Vertrauensfrage stellen müssen?

Die österliche Verzeihungsbitte war sicherlich ein geschickter Schachzug. Viele bekundeten Respekt, anstatt Merkel das von ihr angerichtete Chaos vorzuhalten. Ein Rücktritt oder die Vertrauensfrage kamen für sie natürlich nicht in Betracht, wie auch nicht früher bei den oben genannten viel schwerwiegenderen Fehlern.

Und wie bewerten Sie das Agieren der CSU in dieser Zeit? Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat ja von Beginn an den strengen „Corona-Sheriff“ gegeben. Damit hat er zwar hohe Zustimmungswerte eingefahren – andererseits das Infektionsgeschehen im Freistaat Bayern auch nicht in den Griff bekommen.

Leider ja. Und leider hat sich unter Markus Söder auch die CSU dem Merkel-Kurs angepasst, sodass die Union heute kaum noch unterscheidbar von Rot-Grün ist.

Welche Folgen wird all dies für die Union haben? Kann sie noch die große Kraft der Mitte sein? Immerhin hat sie die Abwanderung wirtschaftsliberaler und konservativer Anhänger sowie die Entstehung einer neuen Partei neben sich zugelassen.

Die seit Jahren schlechten Wahlergebnisse der CDU und das Entstehen der AfD, auf das Sie anspielen, sind nur eine der Folgen. Wie eingangs gesagt, Sorge ich mich vor allem darum, dass der Niedergang der CDU eine rot-grün bestimmte Republik mit all ihren Fehlentwicklungen befördert.

Im kommenden Herbst steht die Wahl zum nächsten Bundestag an. Wer kann Ihrer Meinung nach am besten die Union aus der Krise führen?

Das weiß ich nicht.

Als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Union steht nun zumindest Armin Laschet fest. Auf dem Weg zu seiner Nominierung ist Deutschland Zeuge eines seltenen Schauspiels geworden: Zunächst gelobten die Vorsitzenden von CDU und CSU öffentlich, in großer Einigkeit einen Kandidaten nominieren zu wollen – und anschließend rangen sie dann hinter den Kulissen mit allen Mitteln um das Amt. Wie bewerten Sie diesen Prozess?

Dieser Prozess war sicherlich nicht schön, aber demokratisch legitimiert und gestaltet. Die Kampagnen dagegen waren hingegen so verlogen wie die Lohhudeleien über die duale Hinterzimmer-Mauschelei der beiden grünen Vorsitzenden, die mit „demokratisch“ nichts zu tun hatte.

Und wie werten Sie das Ergebnis, dass die Union nun mit Armin Laschet als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl zieht?

Der Kandidat Laschet macht mir weniger Sorge als der Zustand der CDU, wie ihn Merkel und ihre Gefolgsleute verschuldet haben.

In den Tagen nach der Entscheidung sickerte durch, dass mehrere CDU-Größen

„Wie gesagt
sorge ich mich
vor allem
darum, dass der
Niedergang der
CDU eine rot-
grün bestimmte
Republik mit all
ihren Fehl-
entwicklungen
befördert“

in nächtlicher Runde Markus Söder und seinem Generalsekretär Markus Blume ultimativ klargemacht hätten, unter keinen Umständen einen CSU-Kandidaten akzeptieren zu können, weil ansonsten die CDU auseinanderzufallen drohe und sich die Partei gleich wieder einen neuen Vorsitzenden suchen müsse. Sollte man einen Kandidaten nicht danach aussuchen, wer die größten Siegchancen hat?

Sollte das „Durchgesickerte“ stimmen, wäre das eine skandalöse Erpressung. Natürlich sollte der Kandidat mit den besten Chancen nominiert werden. Doch wer ist das? Die bezahlte und oft gesteuerte Meinungsforschungsindustrie oder die rot-grünen Medienkartelle insbesondere der Öffentlich-Rechtlichen zum Maßstab zu machen, wäre keine verantwortungsvolle Politik.

Und was sagt es über den Zustand der CDU unserer Tage aus, dass sie mit der Schwäche ihres Vorsitzenden argumentieren muss, um diesen für die Spitzenkandidatur durchzudrücken?

Das zeigt abermals, wie Merkel und ihre Gefolgsleute die CDU demoliert haben.

Im Anschluss an das harte Ringen haben sowohl Söder als auch Laschet die Einigkeit der Union betont. Aber wie kann diese Einigkeit praktisch funktionieren, wenn die größere Parteischwester zwar regelmäßig und gern die Stimmen der kleineren mitnimmt (die CSU holt ja im Bundestag allein zumeist ein Fünftel bis ein Viertel der Fraktionsmandate), dieser aber den Zugriff auf die Kanzlerkandidatur immer nur dann überlässt, wenn sie sich selbst den Sieg nicht zutraut?

Die Weigerung der CDU, einen CSU-Kandidaten zu akzeptieren, erschüttert zweifelsohne die Fundamente der Union von CDU und CSU. Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine selbstständige Partei und keine Filiale der CDU. Auf dieser Grundlage muss die Union neu gegründet werden. Eine Gefahr für die gemeinsame Fraktionsgemeinschaft sehe ich zwar nicht, aber eine gute Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit waren die Umstände der letzten Wochen sicherlich auch nicht.

Das Interview führte René Nehring.

Zur Person



Carl-Dieter Spranger ist seit 1968 Mitglied der CSU und war von 1972 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 1982 bis 1991 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Von 1991 bis 1993 war Spranger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie von 1993 bis 1998 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

● MELDUNGEN

Forschung statt Ideologie

Washington – Die Endocrine Society, eine internationale Organisation, die sich mit hormonellen und stoffwechselbedingten Erkrankungen beschäftigt, fordert im Namen ihrer rund 18.000 Mitglieder, die Geschlechterforschung zu intensivieren. Allerdings nicht die sattsam bekannte politische korrekte Spielart, der zufolge Geschlechter lediglich soziale Konstrukte darstellen, sondern die biomedizinische Form. Bei der Gelegenheit stellten die Medizinerin Aditi Bhargava von der University of California in San Francisco und die anderen Unterzeichner des Aufrufs gleich explizit klar, dass es lediglich zwei biologische Geschlechter gebe und die Differenzen zwischen diesen praktisch jeden Bereich der Humanmedizin tangierten. Dem müsse man deutlich mehr Beachtung schenken als bisher. So sei beispielsweise immer noch weitgehend offen, warum das Risiko eines Mannes, an COVID-19 zu sterben, mehr als doppelt so hoch liege wie das einer Frau. **W.K.**

Heimarbeit macht krank

Hamburg – Die wegen der Corona-Pandemie verstärkt ausgeübte Heimarbeit macht ganz offensichtlich krank. So ergaben Untersuchungen der gesetzlichen Krankenkasse DAK-Gesundheit, dass die Zahl der Ausfalltage wegen Rückenbeschwerden 2020 um sieben Prozent höher lag als 2019. Hierzu passt das Ergebnis einer Erhebung des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im Auftrag der Dekra: 36 Prozent der befragten Heimarbeiter leiden unter ständigen Kopf- oder Rückenschmerzen, was sie in erster Linie auf die mangelhafte ergonomische Ausstattung ihres Arbeitsplatzes innerhalb der eigenen vier Wände zurückführen. Als weitere störende und dadurch auch potentiell krankmachende Faktoren wurden genannt: zu kleine Computerbildschirme, nicht abgrenzbare häusliche Arbeitsbereiche, Störungen durch Familienangehörige oder Nachbarn sowie überlange Arbeitsphasen und deren Verschiebung in die Abendstunden und auf das Wochenende. **W.K.**

Sorge um Sportvereine

Berlin – Während der Corona-Krise haben die 90.000 Sportvereine in Deutschland rund eine Million Mitglieder verloren. Laut Veronika Rücker, Chefin des Deutschen Olympischen Sportbunds, haben die Vereine zwar Krisenfestigkeit gezeigt, da es aber keine Perspektive für ein Hochfahren des Sportbetriebs gebe, werde der Negativtrend auch in diesem Jahr anhalten. Neueintritte blieben aus, Ehrenamtliche und Geringbeschäftigte mussten sich andere Perspektiven suchen. Es besteht die Sorge, dass diese nach der Krise nicht wieder zurückgewonnen werden können. Diese Gefahr sieht auch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Dessen Staatssekretär Stephan Mayer (CSU) sagte, dass nach Bewältigung der Pandemie eine gezielte Ehrenamtskampagne für das Engagement in Vereinen nötig sei. **MRK**



Mitglied im Fachbeirat Europa/Transatlantik der Heinrich-Böll-Stiftung: Annalena Baerbock hält eine Rede bei der Stiftung der Grünen

KANZLERKANDIDATIN

Die Fahrkarte zur Macht

Transatlantisch gut vernetzt – Annalena Baerbock von den Grünen vertritt Interessen von USA und NATO

VON HERMANN MÜLLER

In Kreisen, die nicht zu den Anhängern von Annalena Baerbock zählen, wiederholt sich derzeit, was bereits im Fall von Angela Merkel zu beobachten war. So wie der Machtwille von „Kohls Mädchen“ lange unterschätzt wurde, wird bei Baerbock in Zweifel gezogen, dass die Grüne auch „Kanzler kann“.

Tatsächlich bringt die 40-Jährige keinerlei Regierungserfahrung mit. Sieht man von einer journalistischen Tätigkeit während ihres Studiums ab, kann sie auch nichts vorweisen, was sich auch nur annähernd als Berufstätigkeit außerhalb der Sphäre der Politik bezeichnen ließe.

Keinerlei vorherige Berufstätigkeit

Äußerungen wie, „das Netz fungiert als Speicher“ oder Batterien, „die auf Kobold verzichten können“, haben zudem das Bild geprägt, dass – vorsichtig formuliert – Technik und Naturwissenschaften nicht zu den Stärken der Politikerin zählen. Rhetorisch scheint der frühere Buchautor und Übersetzer Robert Habeck im Vergleich zu ihr überlegen. Noch wichtiger: Habeck amtierte zumindest auf Landesebene in Schleswig-Holstein schon als

Minister und als stellvertretender Ministerpräsident.

Umso erstaunlicher wirkt, dass die Grünen-Parteichefin trotzdem verkündete, sie und ihr Co-Vorsitzender Habeck hätten gemeinsam entschieden, sie werde für ihre Partei als Kanzlerkandidatin antreten. Habeck räumte in einem Interview zugleich eine „persönliche Niederlage“ ein. Der Tag, an dem er Baerbock als Kanzlerkandidatin vorschlug, sei der „schmerzhafteste Tag“ in seiner politischen Laufbahn gewesen, so Habeck.

Einige Kommentatoren wiesen inzwischen darauf hin, dass Baerbock im Poker um die Spitzenkandidatur bei den Grünen ganz einfach die besseren Karten hatte. Sie räumte selbst ein, dass ihre Kanzlerkandidatur für die Grünen auch mit ihrem Geschlecht zu tun hat.

Baerbock hat aber noch weitaus mehr Trümpfe in der Hand. Sie gilt nicht nur innerhalb der eigenen Partei als gut vernetzt. Ein Blick auf Baerbocks biografische Angaben zeigt, dass die Grünen-Politikerin auch die eine oder andere Mitgliedschaft in Organisationen vorweisen kann, die Habeck nicht hat. In einem von ihr im Internet veröffentlichten Lebenslauf weist Baerbock auf Mitgliedschaften

im Fachbeirat Europa/Transatlantik der Heinrich-Böll-Stiftung und im „German Marshall Fund“ hin.

Wikipedia listet auf, sie sei seit 2020 auch Mitglied der „Community Young Global Leaders“ des Weltwirtschaftsforums. Deren Mitglieder setzen sich stark für die „Great Reset“-Agenda des Weltwirtschaftsforums ein. Die Nähe zu transatlantisch ausgerichteten Organisationen spiegelt sich sehr deutlich in Baerbocks außenpolitischen Vorstellungen wider.

Härte gegenüber Russland und China

Im Januar sprach sie sich zusammen mit Habeck dafür aus, Europa solle dem neuen US-Präsidenten Biden „ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda unterbreiten“. In Interviews befürwortete Baerbock höhere Verteidigungsausgaben und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Auf Linie der US-Regierung ist die Grüne auch in Fragen von Nord Stream 2. Die Gasleitung läuft nach Ansicht Baerbocks „den geostrategischen Interessen der EU“ zuwider und „destabilisiere die Ukraine“.

Beim ZDF sprach Baerbock unlängst auch von schärferen Sanktionen gegen das „System Putin“. Gegenüber China

plädierte die Grünen-Spitzenkandidatin für „Dialog und Härte“.

Mit Blick auf die Bündelung solcher Aussagen bei der Grünen erhob der Blogger Jens Berger den Vorwurf, Baerbock sei „eine neue kalte Kriegerin, wie es sie in der politischen Landschaft Deutschlands selten gibt“. Oskar Lafontaine verwendet in einem Facebook-Beitrag die Formulierung „US-gesteuerte Grüne“.

Tatsächlich sind Baerbocks Positionen so dezidiert auf die USA und die NATO ausgerichtet, dass ihre Nominierung als eine frühzeitige Absage an Rot-Rot-Grün auf Bundesebene gesehen werden kann. Nach eigenem Selbstverständnis sieht sich die Linke noch immer als „Friedenspartei“. Angesichts der außenpolitischen Ausrichtung der Grünen-Kanzlerkandidatin muss die Linkspartei befürchten, bei einer Koalition mit den Grünen ihre Stammwähler so zu verprellen, wie dies bei der SPD nach Einführung der Agenda 2010 zu beobachten war. Gleichzeitig kann die Nominierung Baerbocks auch als Signal an transatlantisch eingestellte Entscheidungsträger in den USA und Deutschland in Politik, Wirtschaft und Medien gesehen werden, die Regierungsambitionen der Grünen zu unterstützen.

BIOTECHNOLOGIE

Brillante Wissenschaftler, aber kein Geld

Bundesregierung fördert Medizinforschung kaum – Kapitalbeschaffung ist ein ernstes Problem

„Wir haben brillante Wissenschaftler. Was aber fehlt, sind Mittel, um die universitäre Forschung in private Unternehmen zu tragen“, verriet Michael Motschmann, Gründer der MIG-Fonds in München und einer der Hauptgeldgeber von Biontech, der „Berliner Zeitung“.

Die mangelnde Förderung der Bundesregierung für die Entwicklung von Therapeutika zur Bekämpfung der Corona-Erkrankung hat ebenfalls die FDP in einer Kleinen Anfrage bemängelt, insbesondere den Umstand, dass Gesundheitsminister Jens Spahn für 400 Millionen Euro zwei COVID-19-Medikamente in den USA gekauft hat, während das Braun-

schweiger Start-up-Unternehmen Corat Therapeutics 55 Millionen Euro fehlten, um ein vielversprechendes deutsches Medikament zur Marktreife weiterzuentwickeln.

Die Bundesregierung fördert zwar seit Frühjahr 2020 die Entwicklung von Arzneimitteln im Kampf gegen COVID-19, jedoch reichen die bereitgestellten Mittel bei Weitem nicht aus. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek stellte im Januar ein Förderprogramm mit einem Volumen von 50 Millionen Euro für die Entwicklung von Arzneimitteln gegen COVID-19 vor. Diese Summe sollen sich acht Firmen für ihre Forschungsvorhaben

teilen. Angesichts der Tatsache, dass für die Zulassung von Medikamenten umfangreiche Tests erforderlich sind und die Entwicklung bis zur Marktreife meist mehrere hundert Millionen Euro kosten, wirkt die von Karliczek ausgelobte Summe geradezu lächerlich.

Die Geldbeschaffung stellt gerade für kleine und mittelständische Unternehmen ein riesiges Hindernis dar, Medikamentenforschung zu betreiben. Hierzulande ist die Bereitschaft privater Geldgeber, Risikokapital in Biotech-Firmen zu investieren, im Verhältnis zu den USA äußerst gering. Ernst & Young ermittelte, dass sich das Investitionsvolumen in

Deutschland zwar seit 2016 auf 882 Millionen Euro vervierfacht habe, aber im internationalen Vergleich sei das immer noch sehr wenig. Die Schweiz investierte 2020 umgerechnet 820 Millionen Euro, Großbritannien rund drei Milliarden und die USA zwölf Milliarden Euro in Biotech-Firmen.

Die Folge: Start-ups flüchten ins Ausland, wo sie Geld für ihre Forschung erhalten. Dabei hat die deutsche Wissenschaft gutes Potential, wie die Impfstoffentwicklung von Biontech und Curevac gezeigt hat. Die in Mainz entwickelte mRNA-Technologie gilt als Impfstoffrevolution. *Manuela Rosenthal-Kappi*

BUNDESTAGSWAHL

Premiere im „Kaiserwahlkreis“

Mit Annalena Baerbock und Olaf Scholz treten in Potsdam zwei Spitzenkandidaten gegeneinander an

VON NORMAN HANERT

In der Geschichte der Bundesrepublik einmalig, kandidieren erstmals zwei Kanzlerkandidaten im selben Wahlkreis. Annalena Baerbock und Olaf Scholz treten beide im Wahlkreis 61 an. Dieser umfasst Potsdam und Teile des Umlands. Scholz und Baerbock sind Zuzügler, wie Tausende Neu-Potsdamer, die vor allem aus Berlin oder den westlichen Bundesländern in die frühere Residenzstadt gezogen sind. Baerbock wohnt mit ihrem Mann und ihren Kindern schon längere Zeit in Potsdams „Nauener Vorstadt“.

Olaf Scholz ist vergleichsweise noch ein Potsdam-Neuling. Er ist erst vor drei Jahren in die Berliner Vorstadt gezogen, in der auch Alexander Gauland zu Hause ist. Scholz folgte mit seinem Umzug seiner Frau Britta Ernst. Die gebürtige Hamburgerin ist seit September 2017 brandenburgische Bildungsministerin. Bereits seit August 2020 ist klar, dass der frühere Hamburger Bürgermeister in Potsdam für die SPD antritt.

Scholz zeigt als routinierter Wahlkämpfer trotz Pandemie viel Präsenz. Im März monierten CDU, Grüne und Linkspartei allerdings, dass der SPD-Kanzlerkandidat bei seinem Wahlkampf eine nicht ganz faire Hilfe durch die SPD-regierte Stadt Potsdam bekommen habe. Anlass waren Fotos der Stadt in sozialen Netzwerken, die Oberbürgermeister Mike Schubert bei Vor-Ort-Terminen zeigten: Während sich der SPD-Bürgermeister über Themen wie Krankenhausfinanzierung und Pandemiebekämpfung erkundigte, war Scholz, offiziell als Bundesminister, mit dabei. Baerbocks Team twittert dazu: „Neutralität im Wahlkampf?“

Liebkecht holte hier 35 Prozent

Bei seinem Wahlkampf vor Ort bewegt sich Scholz auf geschichtsträchtigem Terrain. Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 errang bereits Karl Liebkecht im sogenannten „Kaiserwahlkreis“, bestehend aus Potsdam, dem Osthavelland und Spandau, für die Sozialdemokraten das Reichstagsmandat. Auch insgesamt ging die SPD aus der letzten Reichstagswahl im Kaiserreich als Wahlsieger hervor. Die Sozialdemokraten erzielten seinerzeit einen Stimmanteil von fast 35 Prozent. Eine kürzlich veröffentlichte Forsa-Umfrage



Ergebnisse wie in Hamburg hat er hier nicht zu erwarten: SPD-Kandidat Olaf Scholz vor der Glienicker Brücke

Foto: pa

sieht die SPD derzeit nur noch bei 13 Prozent, knapp vor FDP und AfD.

Als Direktkandidat in Hamburg-Altona holte Olaf Scholz bei der Bundestagswahl 2005 fast 46 Prozent der Erststimmen. Solche Werte sind im Potsdamer Wahlkreis nicht zu erwarten. Trotzdem stehen die Chancen für ihn gut. Manja Schüle, inzwischen Brandenburgs Wissenschaftsministerin, holte in Potsdam vor vier Jahren das einzige Direktmandat der SPD in den östlichen Bundesländern.

Zum Image als Promi-Wahlkreis tragen nicht nur Scholz und Baerbock bei. Auch die ehemalige FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg und Brandenburgs frühere CDU-Landeschefin Saskia Ludwig treten in Potsdam an. Ludwig hat bei der Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 61 fast ein Viertel der Erststimmen errungen.

Dass die CDU-Politikerin im September nochmals so erfolgreich abschneidet,

ist nicht nur wegen der aktuellen Umfragegeschwäche der Union fraglich. Der Wahlkreis 61 wurde aufgrund der Bevölkerungsentwicklung vergangenes Jahr neu zugeschnitten. Seitdem gehört die Havelstadt Werder, bislang eine CDU-Hochburg, zu einem anderen Kreis. Traditionell ein eher schwieriges Pflaster ist der Potsdamer Wahlkreis für die AfD. Bei der Bundestagswahl 2017 holte ihr Kandidat René Springer aber immerhin zwölf Prozent der Erststimmen. Er lag damit sogar vor Baerbock, die nur acht Prozent Erststimmen bekam.

Umstrittener Linkspartei-Kandidat

Für die Bundestagswahl im September tritt für die AfD der Drehbuchautor und Filmproduzent Tim Krause an. Der gebürtige Franke hat zeitweise in Potsdam studiert. Mittlerweile wohnt Krause wieder hier. Die Linkspartei kann insbesondere

in den Plattenbauvierteln der Landeshauptstadt noch immer auf Stammwähler rechnen. Für die Partei tritt im Potsdamer Wahlkreis erneut der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller als Direktkandidat an. Bei seiner Nominierung im vergangenen September lag er mit großem Vorsprung vor zwei Gegenkandidaten. Bei den Genossen hat ihm offenbar die Mitgliedschaft in der linksextremistischen „Roten Hilfe“ nicht geschadet.

Gleiches scheint für den Skandal um die Nutzung der Bundestagsfahrbereitschaft zu gelten. Im Jahr 2016 war öffentlich geworden, dass der Abgeordnete Müller den Fahrdienst des Parlaments häufiger beansprucht hatte als der damalige Linkspartei-Fraktionschef Dietmar Bartsch. Mit dabei waren auch Fahrten zum Abholen seines Kindes aus der Kita, zu einem Volleyball-Platz und vom Flughafen Berlin-Tegel nach Hause.

WAHLEN ZUM ABGEORDNETENHAUS

Einer der „unbequemsten Abgeordneten“ als Joker

Freie Wähler Berlin setzen Ex-FDPLer Marcel Luthe auf Platz 1 ihrer Landesliste

Die Freien Wähler werden zu Berlins Abgeordnetenhauswahl im September mit Marcel Luthe als Spitzenkandidaten antreten. Der Berliner Landesverband der Freien Wähler setzte den früheren FDP-Politiker am 17. April auf Platz eins seiner Landesliste. Auf Rang fünf der Liste steht Michael Knappe, der ehemals ranghöchste Polizist Berlins. Knappe, ein Experte für Polizeirecht, war Leitender Direktor beim Polizeipräsidenten der Hauptstadt.

Der Landesvize der Partei, Tobias Eder, sagte zur Aufstellung von Luthe, dieser sei „sicherlich einer der unbequemsten Abgeordneten in Deutschland, aber genau das ist die Aufgabe eines Abgeordneten“. In Berlin haben die Freien Wähler nur rund 100 Mitglieder. Im Vergleich zur Berliner SPD mit fast 20.000 Genossen ist dies extrem wenig. Dennoch besteht nach den Wahlerfolgen in Bayern

und Rheinland-Pfalz nun auch in Berlin für die Partei die reelle Chance, mit ihrem neuen Spitzenkandidaten den Einzug ins Landesparlament zu schaffen.

2016 bestes FDP-Ergebnis erzielt

Mit der Nominierung Luthes werden wenige Monate vor der Wahl die Karten in der Berliner Landespolitik noch einmal völlig neu gemischt. Insbesondere FDP und CDU müssen fürchten, dass die Freien Wähler mit ihrem Spitzenkandidaten auf eine hohe Zustimmung im bürgerlichen Lager treffen werden.

Bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 holte Luthe in seinem Wahlkreis im Stadtteil Grunewald bei den Erst- und Zweitstimmen das mit Abstand beste Ergebnis unter den FDP-Kandidaten. Die Wähler honorierten damit unter anderem, dass Luthe maßgeblich das Volksbegehren zur

Offenhaltung des Flughafens Tegel angestoßen hatte.

Eigentliche Schwerpunkte der politischen Arbeit des 43-Jährigen sind die Innere Sicherheit und der Rechtsstaat. Bei seiner Arbeit im Berliner Landesparlament fällt Luthe als ausgesprochen fleißiger Abgeordneter auf. Der studierte Wirtschaftswissenschaftler stellte im Abgeordnetenhaus die meisten parlamentarischen Anfragen. Allein vergangenes Jahr kam Luthe so auf 334 Anfragen, mit denen er beim Berliner Senat Informationen abfragte.

Harsche Kritik an Freidemokraten

Bis Mitte vergangenen Jahres war Luthe Mitglied der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Im Juli 2020 schloss die Fraktion ihren langjährigen innenpolitischen Sprecher allerdings aus. Als Grund nannte der

FDP-Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja ein „zerrüttetes Vertrauensverhältnis“.

Seit dem Ausschluss gehört Luthe als fraktionsloser Parlamentarier weiterhin dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Im vergangenen Oktober gab er nach 20-jähriger Mitgliedschaft auch noch seinen Austritt aus der FDP bekannt. Zum Abschied bescheinigte der gebürtige Bottroper den Freidemokraten eine Beliebigkeit und ein Leitbild, als seien sie „ein Zahnpastahersteller“.

„Mir ist dieser Schritt sehr schwergefallen, aber als Liberaler sehe ich in einer Partei, die sich zunehmend als zu verkaufende Marke und nicht als Wertegemeinschaft sieht, keine Zukunft“, so Luthe in seiner Austrittserklärung. Die Berliner Landtagswahl findet zeitgleich mit der Bundestagswahl am 26. September statt. N.H.

KOLUMNE

Ehrlichkeit!

VON VERA LENGSELD

Von allen neuesten Kultur Nachrichten hat mich eine besonders fasziniert: Das Leben von Konrad Kujau, dem Fälscher der Hitlertagebücher, wird als Serie verfilmt. Moritz Bleibtreu spielt Kujau, Sinje Irslinger die getäuschte „Stern“-Redakteurin Elisabeth Stözl und Ulrich Tukur deren Vater mit NS-Vergangenheit. Als ich Tukur schreibe, denke ich unwillkürlich, darf er das noch, oder fliegt er jetzt raus? Kujau, der erfolgreich eines der größten Nachrichtenmagazine Deutschlands an der Nase herumführte, wurde zu 4,5 Jahren Haft wegen Betrugs verurteilt. Nach drei Jahren kam er wegen einer schweren Kehlkopfentzündung frei. Er betrieb dann bis zu seinem frühen Tod eine „Galerie der Fälschungen“ in Stuttgart.

Ich lernte Kujau bei einer Talkshow des SWR kennen, zu der wir beide eingeladen waren. Es muss 1998 oder 1999 gewesen sein. Worum es ging, ist mir entfallen, aber Kujaus Auftritt machte einen so großen Eindruck auf mich, dass ich beschloss, ihn am nächsten Tag zu besuchen. Als ich mit meinen Söhnen in seiner Galerie eintraf, war ich überwältigt von dem, was ich sah. Von ganz unterschiedlichen Malern von Rembrandt bis Picasso hingen dort seine Fälschungen. Er schenkte mir einen Don Quijote auf dem Pferd von Picasso, mit Widmung!

Als ich ihn fragte, was er denn privat male, zeigte er mir seine Blumenbilder, die perfekt waren, aber kitschig wirkten. Mitten in der Galerie war eine Art Glasschrein aufgestellt, in dem das letzte der Tagebücher lag, das der „Stern“ nicht mehr bekommen hatte. Als meine Söhne Zweifel anmeldeten, dass er das wirklich gemacht hat, zog er eines der DDR-Blätter, auf denen die Tagebücher entstanden waren, aus der Schublade, griff zum Füller und schrieb einen Feldpostbrief in Hitlers Handschrift.

Er erzählte uns, welchen Spaß er dabei gehabt habe, den „Stern“ vorzuführen, das sei ihm den Knast wert gewesen. Jetzt könne er sich vor Kunden nicht retten, die seine Fälschungen haben wollten. Warum mir Kujau imponiert hat? Auf die Frage der Talkmasterin, welche Eigenschaft er am meisten schätzte, antwortete Kujau: Ehrlichkeit!

MELDUNG

Grüne gegen Sputnik V

Berlin – Die Grünen blockieren im Berliner Senat die Bestellung des russischen Impfstoffs Sputnik V. Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) wollte sich am 20. April im Kabinett des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD) grünes Licht für Verhandlungen mit dem russischen Hersteller holen. Vorbild waren Bundesländer wie Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, die sich bereits Millionen Impfdosen von Sputnik V für den Fall einer EU-Zulassung gesichert haben. Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) verwies zur Begründung des Vetos auf die Lage des Putin-Kritikers Alexej Nawalnyj, dessen Zustand nach einem Hungerstreik in einem Straflager bedrohlich sei. Aus Sicht der Grünen profitierten von einer Vereinbarung über den Impfstoff allein Putin und der Kreml. Thomas Isenberg, Gesundheitsexperte der SPD-Fraktion, nannte das Verhalten der Grünen „grob fahrlässig“. N.H.

● MELDUNGEN

Schleusung mit Beamtenpässen

Ankara/Berlin – Die Affäre um die Einschleusung türkischer Staatsbürger mithilfe türkischer Dienstreise-pässe weitet sich aus. Die sogenannten Grauen Pässe sind eigentlich für Dienstreisen von Beamten ins Ausland vorgesehen. Wie türkische Medien berichten, haben in den vergangenen Jahren möglicherweise mehrere Tausend Personen solche Reisedokumente genutzt, um illegal nach Deutschland zu gelangen. Hier angekommen, tauchten die Eingeschleusten unter oder beantragten Asyl. Dabei soll es sich insbesondere um Personen aus Ostanatolien handeln. Für die Dienstreise-pässe sollen sie bis zu 8000 Euro gezahlt haben. Als Drahtzieher der Schleusungsmethode gelten örtliche Bürgermeister und Behördenvertreter der Regierungspartei AKP. In Deutschland führt neben der Staatsanwaltschaft Weiden in der Oberpfalz auch die Staatsanwaltschaft Hannover Ermittlungen durch zu illegalen Einreisen mit Grauen Pässen. N.H.

Keiner will es gewesen sein

Brüssel – In Brüssel zirkuliert derzeit ein inoffizielles Schriftstück zur Zukunft des Westbalkan, mit dem offenbar die Akzeptanz neuer Grenzziehungen getestet werden soll. In diesem sogenannten Non-Paper mit dem Titel „Westbalkan – ein Weg nach vorn“ wird vorgeschlagen, die Grenzen der Region so zu ändern, damit ein Groß-Serbien, Groß-Kroatien und Groß-Albanien entstehen soll. Das Kosovo soll sich Albanien anschließen. Bosnien-Herzegowina soll zum großen Teil zwischen Kroatien und Serbien aufgeteilt werden. Für den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Teil Bosniens sieht das Papier ein Referendum vor, in dem über eine Zukunft in der EU oder eine Orientierung zur Türkei entschieden würde. Das Papier wird dem slowenischen Ministerpräsidenten Janez Jansa zugeschrieben. Dieser bestritt eine Urheberschaft jedoch ebenso wie der serbische Präsident Aleksandar Vučić. N.H.

Nordkorea droht erneut eine Hungersnot

Ob Südkorea auch diesmal wieder Hilfe leistet, ist fraglich

VON FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Hatte Nordkoreas Diktator Kim Jong-un noch vor wenigen Jahren seinen Untertanen das irdische Paradies versprochen, so sind ähnliche Worte von ihm schon seit Längerem nicht mehr zu hören. Als er im März eine engere politische und militärische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China anstrebte, vergaß er nicht, dies mit der Bitte um Hilfe zu verbinden.

Nur wenige Wochen später erklärte er beiläufig, sein Land sei aufgrund vieler Überschwemmungen und der UN-Sanktionen mit der „schlimmsten“ Situation aller Zeiten konfrontiert. Am 8. April dann sprach er vor Tausenden von Parteikadern nicht nur von einem „beschwerlichen Marsch“ (gonanei haenggun), mit dem man heutzutage in Nordkorea politisch korrekt die Hungersnot zwischen 1994 und 1998 mit schätzungsweise bis zu

drei Millionen Toten umschreibt, sondern von einem „mühevolleren beschwerlichen Weg“ (doeuk kangohan gonanei haeng-gun). Damit zog er in aller Öffentlichkeit nicht nur eine Parallele zur damaligen Hungersnot, sondern kündigte noch schlechtere Zeiten an.

„Schlimmste“ Situation aller Zeiten

Bemerkenswerterweise war der Geburtstag Kim Il-sungs, des Gründers der Demokratischen Volksrepublik Korea am 15. April, der in den vorausgegangenen Jahrzehnten in Pjöngjang mit großen Militärparaden gefeiert wurde, dieses Jahr nur eine kurze Meldung vom Besuch Kim Jong-uns mit seiner Frau Ri in Kim Il-sungs Mausoleum wert. Wegen der strikten Corona-Maßnahmen haben die meisten Ausländer, auch Botschaftsangehörige, das Land verlassen.

Derzeit halten sich in Pjöngjang noch ein Pole und ein Rumäne auf sowie außerhalb der Hauptstadt zwei Inder vom „World Fond Program“ der Vereinten Na-

tionen, eine Handvoll Russen und einige Chinesen.

Laut gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist die Lebensmittelproduktion in Nordkorea vergangenes Jahr um bis zu einem Fünftel zurückgegangen. Auch dieses Jahr fehlt es an Dünger, Traktoren und Ersatzteilen, sodass die diesjährige Ernte wahrscheinlich noch schlechter ausfallen wird. Zwar ist die Hilfe Chinas in der zweiten April-Woche angelaufen, doch erscheint sie zu gering, um eine Katastrophe abwenden zu können, und für die bevorstehende Ernte zu spät zu kommen.

Betrug die tägliche Lebensmittelrationen für bedürftige Nordkoreaner vergangenes Jahr immerhin noch 540 Gramm, so sind es nun nur noch 370. Das entspricht der Hälfte einer normalen Mahlzeit. Folglich gibt es wieder bettelnde Kinder und erste Hungertote.

Möglicherweise steht Kim Jong-un vor der größten Herausforderung seiner Herrschaft. Möglicherweise erklärt das seine weitere Aufrüstung. Humanitäre

Hilfe des Südens weist Kim als Zeichen eigenen Unvermögens zurück.

Hilfe aus Seoul lehnt Pjöngjang ab

Da gemäß der südkoreanischen Rechtsauffassung auch die Nordkoreaner die südkoreanische Staatsangehörigkeit besitzen, müsste Südkoreas Präsident Moon Jae-in eigentlich trotzdem seinen von einer erneuten Hungersnot bedrohten Landsleuten im Norden zu helfen versuchen. Über die für eine derartige Hilfsaktion erforderlichen Mittel verfügt die Republik Korea.

Bei der Hungersnot in den 1990er Jahren sandte der Süden mithilfe riesengroßer Luftballons Hunderttausende Lebensmittelpäckchen und konnte auf diesem Wege in vielen Fällen die Not mindern, oft auch Menschen vor dem Verhungern retten. Neueste Meldungen aus Seoul wollen allerdings wissen, dass der südkoreanische Präsident untätig bleiben und damit seine eigenen Landsleute im Norden dem Hungertod preisgeben wird.



Es fehlt an Dünger, Traktoren und Ersatzteilen: Bauern pflügen ihr Feld mit einem Ochsen im Bezirk Yonsan südöstlich von Pjöngjang

Foto: pa

VEREINIGTE STAATEN

Später Triumph des Malcolm X über Martin Luther King

Die Bewegung „Black Lives Matter“ radikalisiert sich und zeigt antisemitische wie gewaltbereite Züge

Vor 55 Jahren hielt der Bürgerrechtler Martin Luther King eine Rede, in der er Gerechtigkeit für verfolgte Juden hinter dem Eisernen Vorhang forderte. In dieser Rede erklärte er in seinem typisch kompromisslosen Stil, dass jüdische Geschichte und Kultur Teil des Erbes eines jeden sei, ob er Jude, Christ oder Moslem sei. Damals stand sein Freund, der Rabbiner Abraham Herschel, neben ihm.

Die heutigen Aktivisten der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) scheinen sich nicht an Kings Worte zu erinnern. So wurden während der Unruhen in Los Angeles wegen der Tötung von George Floyd jüdische Geschäfte zerstört, Synagogen mit „Free Palestine“-Graffiti besprüht und die Statue eines schwedischen Diplomaten, der ungarische Juden vor den Nazis gerettet hatte, mit antisemitischen Parolen verunstaltet. In Paris ging eine Kundgebung der „Black Lives Matter“-Bewegung

in Rufe von „dreckigen Juden“ über. Dieser BLM-Antisemitismus ist umso bemerkenswerter, wenn man die historischen Verbindungen zwischen jüdischen Zionisten und Teilen der schwarzen Gemeinschaft in den USA bedenkt.

„Free Palestine“

Golda Meir, Israels erste weibliche Regierungschefin, die in den Vereinigten Staaten aufgewachsen ist, wies darauf hin, dass „wir Juden mit den afrikanischen Völkern eine Erinnerung an jahrhundertlanges Leiden teilen“.

In den USA standen die Juden Schulter an Schulter mit King und zahlten dafür einen Preis: Mehrere Synagogen wurden vom Ku-Klux-Klan mit Bomben und Gewehren angegriffen. Diese Erinnerung scheinen heute wie Relikte einer längst vergangenen Zeit, denn BLM gibt sich immer antisemitischer.

Die Gründe hierfür liegen in der Figur von Malcolm X, der in der ersten Bürgerrechtsbewegung mit seinen zur Gewalt aufrufenden Reden immer im Schatten des Pazifisten King stand. Letzten Sommer, als die BLM-Krawalle wüteten, sagte seine zum Islam konvertierte Tochter Ilyasah Shabazz zu Journalisten, dass es das Beispiel ihres Vaters sei, das die Revolution antreibe, und nicht das des gewaltlosen Martin Luther King.

Malcolm X hatte die „Leute an der Macht“ oft mit den Juden in Verbindung gebracht. Sein ganzes Leben lang griff er das an, was er „Zionisten-Dollarismus“ nannte und stellte die Juden als eine Rasse von weißen Unterdrückern dar.

In seiner von ihm verfassten „The Autobiography of Malcolm X“ schrieb er über die Verbindung zwischen Juden und der Bürgerrechtsbewegung: „So viele Juden waren tatsächlich Heuchler in ihrem

Anspruch, Freunde des amerikanischen Schwarzen zu sein.“ King, ein Verfechter der Gewaltlosigkeit, stand für eine Welt, in der die Hautfarbe eines Menschen durch seinen Charakter in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Malcolm X schlug einen militanteren Weg ein. Gewalt zwischen den Rassen war in seinen Augen nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig.

„Dreckige Juden“

Malcolm X war zeitweise einer der Führer der auch als „Black Muslims“ bekannten Bewegung „Nations of Islam“ (NOI), des aggressiven Gegenpols zur schwarzen Bürgerrechtsbewegung unter King, die eine gleichberechtigte Integration der Schwarzen in die US-amerikanische Gesellschaft forderte. Malcolm X kritisierte Kings Bürgerrechtsbewegung als Vertreter der bereits assimilierten schwarzen

Mittelschicht und forderte einen strikten, rassistisch begründeten Separatismus. 1963 überwarf sich Malcolm X mit noch radikaleren Teilen der schwarzen Muslime und wurde mutmaßlich von diesen ermordet.

Einer der vermutlichen Auftraggeber des Mordes an Malcolm X ist der heutige Führer der „Black Muslims“, Louis Farrakhan, der mittlerweile einen grundlegenden Kurswandel und eine Annäherung an den sunnitischen Islam konservativer Prägung vollzogen hat. Unter dem mittlerweile 87 Jahre alten Träger des „Internationalen Ghaddafi-Preises für Menschenrechte“ kam der Antisemitismus zur Bürgerrechtsbewegung. Farrakhan erklärte jüdische Händler zu „Blutsaugern“ und Profiteuren des Sklavenhandels und gab ihnen die Schuld an der jahrhundertlangem Unterdrückung der schwarzen Minderheit in den USA. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Nachdem die EU-Kommission bei der Beschaffung von Impfstoffen versagt hat, muss Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nun fürchten, dass bei ihrem Großprojekt „Green Deal“ die Ziele verwässert werden. Eigentlich strebt die Kommission bis 2050 an, in der EU die Netto-Emissionen von sogenannten Treibhausgasen auf null zu reduzieren. Nun zeigt sich bei den Verhandlungen zur sogenannten Taxonomie-Verordnung, dass eine größere Gruppe nationaler Regierungen doch andere Vorstellungen hat, wenn es konkret wird.

Die Verordnung soll auflisten, welche Arten von Produktion künftig als „klima-verträglich“ angesehen werden. Gleich neun Regierungen, darunter auch die polnische, wollen allerdings erreichen, dass die Umrüstung ihrer Stromwirtschaft von Kohle auf Erdgas auch als „nachhaltig“ eingestuft wird. Im verhärteten Streit hat die Kommission inzwischen die Notbremse gezogen und das gesamte Verordnungsprojekt zunächst einmal vertagt.

Erspart geblieben ist Kommissionschefin von der Leyen vorerst auch eine Niederlage beim sogenannten Corona-Hilfsfonds. Wie das Bundesverfassungsgericht am 21. April mitteilte, hat es einen Eilantrag abgelehnt, mit dem die Schuldenaufnahme durch die EU für den sogenannten Wiederaufbaufonds (NextGenerationEU) gestoppt werden sollte. In der Sache hatte ein „Bündnis Bürgerwille“ um den früheren AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Über das Projekt „NextGenerationEU“ mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro will die EU Schulden auf dem Kapitalmarkt aufnehmen.

Gericht lehnt Eilantrag ab

Die Kläger um Lucke sind der Ansicht, dass laut den Europäischen Verträgen der EU-Haushalt „vollständig aus Eigenmitteln“ finanziert werden müsse. Mit dem Vorhaben sieht das Bündnis zudem unkalkulierbare finanzielle Risiken auf die deutschen Steuerzahler zukommen. Das „wäre noch schlimmer als Eurobonds, weil Deutschland für die EU-Schulden nicht nur haften würde, wenn ein anderer Staat insolvent wäre, sondern auch, wenn dieser einfach nur aus der EU austräte“, so das Bündnis.

Offenbar hat auch der Bundesrechnungshof (BRH) bei den Verschuldungsplänen der EU Bedenken. Aus einem Prüfbericht des Rechnungshofs, der im März an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung geschickt wurde, geht hervor, dass Deutschland möglicherweise mit einer weit höheren Summe haften muss als mit dem offiziell ausgewiesenen Nettobeitrag von 65 Milliarden Euro.



Bürde für Generationen: „NextGenerationEU“ sieht die Vergemeinschaftung von Schulden der EU-Staaten vor

„WIEDERAUFBAUFONDS“

Harsche Kritik am Verschuldungsprogramm

Wie der Ex-AfD-Chef Bernd Lucke kritisieren auch Konrad-Adenauer-Stiftung und Bundesrechnungshof die Entwicklung der EU zur Fiskalunion

Als kritisch sieht der Bundesrechnungshof, dass bislang noch nicht geklärt ist, welchen Anteil die einzelnen Länder bei der Tilgung der EU-Schulden übernehmen müssen. Dies soll bei den Verhandlungen über die nächste EU-Finanzperiode festgelegt werden. Die Gespräche dazu laufen aber erst 2028 an.

Die Rechnungsprüfer wiesen ebenso auf das Risiko hin, dass die EU-Kommission beim Zahlungsausfall einzelner EU-Staaten im Extremfall Deutschland mit bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr für die Tilgung heranzieht. Laut dem Bericht des Rechnungshofs wecken zudem die „negativen Erfahrungen aus den bisherigen EU-Programmen“ auch „Zweifel an der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes“.

Bundesrechnungshofpräsident Kay Scheller regte an, der Bundestag könnte in einer Entschließung deutlich machen, dass das neue Finanzinstrument „keine Dauereinrichtung“ sein solle.

Demgegenüber signalisieren einige Politiker, dass sie den Corona-Hilfsfonds nur als Auftakt beziehungsweise als Einstieg in einen Dauerzustand sehen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sag-

te im Bundestag, der Hilfsfonds lege mit Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung nicht nur die Grundlage für eine bessere Zukunft, sondern bedeute auch den „Weg in die Fiskalunion“.

Scholz sagte weiter, damit vollende die EU, was mit Blick auf den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung jahrelang als Problem erschienen sei. Auch der Staatsminister für Europa, Michael Roth (SPD), sprach von einem „überfälligen Schritt“ in Richtung Fiskalunion.

Stiftung sieht einen Dambruch

Kritik am Corona-Aufbaufonds brachte dagegen die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in einem Positionspapier vor. Die Stiftung sieht in dem Fonds den ersten Schritt in eine Transfer- oder Schuldenunion. Der durch gemeinsame Schulden finanzierte Rettungsfonds stellt aus Sicht der KAS einen Dambruch dar. Es bestehe die Gefahr, dass zukünftig in Krisensituationen Gründe gefunden werden, erneut gemeinsame Anleihen aufzunehmen.

Zumindest mit Blick auf den EU-Corona-Hilfsfonds dürfte die gemeinsame Verschuldung kaum noch zu stoppen sein.

Die Karlsruher Richter werden sich zwar noch im Hauptverfahren mit der Verfassungsbeschwerde befassen, aber schon bei der Ablehnung des Eilantrages teilten die Richter mit: „Bei summarischer Prüfung“ lasse sich eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen Verfassungsverstoß allerdings nicht feststellen.“

Vorbehaltlich der Ratifizierung in allen anderen EU-Mitgliedsstaaten kann Brüssel damit die schuldenfinanzierte Auszahlungskasse in Betrieb nehmen. Das Geld soll über sechs Jahre ausbezahlt werden und vor allem in „Klimaschutz“ und Digitalisierung fließen. Brüssel erwartet zum Stichtag 30. April von den nationalen Regierungen Verwendungspläne für die Geldflut.

Im Fall von Italien ist die EU-Kommission laut einem Medienbericht bislang nicht zufrieden. Das Kabinett von Ministerpräsident Mario Draghi ist daher möglicherweise gezwungen, im Mai einen überarbeiteten Verwendungsplan einzureichen. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte sich der zuständige EU-Kommissar Paolo Gentiloni skeptisch gezeigt, dass die Bürokratie Italiens gerüstet sei, die Summe sinnvoll zu verteilen.

VERBRAUCHSGÜTER

Drohender Mangel an Lebensmitteln und Klopapier

Lieferengpässe bei hygienischen Plastikverpackungen und Holz für Transportpaletten

Im Zuge der Corona-Pandemie treten permanent Engpässe bei der Lieferung wichtiger Güter auf. Davon können inzwischen auch die Hersteller von Verpackungsmaterialien ein Lied singen. 86 Prozent der Unternehmen des Industrieverbands Papier- und Folienverpackung (IPV) bezeichnen die aktuelle Versorgungslage bei Kunststoffen als schlecht oder sehr schlecht.

Einige große Firmen hatten ihre Anlagen heruntergefahren und in einen monatlichen Wartungsmodus versetzt, weil die Nachfrage nach Vorprodukten für die Plastikherstellung vergangenes Jahr zunächst zurückgegangen war. Allerdings erholte sich die Wirtschaft in Asien schneller als erwartet, sodass der Ver-

brauch an Kunststoffgranulat, Folien und Ähnlichem wieder stieg. Dazu kam das extreme Wachstum des Onlinehandels, der ebenfalls Unmengen an Verpackungsmaterialien verschlingt.

Diese steigende Nachfrage bei verringertem Angebot führte zu einer Explosion der Preise für Flachfolien aus Hart-Polyethylen (HDPE) und Polypropylen (PP) sowie für Rohmaterial zur Herstellung von Verpackungen aus den beiden Polyethylen-Varianten PE-LD und PE-LLD. Die Steigerungsraten betragen hier teilweise bis zu 100 Prozent.

Aufgrund der angespannten Liefersituation droht jetzt vor allem ein Mangel an Verpackungen für Lebensmittel, denn hier kann nicht einfach alternativ recycel-

tes Plastik zum Einsatz kommen, weil dieses nicht den hygienischen Mindeststandards genügt.

Ebenso werden Umhüllungen für Medizinprodukte wie beispielsweise die momentan massenhaft benötigten Corona-Tests knapp. Und auch die Fertigung von Expandiertem Polystyrol (EPS), besser bekannt als Styropor, gestaltet sich problematisch. Dabei ist EPS unter anderem für den sicheren Transport von Corona-Impfstoffen unverzichtbar.

Laut Auskunft des IPV-Geschäftsführers Karsten Hunger wird es über kurz oder lang Produktionsunterbrechungen geben. Dadurch könnten vor allem fett- und säurehaltige Lebensmittel aus den Geschäften verschwinden, sobald deren

Hersteller außerstande sind, sie gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu verpacken.

Doch damit nicht genug. Wie der Geschäftsführer des Bundesverbands Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung (HPE), Marcus Kirschner, parallel mitteilte, schaffen es die Produzenten von Paletten kaum mehr, ihre Kapazitäten auszulasten, weil sich nun auch zunehmende Lieferengpässe bei Holz auftun.

Deshalb besteht sogar die Gefahr, dass das Klopapier wieder knapp wird – so wie alle übrigen Waren, die auf Paletten in den Handel gelangen. Sollte sich dies in der Bevölkerung herumersprechen, dürfte es wohl bald die nächsten Hamsterkäufe geben. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

„Draghi wettet das Haus“

Rom – Italiens Ministerpräsident Mario Draghi hat seit der Amtsübernahme diesen Februar das schuldenfinanzierte Konjunkturprogramm der Vorgängerregierung um weitere über 70 Milliarden Euro aufgestockt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt leistet sich Italien damit das größte Konjunkturprogramm in Europa. Italiens Neuverschuldung steigt damit auf weit über 170 Milliarden Euro. Nach Berechnungen der italienischen Regierung wird das Haushaltsdefizit damit in diesem Jahr auf 11,8 Prozent der Wirtschaftsleistung ansteigen. Der Anbieter von Finanzmarktnachrichten Bloomberg kommentierte die italienischen Defizitpläne mit den Worten: „Draghi wettet das Haus.“ *N.H.*

Türkische Lira unter Druck

Ankara – Einerseits stieg in der Türkei das Bruttoinlandsprodukt 2020 trotz der Corona-Pandemie überraschend um 1,8 Prozent. Andererseits nahm die Zahl der Arbeitslosen wegen des massiven Einbruchs in der besonders beschäftigungsintensiven Dienstleistungs- beziehungsweise Tourismusbranche und im Baugewerbe massiv zu. Die Inflationsrate liegt derzeit bei 16 Prozent, nachdem sie vor einem Jahr noch elf Prozent betragen hatte. Die Talfahrt der Türkischen Lira konnte auch durch den mittlerweile vierten Wechsel des Zentralbankdirektors innerhalb von drei Jahren nicht aufgehalten werden. Schuld hieran ist die Niedrigzinspolitik des Staatspräsidenten und Vorsitzenden der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), Recep Tayyip Erdoğan. Deshalb kommt die AKP in inoffiziellen Umfragen mittlerweile nur noch auf rund 30 Prozent, während sie früher regelmäßig die absolute Mehrheit erreichte. *W.K.*

Ende der Schonfrist

Berlin – Am 30. April endet die Aussetzung der Insolvenzanzeigespflicht für zahlungsunfähige Unternehmen. Wegen des Corona-Lockdowns hatte die Bundesregierung Sonderregelungen geschaffen, die insbesondere Unternehmen, die Anspruch auf die staatlichen Hilfsangebote hatten, von der Insolvenzanzeigespflicht entband. Während die SPD sowie der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga auf eine Verlängerung der Regelung drängen, zögern die CDU und die Wirtschaftsankunft Creditreform. Die Befürworter der Verlängerung befürchten eine sprunghafte Zunahme der Firmenpleiten mit einhergehendem Verlust an Arbeitsplätzen. Patrik-Ludwig Hantzsch, Chefökonom von Creditreform, warnt jedoch vor Verzerrungen am Markt durch eine Verlängerung der Ausnahmeregelung. „Zombie“-Unternehmen, die nur noch künstlich am Leben erhalten würden, könnten andere mit in den Abgrund reißen. Geschäftsführern einer GmbH oder Vorständen einer Aktiengesellschaft droht Strafen wegen Insolvenzverschleppung, selbst wenn sie bei den vielfachen Regelungen schlichtweg den Überblick verloren hätten. *MRK*

KOMMENTARE

Stille Profiteure

ERIK LOMMATZSCH

Über 50 prominente Schauspieler haben kürzlich mit Videoclips die Corona-Maßnahmen und die Berichterstattung der großen Medien angeprangert. Gegen die Beteiligten, von denen sich einige schnell peinlich-pflichtschuldig distanzieren, wurde auch ins Feld geführt, sie hätten doch keine Einbußen gehabt und damit keinen Grund zur Beschwerde.

Darf man sich also zur bedrückenden Lage oder den massiven Einschränkungen der Grundrechte nur ablehnend positionieren, wenn man handfest-materiell betroffen ist? Zu viele gibt es, die die zu erwartenden, verheerenden Folgen des Lockdown ebenfalls sehen, aber aufgrund persönlicher Sätturiertheit stillhalten oder gar nach außen in den Chor der Unterstützer noch der wider-sinnigsten Maßnahme einstimmen.

Die Rede ist hier weniger von Branchen wie dem Versandhandel, derzeit eine wahre Goldgrube. Daneben gibt es den ohnehin gut bezahlten Musiker des aus öffentlichen Mitteln finanzierten

Orchesters, der über „Kurzarbeit“ und aus dem Steuertopf stammende Ausgleichszahlungen unverändert nahezu sein gesamtes Gehalt bezieht. Da ist der Wirt, der mittels „Corona-Unterstützung“ sogar sein Lokal renovieren kann und dem die ehemaligen 450-Euro-Kräfte nicht auf der Tasche liegen. Die „Kurzarbeit“ – auch hier ein Zauberwort – für seinen einzigen regulär Festangestellten ist derzeit, entgegen der eigentlichen Gesetzeslage, für den Arbeitgeber nicht mit zusätzlichen Sozialzahlungen verbunden.

Eine Physiotherapeutin zeigte sich überrascht, wie unkompliziert es war, eine fast fünfstellige Summe aus Steuergeldern umgehend auf dem Konto vorzufinden, lediglich durch Angabe eines geschätzten Ausfall-Betrages. All diese Profiteure, von denen die meisten ohne Zögern den kleinen „Regelverstoß“ praktizieren, sofern es um unmittelbare Annehmlichkeiten geht, tragen durch ihr Schweigen zur Verlängerung eines Zustandes bei, dessen Gefährlichkeit für die Zukunft ihnen bewusst ist.

Grüne im Ernstfall

RENÉ NEHRING

Kann man sich vorstellen, wie eine Annalena Baerbock mit Wladimir Putin über die Lage im Osten der Ukraine verhandelt? Mit dieser, damals noch rhetorischen Frage bezeichnete ein Kommentator vor wenigen Wochen ein grundlegendes Problem für den Fall einer Kanzlerschaft der grünen Parteivorsitzenden: Soll in einer Welt voller Konflikte ausgerechnet an der Spitze der europäischen Zentralmacht eine Politikerin stehen, die über keinerlei Erfahrung in einem Regierungsamt verfügt?

Durch die Nominierung Baerbocks zur Kanzlerkandidatin sowie angesichts des Umstands, dass die Grünen in ersten Meinungsumfragen an der Union vorbeigezogen sind, ist dieses Szenario in den Bereich des Möglichen gerückt. Das wirft die Frage auf, ob die Politikerin für das von ihr angestrebte Amt geeignet ist. Die Antwort darauf hängt wesentlich von der Analyse der Lage ab, in der sich unser Land, Europa und die

Welt gerade befinden. Und da sieht es alles andere als rosig aus.

Das „European Union Institute for Security Studies“ (EUISS) beschreibt in einer aktuellen Studie Dutzende Szenarien für kommende Konflikte (siehe Seite 12). Hinzu kommen die bereits heute sichtbaren ökonomischen Verwerfungen infolge der Corona-Pandemie. Angesichts dessen wirkt es absurd, wenn die Grünen eine Kandidatin präsentieren, die ihre Unerfahrenheit froh gelaunt als Stärke ausgibt – und dafür von geeigneten Medien auch noch gefeiert wird.

Auch wenn die Grünen schon lange keine Spaßpartei mehr sind, so zeigen sie mit der Personalie Baerbock doch, dass sie noch immer keine politische Kraft für den Ernstfall sind. Grün sein muss man sich leisten können, lautet eine altbekannte Kritik an der einstigen Ökopartei. Gemeint ist dies zumeist in Bezug auf die ökonomischen Folgen grüner Politik. In Zeiten wie diesen erfährt diese Aussage eine weit umfassendere Bedeutung – und Warnung.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tevis; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



FOTO:IMAGO/STEFANZEITZ

Unter Rechtfertigungsdruck: In politischen Notlagen gilt die Einbeziehung der Länder und ihrer Kammer – des Bundesrats – oft als Hindernis für unbürokratische Lösungen. Dabei sind sie eine unverzichtbare Stütze der Gewaltenteilung

KOLUMNE

Wider den Zentralismus

FLORIAN STUMFALL

Wann immer im öffentlichen Forum ein neuartiges, vielleicht schwer erklärbares oder gar gefährlich erscheinendes Ereignis eintritt, antwortet die politische Klasse darauf mit einem neuen Gesetz. Wem aber die über-große Bürokratie von Regierungswesen und Verwaltung ein Ärgernis darstellt, der mag in der Fülle der Gesetze einen Grund suchen. Denn sie alle bestehen nicht nur aus ihrem meist ohnehin viel zu langen Text, sondern auch noch aus einem Vielfachen an Ausführungsbestimmungen. Diese im Alltag Wirklichkeit werden zu lassen, ist Aufgabe der Bürokratie. Wenn dann wieder einmal ein paar hundert unkündbare Planstellen eingerichtet sind, erheben sich aufs Neue die Klagen über die Bürokratie sowie die Forderung, Abhilfe zu schaffen. So geht es weiter, bis zu einem Tod durch Wachstum.

Ein unstillbarer Drang

So weit ist die Sache nur misslich. Doch sie geht weiter. Zu bedenken ist nämlich nicht nur die Zahl von Vorschriften, sondern auch ihre Art und Wirksamkeit. Aus beidem zusammen ergibt sich, was man den Gesetzesdruck nennt. Das jüngste Beispiel einer Gesetzgebung solcher Art, das danach ruft, genannt zu werden, sind das sogenannte Infektionsschutzgesetz und – als Beleg schlechter Regierungsarbeit – seine Novellierung zu einem Zeitpunkt, als die Druckerschwärze des ursprünglichen Textes noch nicht trocken war. Was aber die Art dieses Pakets angeht, so hört es auf, ein Ärgernis zu sein und wird zur Gefahr.

Im Zusammenhang damit hat sich ein seltenes Beispiel von misstrauischem politischen Instinkt Gehör verschafft, das mit dem Wort vom „Ermächtigungsgesetz“ laut geworden ist. Der historische Bezug ist zwar kühn, was aber nicht gegen die Kürze und Schlüssigkeit der Gedankenverbindung spricht. Zurückgeführt auf seine wesentliche Wirksamkeit bedeutet dieses Gesetz nichts anderes als eine teilweise Entmündigung der Länder in einer Sache, die deren Zuständigkeit wäre, zugunsten der Zentralgewalt des Bundes.

Ein kurzer Rückblick zeigt, dass das Grundgesetz seit seinem über 70 Jahre währenden Bestehen rund 60 Mal geändert worden ist, so gut wie immer in dem Sinne, dass der Bund Zuständigkeiten an

sich gezogen hat, die vormalig den Ländern zugestanden hatten, die doch die konstitutiven Elemente des Bundes darstellen und ihm in diesem Sinne vorgeordnet sind.

Selbstverständlich gibt es für diese fortschreitende Zentralisierung wohlfeile Erklärungen. Die aktuelle lautet, das Virus richte sich nicht nach Landesgrenzen und mache nicht vor ihnen Halt. Von der Sachlichkeit her ist dieser Aussage nicht zu widersprechen. Aber dasselbe gilt auch für Großwetterereignisse, die Eichenspinnerprozessionsraupe, Zyklen im Welthan-

Am Ende dieses Weges steht folgerichtig und unausweichlich die Diktatur. Denn es gibt keinen Punkt, an dem es hieß: Bislang war es richtig, die Macht zu bündeln, aber jetzt ist es nicht mehr richtig. Abgesehen davon, dass die Macht die handelnden Personen allzu sehr lockt, diese zu vermehren, wie man heute schon sieht, fehlt das Argument, das jenen Punkt der Umkehr darstellen könnte – im Gegenteil: Dadurch würde die ganze Ideologie in ihrem Widerspruch scheitern.

Hierher gehört auch der Umstand, dass die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland, der Nationalsozialismus ebenso wie der Sozialismus, den Föderalismus abgeschafft haben. Im Dritten Reich wurden die Länder gleichgeschaltet; formal weiterbestehend, hatten sie keinerlei Macht mehr. In der DDR wurden sie völlig getilgt.

Föderalismus ist ein Stück Gewaltenteilung

del und für bösartige Ideologien. Deshalb tut es not, die Absicht zu erkennen, die sich hinter einer solchen Banalität verbirgt. Denn die Absicht ist es hier, die das Argument positioniert, mit dem weniger der Kampf gegen ein medizinisches Ereignis als die Mehrung der Zuständigkeiten einer Zentralgewalt vorangetrieben werden soll. Mit dem grenzüberschreitenden Vorwand wird ja auch die Aufblähung des Brüsseler Molochs gerechtfertigt.

In der Folge dieser Argumentation führte auf lange Sicht nichts an einer Weltregierung vorbei. Denn unabhängig von der Ebene, auf der es sich abspielt, ist es immer der Zentralismus, der Macht von unten wegnimmt und oben anhäuft.

Gefahr für die Freiheit

Die Meinungen über die Sinnhaftigkeit einer derartigen Entwicklung sind geteilt. Doch eines ist sicher: Sie führt weg von einer freiheitlichen Ordnung. Die Demokratie ist seit den Tagen Solons im siebten Jahrhundert vor Christus in Athen unveräußerlich gekennzeichnet durch die Teilung der Gewalten. Mit jedem Schritt einer Zentralisierung von Zuständigkeiten aber verringert sich die Zahl der Entscheidungsträger. Gewalten werden nicht mehr geteilt, sondern zusammengefasst. Die Kontrolle wird immer weniger, bis sie ganz entfällt. Argumente und Anliegen untergeordneter Einheiten finden keine Berücksichtigung mehr.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Leicht verletzliche Kulturkämpfer

Bücher werden inhaltlich gesäubert, Filme und Serien mit Warnhinweisen versehen – In der Kunst breitet sich der Tugendterror aus

VON HARALD TEWS

Die Kultur wird in den kommenden Jahren einen großen Wandel erleben. Das hat weniger mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Kulturszene zu tun als mit einem Kulturkampf, dessen Anfänge wir gerade erleben. Wenn weiße Übersetzer ohne Migrationshintergrund nicht mehr oder nicht nur alleine das Werk einer afroamerikanischen Dichterin übersetzen dürfen, wie im Falle von Amanda Gorman mit ihrem Huldigungsgedicht auf Joe Biden jüngst in Spanien, den Niederlanden oder eben auch in Deutschland zu erleben (die PAZ berichtete), dann ist das nur eines von vielen Anzeichen dieser kulturellen Revolution.

Eine Minderheit von links-alternativen-feministischen-LGBT+ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender etc.)-Aktivisten, die sich für aufgeklärt hält oder – wie es im Englischen heißt – für „woke“ (wach, erwacht), will eine Gender-Sprache durchdrücken, gegen „kulturelle Aneignung“ ankämpfen und generell die „Herrschaft“ des – natürlich rassistischen – „alten weißen Mannes“ beenden.

Angeheizt durch die „MeToo“- und „Black Lives Matter“-Bewegung toben an US-Universitäten bereits regelrechte Grabenkämpfe, die zu Zensur, Verboten und der „Cancel Culture“, dem Ausschluss abweichender Meinungen, führten. Sollten die Grünen ab September die Regierungsverantwortung mit übernehmen, kann man auch hierzulande mit einer Entfesselung des Kulturkampfes rechnen.

Wuchernde Gender-Biotop

Die Grundlagen dafür sind längst gelegt. In der Sprache haben wir uns an das Gender-Sternchen, Binnen-I oder -Doppelpunkt zu gewöhnen (Bürger*innen, LehrerInnen, Mieter:innen). Der Duden ist mit seinen Genderempfehlungen bereits ebenso vorgeprescht wie manche Kommunen, die ein neues Behördendeutsch vorschreiben, oder einige Nachrichtensendungen und Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender.

Um einer Diskriminierung von Minderheiten vorzubeugen, sind Ausdrücke



Anstößiges Kinderbuch auf dem Index: Das Dr.-Seuss-Buch mit dem Stäbchen essenden Chinesen darf nicht mehr verkauft werden

wie Zigeuner, Indianer oder Neger tabu. Die Egmont-Ehapa-Media, in der Walt Disneys „Lustige Taschenbücher“ erscheinen, hat bereits kapituliert und angeblich anstößige Stellen gesäubert. Der Lkw in einer Micky-Maus-Geschichte fährt nicht mehr mit der Aufschrift „Negerküsse-International Export“ wie in früheren Auflagen. Neuerdings fährt er ohne „Negerküsse“.

Allerorten stehen Bücher, Comics, Filme und Lieder auf dem Prüfstand. Kinderbuchautoren bekamen das als Erste zu spüren. Damit ängstliche Eltern beim Vorlesen von Astrid Lindgrens „Pipi Langstrumpf“ oder Otfried Preußlers „Die kleine Hexe“ bei Ausdrücken wie „Negerlein“ oder „Chinesenmädchen“, die bei ihren Kindern einen Schockzustand auslösen könnten, nicht eine Schweigepause einlegen müssen, haben deren deutsche Verlage in neueren Ausgaben diese Wörter entweder gestrichen oder durch andere ersetzt. Oder ganz in den Giftschränk gestellt wie im Fall des US-Kinderbuch-

autors Dr. Seuss, dessen Erben entschieden haben, sechs seiner Bücher vom Markt zu nehmen, weil in seinen Karikaturen zum Beispiel stereotyp mit Stäbchen essende Chinesen zu sehen sind.

Geht das so weiter, hat die Kulturpolizei weit mehr zu tun als Winston Smith, der in Orwells „1984“ alte Texte im Sinne des autoritären Regimes umschreibt. Eingriffe in Texte fremder Autoren vorzunehmen, ist eigentlich tabu. Neu ist es nicht. Zensurmaßnahmen, Textschwäzungen, jugendfreie Kürzungen, Überpinselungen nackter Tatsachen in der Malerei oder Filmkontrollen gab es in den Künsten schon immer. Neu ist auch nicht, dass es wieder einmal von linker Seite erfolgt.

Auslöser dieses Mal ist die „Generations Beleidigt“. So bezeichnet die französische Autorin und Mitarbeiterin der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ Caroline Fourest in ihrer gleichnamigen Streitschrift (Edition Tiamat, 144 Seiten, 18 Euro) diese in feministischen Gender-Biotopen herangezüchtete Generation,

die auf stereotypische Darstellungsweisen hochverletzlich reagiert und dahinter sogenannte Mikroaggressionen vermutet. Legendar wurde der Fall einer jungen Amerikanerin, die sich zur Geburtstagsfeier einen japanischen Kimono überzog und arglos ein Foto von sich in den sozialen Netzwerken veröffentlichte. Prompt erlebte sie einen Shitstorm und wurde wegen „kultureller Aneignung“ und „Yellowfacing“ an den Pranger gestellt.

Klassiker auf den Scheiterhaufen

Asiatische, indianische – sorry, heute sagt man indigene Völker – oder schwarzafrikanische Randgruppen sehen sich gerne in einer moralisch überlegenen Opferrolle, wenn Weiße sie imitieren oder ihren Habitus übernehmen. Die Filmindustrie hat bereits ein Problem damit, weil schwarze oder „diverse“ Rollen nur von Schauspielern entsprechender Ethnie oder sexueller Orientierung gespielt werden dürfen. So ist die israelische „Wonder Woman“-Darstellerin Gal Gadot für eine „Kleopatra“-

Neuverfilmung laut Tugendpolizei nicht schwarz genug und der „Apollo“-Regisseur Ron Howard nicht asiatisch genug, um das Leben des chinesischen Starpianisten Lang Lang zu verfilmen. Hollywood-Star Scarlet Johansson verzichtete vorsichtshalber freiwillig auf die Filmrolle eines Transgender-Mannes – weil sie selbst nicht „divers“ ist.

Folge: Die Schere im Kopf wird immer größer und die Freiheit der Kunst durch Selbstzensur immer eingeschränkter – und humorloser. Die „Muppet Show“, in der wir über einen als Zigeuner auftretenden Peter Sellers oder Johnny Cash, der vor einer Konföderiertenfahne singt, lachten, wäre heute undenkbar. Disney hat diese Folgen in seinem Bezahlförmel jetzt mit Warnhinweisen versehen: Diese Programme enthielten „negative Darstellungen und/oder die nicht korrekte Behandlung von Menschen und Kulturen“.

Im Prinzip müsste man solche Triggerwarnungen an fast jedes Kunstwerk heften: „Ilias“ – Gewalt; „Der Kaufmann von Venedig“ – Antisemitismus; „Faust“ – Teufelsverherrlichung, Frauenfeindlichkeit; „Tom Sawyer“ – Rassismus ... Am besten gleich alles aussortieren und auf den Scheiterhaufen damit.

Der US-Politologe Francis Fukuyama hat schon 2018 in seinem Buch „Identität“ die Gefahr erkannt, dass der Kampf um Gleichberechtigung benachteiligter Gruppen die Demokratie und Kunstfreiheit gefährdet. „Identitätspolitik“ ist inzwischen zum ideologischen Kampfbegriff linker Gruppen geworden, die ihre kulturelle, ethnische oder sexuelle Identität in Minderheitennischen suchen. Die nationale Identitätsfindung früherer Zeiten verliert sich jetzt ins Sektiererische, nur ist sie weit radikaler. Diese Identität fußt nicht auf einer tradierten Nationalkultur, sondern darauf, die bestehende „weiße“ Kultur zurückzudrängen und durch neue Minderheitenkulturen zu ersetzen.

Aus Angst, es sich mit den Minoritäten zu verscheren, machen viele Künstler den Kotau vor dem Tugendterror und schreiben, malen, singen politisch korrekt. Die jüngste Oscar-Filmverleihung, die eine Feier der Diversität war, steht symptomatisch für diesen Kulturwandel.

JUBILÄUM

Von Wer-, Wes-, Wem- und Wenwölfen

Schmunzelgedichte vom Galgenberg an der Havel – Vor 150 Jahren wurde Christian Morgenstern geboren

Dumm gelaufen! Dieses Fazit gilt für alle Jubilare, die in Pandemiezeiten ihren Jahrestag haben. Das betrifft nun auch den Dichter Christian Morgenstern. In dem ihm gewidmeten Literaturmuseum, das seit sieben Jahren im Aussichts- und Museumsturm der Bismarckhöhe in Werder (Havel) beheimatet ist, dürfte daher wohl auch die für den 6. Mai geplante Eröffnung der Ausstellung „Morgenstern – mein Morgenstern“ ins Wasser fallen.

Dass dem am 6. Mai 1871 in München geborenen Dichter südwestlich von Berlin im Brandenburgischen ein Museum gewidmet ist, kommt nicht von ungefähr. Denn hier entstand mit den „Galgenliedern“ der Gedichtzyklus, der ihn unsterblich gemacht hat. Nachdem der aus einer Künstlerfamilie stammende Dichter – Vater und Großvater waren bekannte Kunstmaler – 1894 nach Berlin gezogen war,

machte er mit Freunden Ausflüge nach Werder, wo im Restaurant am Galgenberg, dem heutigen Standort der Bismarckhöhe, die Galgenlieder entstanden.

Diese unter seinen „Galgenbrüdern“ im Restaurant verteilten Lieder waren ur-

sprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Morgenstern hielt sie für zu trivial und unter seinem Niveau. Da er aber mit seinen zuvor entstandenen mystisch-eklektischen Gedichtbänden gescheitert war, ließ er die „Galgenlieder“

veröffentlichen. Und die Sprachgrotesken fanden reißenden Absatz. Bis heute schmunzelt man über reimende Kuriositäten wie „die Nähe“, die zur „Näherin“ wird, oder wie in diesem „Fall“-Beispiel: „Der Werwolf, – sprach der gute Mann, / des Weswolfs – Genitiv sodann, / dem Wemwolf – Dativ, wie man's nennt, / den Wenwolf – damit hat's ein End'.“

Sein lyrisches „Nasobēm“-Tier, das auf der Nase schreitet, bekam ähnlich wie Loriots fiktive Steinlaus sogar eigene Lexikonartikel. Morgensterns Lexikoneinträge enden mit seinem durch ein Lungenleiden verursachten recht frühen Tod am 31. März 1914. Sein Leben umspannte damit die gesamte Friedenszeit des Kaiserreichs.

H. Tews

Christian Morgenstern: „Der Trichter“

Zwei Trichter wandeln durch die Nacht.
Durch ihres Rumpfs verengten Schacht
fließt weißes Mondlicht
still und heiter
auf ihren
Waldweg

U.S.

W.

• Morgenstern-Literatur-Museum:
www.bismarckhoehe-in-werder.de

• MELDUNG

Museums-Tankstelle

Berlin – Nach siebenjähriger Sanierung der Neuen Nationalgalerie am Berliner Kulturforum fand am 29. April die Schlüsselübergabe an Michael Eissenhauer, dem Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin (SMB), statt. Der wegen seines Pfeilergestützten ausladenden Flachdachs an eine Tankstelle erinnernde quadratische Glasbau, den der Bauhaus-Künstler Ludwig Mies van der Rohe in den 1960er Jahren geschaffen hat, wurde nach Plänen des britischen Architekten David Chipperfield für 110 Millionen Euro umgestaltet. Pandemiebedingt soll die Eröffnung des Museumstempels erst am 21. August stattfinden. Da in Berlin die bundesweite Notbremse gilt, haben die SMB ihre zwischenzeitlich geöffneten anderen Museen wieder schließen müssen. tws

VOR 30 JAHREN

Dem Wartburg folgte der Trabant

Der Automobilbau gilt als eine der Stärken der deutschen Volkswirtschaft. Die Verteilung ist jedoch ungleichmäßig. Die deutschen Autobauer Volkswagen, Daimler, BMW, Audi und Porsche haben ihre Zentralen in Westdeutschland. Und die in ausländischem Besitz befindlichen Firmen Ford und Opel haben ihre Deutschlandzentralen ebenfalls im Westen. Von den Automobilunternehmen mit Sitz in der DDR besteht hingegen keines mehr. Vor 30 Jahren wurde erst die Produktion des Wartburg und 20 Tage später, am 30. April 1991, auch die des Trabant eingestellt.

Die Diskrepanz zwischen West und Ost fällt ins Auge. Dabei waren die Ausgangsbedingungen bei Ende des Zweiten Weltkrieges durchaus vergleichbar. Die Bevölkerung Mittel- wie Westdeutschlands gehörte seit einem Dreivierteljahrhundert mit dem Deutschen Reich demselben Staat an und schon sehr viel länger derselben Kulturturnation. Ausbildung und Arbeitsethos waren vergleichbar. In gewisser Hinsicht hatte Mitteldeutschland beim Automobilbau sogar einen Vorsprung, war Chemnitz doch nicht nur der Sitz der Auto Union, sondern Sachsen auch ein Schwerpunkt der deutschen Leichtindustrie.

Allerdings gab es einen Störfaktor, für den die Mitteldeutschen nichts konnten, und das war die sowjetische Besatzungsmacht. Die von ihr durchgesetzte, auf eine Mischung aus Idealismus sowie Befehl und Gehorsam setzende sozialistische Kommandowirtschaft erwies sich als weniger effektiv denn der Kapitalismus im Westen, der auf eine der stärksten Antriebskräfte des Menschen setzt, den Egoismus. Kommandowirtschaft mag in primitiven Wirtschaften funktionieren, aber in einer hochentwickelten Industriegesellschaft bedarf es Kreativität und Eigenverantwortung, und auf die wirkt die Kommandowirtschaft tödlich.

Ein weiteres Problem war, dass der Stalinismus auf die Schwerindustrie setzte. Deutschlands Schwerindustrie befand sich aber traditionell eher im Osten mit Schlesien und vor allem im Westen mit dem Ruhrgebiet. Die Folge war, dass in Mitteldeutschland mit Gewalt eine Schwerindustrie aus dem Boden gestampft wurde, statt im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung auf die bereits vorhandene leistungsfähige Leichtindustrie zu setzen. Und als letztes Problem seien schließlich noch die immensen offenen und versteckten Reparationsleistungen an die sowjetische Besatzungsmacht genannt.

Von entsprechender Qualität waren die Konsumgüter für die mitteldeutsche Bevölkerung. Das betraf auch die Autos. An Ideen, den Wartburg und den Trabant zu verbessern und auf der Höhe der Zeit zu halten, fehlte es nicht, eher schon an der Notwendigkeit. Autos aus DDR-Produktion verkauften sich auch so zumindest in der DDR wie geschnitten Brot. Die Nachfrage war auch so größer als das Angebot. Warum sollte man also viel Geld in eine Modernisierung und Verbesserung stecken?

Die friedliche Revolution mit der Öffnung des mitteldeutschen Marktes änderte die Situation fundamental. Nun waren die Ostautos in ihrem eigenen Markt mehr oder weniger über Nacht der harten Konkurrenz der Westprodukte ausgesetzt.

Manuel Ruoff

MEDIZINGESCHICHTE

Wie Christentum und Islam von der Pest profitierten

Die Folgen der Seuchen für die Menschheit betreffen neben dem Feld der Religion auch viele weltliche Bereiche

VON WOLFGANG KAUFMANN

Pandemien und Epidemien haben der Menschheit immer wieder nachhaltige Veränderungen beschert. So verursachte die „Mutter aller Pestbakterienstämme“ bereits vor fünftausend Jahren ein dramatisches Massensterben in Europa. Danach strömten Nomaden aus Asien nach Westen und brachten ihre Kulturtechniken und domestizierten Pferde mit auf den europäischen Kontinent. Später tauchten im Zuge der Intensivierung des Fernhandels und der Verstärkung weitere tödliche Infektionskrankheiten auf. Durch diese Seuchenwellen kollabierten zahlreiche Imperien, und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung ganzer Kontinente erfuhr massive Wandlungen.

Wanderung aus Asien nach Europa

Aus all dem resultierten zwar auch Veränderungen von Alltagsitten und -gebräuchen, doch fielen die diesbezüglichen Effekte letztlich eher gering aus. Denn wie in der derzeitigen Corona-Krise kam es regelmäßig zu einer psychischen Ermüdung und Abstumpfung der Menschen, und sie hielten am Althergebrachten fest. Das galt besonders für die Zeiten, in denen noch keine brauchbaren

Erkenntnisse über die Krankheitsursachen vorlagen und die Seuchen irgendwann ohne bewusstes menschliches Zutun verschwanden. Je weniger die Menschen über das Funktionieren von Krankheiten wussten und die dahinterstehenden Mechanismen begriffen, desto weniger waren sie in der Lage, Lehren und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Suche nach einem Sündenbock

Was sich – und zwar nicht erst anlässlich des Auftretens des „Schwarzen Todes“ im 14. Jahrhundert – durchsetzte, waren geradezu modern anmutende Maßnahmen zur Quarantäne und zur Isolierung der Kranken. Ebenso führten Epidemien und Pandemien zu einer gewissen Verbesserung der sanitären beziehungsweise hygienischen Verhältnisse, insbesondere dort, wo viele Menschen auf engem Raum lebten. Allerdings zeitigte das erst in der Neuzeit nennenswerte positive Effekte, nachdem Bakterien und Viren als Krankheitsüberträger entlarvt worden waren. Die Erkenntnis, dass Licht, Luft und Sonne sowie sauberes Wasser und funktionstüchtige Kanalisationen wichtige Säulen der Seuchenprävention sind, beeinflusste dann aber sogar die Stadtplanung und architektonische Stile.

Desgleichen stieß die Kette der permanent auftretenden verheerenden In-

fektionskrankheiten Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Medizin an. So gab Papst Clemens VI. 1348 grünes Licht für die Obduktion von Pestopfern. Damit ermöglichte er neuartige Formen der Beschäftigung mit dem menschlichen Körper und den Mechanismen der Krankheitsentstehung.

Ansonsten sorgten Pandemien und Epidemien stets auch für einen Mentalitätswandel, der weit stärker ausfiel als die Veränderungen von Alltagsitten oder Hygieneregeln. Insbesondere wuchs der Hass auf gesellschaftliche Randgruppen, denen man die Schuld für die Verbreitung der Krankheiten gab. Im Mittelalter waren dies vor allem die Juden, und später dann oft Prostituierte oder Homosexuelle wie während der pandemischen HIV-Verbreitung seit den 1980er Jahren. Die Mechanismen sind heute noch die gleichen, nur dass im Falle von Corona AfD-Wähler oder Querdenker als starke Krankheitsverbreiter gelten, denen entschieden Einhalt geboten werden müsse.

Tanz auf dem Vulkan

Darüber hinaus führten Seuchenwellen oft zu flammenden Aufrufen, sich zu mäßigen, auf „frivole Genüsse“ zu verzichten und „gottesfürchtiger“ beziehungsweise asketischer zu leben, denn der

„schwache“ Mensch mit seiner „Völlerei“ und seinem „zügellosten Treiben“ oder gar „widernatürlichen Neigungen“ galt als Verursacher der ganzen Misere. Das freilich fruchtete nicht bei jedem. Viele entwickelten taube Ohren für die Botschaften von Religionen und Ideologien, und taten dann aus Fatalismus das genaue Gegenteil von dem, was verlangt wurde. Statt zu büßen und zu verzichten, ließen sie es sich gutgehen oder feierten gar wüste Gelage, denn schließlich konnte jeder Tag ihr letzter sein.

Konzentration von Reichtum

Dieser Tanz auf dem Vulkan bewirkte eine gewisse Erosion der weltlichen Macht. Angesichts des drohenden Todes fürchteten die Leute diesen mehr als die Staatsgewalt. Die reagierte hierauf mit autoritären Maßnahmen. Oder wie es der Hamburger Medizinhistori-

Der Aufschwung von Kunst, Kultur und Wissenschaft zur Zeit der Renaissance beruht maßgeblich auf dem „Schwarzen Tod“

ker Philipp Osten ausdrückte: „Eine Pandemie erhöht die Präsenz der Ordnungsmacht.“ So führte Bayern 1807 als erster Staat der Welt die Impfpflicht ein, als ein Vakzin gegen die Pocken zur Verfügung stand. Zur systematischen Durchsetzung dieser Pflicht erstellten Amtsärzte anhand der Taufregister der Kirchen Impflisten, die dann später als Basis für Einwohnermelderegister dienten. Somit ermöglichte die Krankheit eine deutlich intensivere und effektivere Kontrolle der Untertanen.

Das waren aber nicht die einzigen Veränderungen, die bis heute nachwirken. Seuchen mit hohen Mortalitätsraten sorgten auch für eine Konzentration von Reichtum durch Vererbung. Diese wiederum brachte unter anderem das frühneuzeitliche Mäzenatentum hervor. Der Aufschwung von Kunst, Kultur und Wissenschaft zur Zeit der Renaissance resultierte ganz maßgeblich daraus, dass so mancher Überlebende nach dem Wüten des „Schwarzen Todes“ nun sowohl über reichlich Geld verfügte als auch den Wunsch hegte, sich auf irgendeine säkulare Weise „unsterblich“ zu machen.

Rationalisierungsdruck

Des Weiteren stimulierten Seuchen technische Innovationen. Wenn zu viele Menschen das Zeitliche segneten, führte das zwangsläufig zu Personalmangel und somit auch zu höheren Löhnen. Daher mussten nach den mittelalterlichen Pestwellen manuelle Arbeiten wie beispielsweise in der Landwirtschaft oder beim Kopieren von Schriften mechanisiert werden, um die Kosten zu senken. Und so entstanden dann Erntemaschinen und das Buchdruckverfahren.

Die weitreichendste Wirkung entfalteten frühere Pandemien freilich auf dem Gebiet der Religion. Ohne die Cyprianische Pest, die das Imperium Romanum in den Jahren zwischen 250 und 270 erschütterte, wäre das Vertrauen in die alten Götter nicht ins Bodenlose gefallen. Das wiederum verhalf dem bis dahin hart bedrängten Christentum zu einem unerwarteten Aufschwung. Und den rasanten Siegeszug des Islam im Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten hätte niemals gegeben, wenn nicht der wichtigste Gegenspieler der Araber, das Byzantinische Reich, zwischen 542 und 770 von der Justinianischen Pest heimgesucht worden wäre.



Peter Anton von Verschaffelts Bronzestatue auf der Spitze der römischen Engelsburg erinnert bis heute an das Ende der Justinianischen Pest: Erzengel Michael steckt das Schwert des göttlichen Zorns in die Scheide Foto: Rabax63

VON HERMANN FLESSNER

Die ersten Gedanken zur Ausgangserfindung für eine magnetisch schwebende Bahn kamen dem Diplomingenieur Hermann Kemper schon um 1922. Nach drei ersten diesbezüglichen Patenterteilungen wurde von ihm im August 1938 ein weiteres unter dem simplen Titel „Schwebbahn“ angemeldet, das am 8. Mai 1941 vom deutschen Reichspatentamt erteilt und bekanntgemacht wurde. Auf diesem Patent beruhen praktisch alle Entwicklungen von Magnetschwebbahnen, die bis heute weltweit durchgeführt wurden.

Mit ihm ging es Kemper nicht nur um räderloses Fahren, sondern auch um einen Fahrbetrieb in einer dichten Röhre mit rundem Querschnitt, in der die Luft stark verdünnt wird, um den Luftwiderstand zu reduzieren. Er schlägt das Einfüllen von Wasserstoff vor, wodurch bei gleichem Druck der Widerstand um das bis zu Zehnfache verringert werden kann. Kemper dachte an eine „Rohrbahn“, ähnlich wie eine Rohrpost, für Geschwindigkeiten bis zu 1500 Kilometern in der Stunde.

Der Zweite Weltkrieg unterbrach seine Arbeiten. Fast dreißig Jahre vergingen, da traf Kemper 1966 während eines Kuraufenthaltes in Bad Wörishofen auf Ludwig Bölkow, den Gründer des Flugzeugherstellers Bölkow GmbH, der 1969 Teil von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) wurde. Nun ging es weiter.

Zwar wurde die Idee der Rohrbahn nicht weiter verfolgt, denn die wichtigen Fragen, bei welcher Geschwindigkeit die Schallmauer in verdünnter und mit Wasserstoff aufgefüllter Luft durchbrochen wird, wie sich das auswirkt und wie gefährlich das ist, konnten bis heute nicht geklärt werden. Dafür gab es aber inzwischen eine weiter entwickelte Leistungselektronik und vor allem Computer, mit deren Hilfe eine Umsetzung der ersten Ideen Kempers zu der in Deutschland entwickelten Schwebbahn Transrapid möglich war.

Minister Leber war begeistert

Ab 1970 baute die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm in München das erste Funktionsmodell einer Schwebbahn-Teststrecke, die Kemper noch erleben konnte. Am 6. Mai 1971 stellte MBB auf dem Werksgelände in Ottobrunn den ersten Prototypen einer Magnetschwebbahn (Maglev, Magnetic Levitation Train) zur Personenbeförderung vor. Besonders der damalige Bundesverkehrsminister, Georg Leber, war begeistert. Der Sozialdemokrat förderte das Vorhaben und verlieh Kemper 1972 als dem „Nestor des elektromagnetischen Schwebens“ das Große Bundesverdienstkreuz.

Ein wichtiges Argument für die Absichten, neben den schon bestehenden Verkehrsgeräten Schiff, Eisenbahn, Automobil und Flugzeug ein weiteres in Schwebetechnik einzuführen, war und ist besonders heute das Füllen einer Nische, nämlich der zwischen einer immer noch und sicher auch weiterhin gültigen oberen Grenze für eine wirtschaftliche und ökologisch vertretbare Fahrgeschwindigkeit der Eisenbahnen von zirka 300 Kilometern in der Stunde und den wirtschaftlichsten Fluggeschwindigkeiten oberhalb von rund 800 Kilometern pro Stunde. Man dachte zunächst vor allem an „Schwebegeschwindigkeiten“ ab 300 bis 600 Kilometer pro Stunde, also Hochgeschwindigkeiten, selbst bei kurzen Verbindungs- beziehungsweise Zubringerstrecken wie in Shanghai und in München. Diese Vorgabe ist aber inzwischen aufgegeben, seit Ressourcenschonung allerhöchste Priorität hat und man weiß, dass unter allen Verkehrssystemen bei der Magnetbahn- beziehungsweise Magnetbahn-technik mit Abstand am meisten Energie gespart und die Umwelt am wenigsten geschädigt wird.

Ein weiteres kommt hinzu: der enorme Materialverschleiß im Eisenbahnbetrieb, speziell an Rädern und Schienen. Er



1974 auf der 930 Meter langen Versuchsstrecke: Erstes Magnetschwebefahrzeug von MBB

Foto: Techniker

TRANSRAPID-VORLÄUFER

Lückenfüller zwischen Eisenbahn und Flugzeug

Vor 50 Jahren stellte Messerschmitt-Bölkow-Blohm den ersten Prototypen einer Magnetschwebbahn zur Personenbeförderung vor. 30 Jahre zuvor hatte Hermann Kemper ein Patent auf seine „Schwebbahn“ erhalten

ist zwar grundsätzlich bekannt, wurde bisher jedoch eigentlich immer verharmlost beziehungsweise verdrängt. Allein der Stahlabbau an den Laufflächen der Eisenbahnräder ist gewaltig. Ein einziges fabrikneues Rad eines ICE-Zuges zum Beispiel verliert bis zu seiner Ausrüstung, das heißt bis zum Erreichen der Verschleißgrenze nach zwei bis drei Jahren, etwa 66 Kilogramm Stahl. Bei einem ganzen ICE-Zug mit 14 Waggons sind das ungefähr 7,4 Tonnen abgeschrubber Stahl, der als Pulver auf das Gleisbett fällt und als Rost die Gleise braun färbt oder einfach verweht. Betrachtet man nur die rund 260 ICE-Züge in Europa, die schon 2008 eine tägliche Verkehrsleistung von mehr als 300.000 Kilometern erbrachten, dann sind das 443 Tonnen Stahl in zwei bis drei Jahren. Alle anderen Züge in Europa sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Vom Abrieb an den Schienenköpfen in fast gleich großer Menge ist hier auch noch nicht einmal die Rede.

Beim abgebildeten Prototypen von 1971 wurde die elektromagnetische Energie zum Antrieb über die mittig angeordnete Schiene übertragen, die Seitenführung erfolgte über die Schienen an beiden Rändern des Fahrzeugs. Der Prototyp hat bis heute verschiedene Änderungen an Fahrzeug und Fahrweg erlebt. Beim deutschen Transrapid werden sowohl Antrieb als auch Führung über elektromagnetische Statoren an den Seitenrändern der Fahrwegplatten erledigt. Dabei umfasst der Fahrzeug-Unterbau die Platten, was ein entgleisungssicheres Fahren sicherstellt.

Ohne hier auf alle neuen zwischenzeitlichen Entwicklungen einzugehen, sei hervorgehoben, dass eine Nutzung der Schwebetechnik für den Güterverkehr speziell in Europa eine vorrangige Bedeu-

tung erlangen wird. Im Vordergrund steht dabei der Gütertransport von den mittlerweile dominierenden Containern, die auf riesigen Frachtschiffen über die Weltmeere befördert werden. Dabei gibt es bereits Probleme wegen zu großen Tiefgangs dieser Schiffe, nicht direkt an den Kaimauern der Häfen anlegen zu können. In Deutschland geht das bisher mit vollbeladenen Schiffen nur in Wilhelmshaven. Und dort kommt ein neues Transportproblem hinzu, die Anbindung an das Hinterland. Bahnverkehr ist zwar möglich, bietet aber keine ausreichenden Kapazitäten. Hinzu kommt, dass in der Regel schon für einen Zwischentransport Lastkraftwagen ge-

len durch Tiefladegestelle für das Aufsetzen und Befestigen von Containern ersetzt zu werden, die Antriebs- und Steuerungstechnik bleibt weitestgehend unverändert. Die notwendigen Konstruktionen sind inzwischen verfügbar.

Es müssen zwar neue Fahrwege gebaut werden, was aber schon geplant ist und nur umgesetzt zu werden braucht. Die Vorteile der Schwebetechnik, vor allem wenn der aufgeständerte Fahrweg die Regel ist, bleiben erhalten: Der Bodenerwerb ist bei in Abständen zu setzenden Pfeilerfundamenten kostengünstiger als bei durchgehenden Strecken; der Fahrweg kann meistens ohne besondere Brückenkonstruktionen über Hindernisse hinweggeführt werden; höhengleiche Kreuzungen mit anderen Verkehrswegen und Kollisionen werden vermieden; eine landwirtschaftliche und betriebliche Nutzung des Bodens unter der Strecke ist weiterhin möglich; bei Dauerfrost sowie großen und lange liegenden Schneemengen ist die Schneeräumung leichter; aufgeständerte Fahrbahnen bilden keine ökologischen Trennungen wie ebenerdige Autobahnen, Schienenwege und Wasserwege, da Tiere unter den Fahrwegen hindurch wandern können. Letzteres tun sie auch unbeeindruckt, wie man aus Erfahrungen unter der Teststrecke im Emsland weiß.

Wenn der politische Wille für eine Umsetzung da ist, könnte sofort losgelegt werden. Es ist allerdings wohl eine Jahrhundertaufgabe, die in den nächsten 50 Jahren das Verkehrsgeschehen aber in fast jeder Hinsicht entspannen kann – weltweit.

● Prof. Dr. Hermann Flessner ist Mitglied des internationalen Magnetbahn-Verbandes International Maglev Board (IMB).

Energiesparend und umweltschonend

braucht werden. Überhaupt findet der Containertransport grundsätzlich direkt mittels Verladebrücken an den Kaimauern über Straßenverkehr in das Binnenland und das östliche Ausland statt, und zwar hin und her. Was das bedeutet, kann man täglich auf Deutschlands Straßen erleben. Die deutschen Autobahnen sind die Überland-Magistralen Europas geworden und völlig überlastet.

Eine Idee mit Potential

Die Magnetschwebetechnik bietet sich vorteilhaft als Verkehrslösung an, sie kann die Autobahnen entlasten. Bei den gegenwärtig infrage kommenden Schwebefahrzeugen brauchen nur die Fahrgastzel-

WALTER ULBRICHT

Erzwungener Abtritt vor 50 Jahren

Aus „Altersgründen“ bat Walter Ulbricht am 3. Mai 1971 darum, ihn von seinen Aufgaben als Erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED zu entbinden. Der ehemalige KPD-Politiker war von Beginn an der starke Mann bei der Errichtung der zweiten deutschen Diktatur gewesen, im Sinne der Sowjets agierend und von diesen unterstützt. Der Rückzug des beinahe 78-Jährigen aus der DDR-Führung vor 50 Jahren erfolgte für die Öffentlichkeit überraschend und geschah alles andere als freiwillig. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, dass Moskau Ulbricht fallen ließ. Er musste den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Erich Honecker, der massiv gegen ihn intrigiert hatte, als Nachfolger vorschlagen.

Seinen Einfluss und das Potential der DDR überschätzend, hatte Ulbricht versucht, sich von den Sowjets zu lösen und eine vergleichsweise eigenständige Politik in Gang zu setzen. Missfallen erregte er beim seit 1964 amtierenden Kremlchef Leonid Breschnew mit seinem eigenwilligen ideologischen Sonderweg. So hatte er die These entwickelt, der Sozialismus sei eine „relativ selbstständige sozialökonomische Formation“. Dies widersprach der marxistisch-leninistischen Lehre und stellte die DDR, die nun selbst „Modellcharakter“ bekommen sollte, auf eine Entwicklungsstufe mit der Sowjetunion, was deren Führungsanspruch unterminierte. Auch im Verhältnis zur Bundesrepublik suchte er eigene Wege. Der Historiker Ulrich Völklein urteilt, der SED-Chef sei „auf seine alten Tage“ ein „Pragmatiker“ der Ost-West-Entspannungspolitik gewesen. Neben



Walter Ulbricht

Moskau verfolgte ein großer Teil der DDR-Führung Ulbrichts Emanzipationsbestrebungen mit Missfallen. Hinzu kam eine problematische wirtschaftliche Lage zu Beginn der 1970er Jahre, die sich nicht zuletzt aus der erzwungenen Orientierung an der Sowjetunion ergab.

Schließlich richtete das SED-Politbüro im Januar 1971 einen von Honecker formulierten „Hilferuf“ an Breschnew und forderte Ulbrichts Entmachtung. Belassen wurde ihm bis zu seinem Tod das – einflusslose – Amt des Staatsratsvorsitzenden. Der um ihn betriebene Personenkult erfuhr ein nahezu schlagartiges Ende. Im Oktober 1971 erfolgte eine interne Abrechnung der Genossen mit dem einst nahezu allmächtigen Ulbricht, es fielen Sätze wie: „Du hast mit Verdrehungen gearbeitet, mit Lügen und Verleumdungen.“ Erik Lommatzsch

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unsere Gegenwart ist wahrlich kompliziert genug. Dennoch gibt es Zukunftsforscher, welche sich damit beschäftigen, was der Menschheit in einigen Jahren drohen könnte – und zwar auch ganz ohne weitere Pandemien. Einige dieser modernen Wahrsager sitzen in dem 2002 gegründeten Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EU Institute for Security Studies, EUISS) mit Sitz in Paris.

Die Ergebnisse ihres wissenschaftlichen Blicks in die Glaskugel werden regelmäßig in den Chaillot Papers publiziert, die bestimmten Themenkomplexen gewidmet sind. Kürzlich erschien deren Nummer 161, welche den Titel „Conflicts to Come“ (Kommende Konflikte) trägt. Darin listen die stellvertretende EUISS-Direktorin Florence Gaub und ihre Mitautoren 15 verschiedene Konfliktszenarien für die Zeit um 2030 auf.

Wie die Verfasser schreiben, hatten sie keinerlei inhaltlich-methodische Vorgaben für die Studie erhalten – mit Ausnahme dieser einen: Sie sollten möglichst darauf verzichten, einfach nur heutzutage schon sichtbare Trends um zehn Jahre in die Zukunft zu verlängern, sondern stattdessen „nach schwachen Signalen oder Konfliktelementen suchen, die (noch) nicht in den Schlagzeilen stehen“.

Das EUISS nennt dies „Fictive Intelligence“ (FICINT). Die steht im Kontrast zu den beiden geheimdienstlichen Hauptmethoden Human Intelligence (HUMINT, Gewinnung von Informationen durch Agenten oder andere menschliche Quellen) und Signals Intelligence (SIGINT, Aufklärung durch elektronische Mittel).

Faktor Mensch erschwert Prognosen

Dabei stießen die Analysten freilich auf folgendes Problem: Je größer der Einfluss des Faktors Mensch auf einem bestimmten Gebiet ist, umso schwieriger gestaltet sich das Abgeben von Prognosen, denn menschliches Verhalten kann man weder auf individueller noch auf staatlicher Ebene zuverlässig modellieren. Insofern fielen die skizzierten Konfliktszenarien für 2030 allesamt mehr oder weniger spekulativ aus, zumal eben auch krasse Unwägbarkeiten wie überraschende technologische Innovationen, plötzliche Umweltveränderungen sowie die Geburt neuer Ideologien mit einkalkuliert werden sollten.

Im ersten Abschnitt von „Conflicts to Come“ namens „Die Menschen ziehen in den Krieg – aus Trauer und wegen Missständen“ geht es um die künftige Rolle nichtstaatlicher Akteure. Nach Ansicht der Autoren werden Zivilisten 2030 mannigfache kreative Methoden benutzen, um den Staat zu destabilisieren und unter



An Konfliktherden besteht auch in Europa kein Mangel: Soldat auf den Schlachtfeldern der Ost-Ukraine

Foto: pa

KONFLIKTFORSCHUNG

Die kriegerische Zukunft der Welt

Experten eines EU-Instituts werfen einen Blick auf das Jahr 2030: Vom klassischen Kampf zwischen Ländern bis zu ganz neuartigen gewaltsamen Auseinandersetzungen – Es drohen mannigfache Gefahren

Druck zu setzen oder behördliche Maßnahmen zu sabotieren. Dabei bestehe insbesondere die Gefahr von Angriffen auf Kulturgüter und die Öl-Infrastruktur. Ausdrücklich ist in diesem Zusammenhang von „Grünem Terror“ seitens der Umweltbewegung sowie auch einer Radikalisierung mancher Christen die Rede. Und Computer-Hacker könnten künftig statt aus finanziellen Gründen eher aus ideologischen Motiven heraus agieren und in Kooperation mit Milizen potentiell tödliche Cyber-Attacken starten.

„Blitzkriege“ auf dem Balkan

Der zweite Abschnitt der aktuellen Chaillot-Broschüre ist mit „Die Große Schlacht: Die Rückkehr des konventionellen Krieges“ überschrieben. Hier heißt es, klassische Kriege zwischen zwei Staaten seien zwar in letzter Zeit seltener geworden, was aber nicht ausschliesse, dass man 2030 wieder zu mehr Gewalt greifen werde als gegenwärtig und dabei alte oder neue Methoden der

Kriegsführung anwende. Als mögliche Szenarien gelten dabei: Ein großer russisch-amerikanischer Krieg, welcher ausbreche, weil das Abschreckungspotential der USA aufgrund ständiger Kürzungen der Militärausgaben zu gering geworden sei, die Annexion Taiwans durch die Volksrepublik China, russische „Blitzkriege“ auf dem Balkan unter Einsatz hochmobiler Spezialeinheiten sowie ein Vormarsch russischer Truppen im Baltikum, dem die NATO gleichfalls nichts entgegenzusetzen habe. Dass Moskau derart erfolgreich agieren könnte, erklären die EUISS-Analysten mit der ausgeprägten Fähigkeit der Russen, unterschiedliche militärische Technologien auf dem Schlachtfeld zu integrieren.

Und im Abschnitt Nummer 3 „Der clevere Konflikt: Themen und Methoden“ geht es dann noch um spezielle neue Mittel der Kriegsführung wie autonome Unterwasserdrohnen, bisher nicht im Fokus befindliche Schlachtfelder, allen voran die Polargebiete, und Wandlungen in der Phi-

losophie vom Kriege. Im letzteren Zusammenhang wird unter anderem darauf verwiesen, dass nichtstaatliche Akteure in der Dritten Welt in asymmetrischen Konflikten gegen hoch technisierte Mächte auf archaische und dennoch effektive Vorgehensweisen zurückgreifen könnten.

Krieg und Frieden verschwimmen

Ein Beispiel hierfür sei der Einsatz von Heckenschützen in Kombination mit absichtlich herbeigeführten Verschlechterungen der sanitären Verhältnisse in der Kampfzone, welche den „verwöhnten“ westlichen Soldaten mehr zu schaffen machen würden als ihren „primitiven“ Kontrahenten.

Aus alldem ziehen die Verfasser des Chaillot Papers Nr. 161 zunächst diese allgemeinen Schlussfolgerungen: „Die Welt hat bis 2030 wieder ihre Unschuld verloren ... Konflikte sind weit verbreitet und finden in verschiedenen Aktivitätsbereichen und Regionen der Welt statt. Die Unterscheidung zwischen den traditio-

nellen Konzepten ‚Krieg‘ und ‚Frieden‘, ‚Konflikt‘ und ‚Kriegsführung‘, ‚interne‘ und ‚externe‘ Sicherheit ist überflüssig geworden. Politische Interessen werden innerhalb und außerhalb der Grenzen von Staaten verfochten ... Die allgegenwärtige technologische Innovation, die durch 5G und künstliche Intelligenz (KI) beschleunigt wird, ist eine wichtige Variable für die Zukunft von Konflikten.“

Dem schließen sich folgende Ratschläge an die Adresse der EU-Verantwortlichen an: Niemand dürfe Illusionen hegen, was 2030 betreffe – es werde unzählige Konflikte geben, und jeder einzelne Gegner könnte dabei eine ernstzunehmende Gefahr darstellen. Angesichts dessen müsse man nun gemeinsam Schwachstellen aufdecken, Risiken bewerten und den militärisch-sicherheitspolitischen Sektor stärken. Daher lautet der letzte Satz von „Conflicts to Come“ dann auch: „Der Schlüssel für die Europäer, um auf die Zukunft des Konflikts vorbereitet zu sein, ist mehr Europa, besser gemacht.“

LOCKDOWN

Wie das Lernen zu Hause unter die Räder gerät

Alarmierende Ifo-Studie zum „Heimunterricht“: Von einem Ersatz für den Präsenzunterricht kann keine Rede sein

Eine zentrale Maßnahme zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus war von Beginn an die Schließung von Schulen. Doch die Erwartungen an den „Heimunterricht“ haben sich nicht erfüllt. Das liegt nicht nur, wie zuerst angenommen, an der mangelhaften Digitalisierung in der Bundesrepublik. Eine Studie des Ifo-Instituts liefert erschreckende Erkenntnisse. Denn auch in der zweiten Phase pandemiebegründeter Schulschließungen haben Schüler in Deutschland viel Lernzeit verloren.

Demnach haben sich Schüler vor den Lockdown-Maßnahmen im Durchschnitt siebeneinhalb Stunden täglich mit Schul-

stoff beschäftigt, während der Schulschließungen Anfang 2021 jedoch nur knapp dreieinhalb Stunden – im ersten Lockdown 2020 war es sogar noch eine halbe Stunde weniger gewesen.

Fernsehen statt Bildung

Diese drei Stunden werden laut der Ifo-Studie vor allem mit Fernsehen, am Computer oder in sozialen Medien verbracht. Aktuell habe auch nur eines von vier Schulkindern täglich Online-Unterricht, knapp die Hälfte nur einmal wöchentlich. „Mit Nachhilfe, die nach den Erfahrungen des Frühjahrs 2020 groß auf bildungspolitische Fahnen geschrieben

wurde, ist es nicht weit her“, erklärte zudem Ifo-Bildungsökonomin Larissa Zierow, und: „Die Förderung kommt fast ausschließlich Kindern von Akademikern zugute. Das ist besonders erschreckend.“ Im Durchschnitt sind nur 2,9 Stunden pro Tag auf Tätigkeiten wie Lesen, Musizieren oder Bewegung entfallen, die generell als entwicklungsförderlich angesehen werden.

Immerhin wurden Lernvideos und Lernsoftware Anfang 2021 häufiger eingesetzt als noch im Frühjahr 2020. 64 Prozent der Eltern berichten, dass ihr Kind mehrmals pro Woche bereitgestellte Lernvideos anschauen oder Texte lesen

sollte. Im Frühjahr 2020 waren es nur 53 Prozent.

Nur die Hälfte „sehr konzentriert“

Dass der Lernerfolg durch „Heimunterricht“ für viele Schulkinder vergleichsweise gering ist, spiegelt sich auch in konkreten Aussagen über das Lernen zu Hause wider. So ist das Bild bei der Frage, wie konzentriert die Kinder zu Hause lernen, gespalten: Knapp die Hälfte der Eltern (47 Prozent) gibt an, dass ihr Kind beim Lernen zu Hause sehr konzentriert sei, wohingegen ein ähnlich großer Anteil angibt, dass dies nicht der Fall sei. Immerhin: Während der Schulschließun-

gen Anfang 2021 fanden die Forscher heraus, dass etwa ein Viertel der Schüler täglich gemeinsamen Unterricht für die ganze Klasse (beispielsweise per Video) hatte. Während der Schulschließungen im Frühjahr 2020 waren es nur sechs Prozent.

Es ist also einem größeren Teil der Schulen in Deutschland gelungen, die Schüler mit digitalem Fernunterricht für die ganze Klasse zu erreichen und somit den regelmäßigen Austausch mit Lehrkräften sicherzustellen. Aber das bedeutet auch, dass die Mehrheit immer noch auf eigenständiges Lernen angewiesen ist.

Peter Entinger

LO IN ALLENSTEIN

Zahlreiche Projekte finden digital statt

Am diesjährigen Frühlingsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen nahmen 30 Teilnehmer per Bildschirm teil

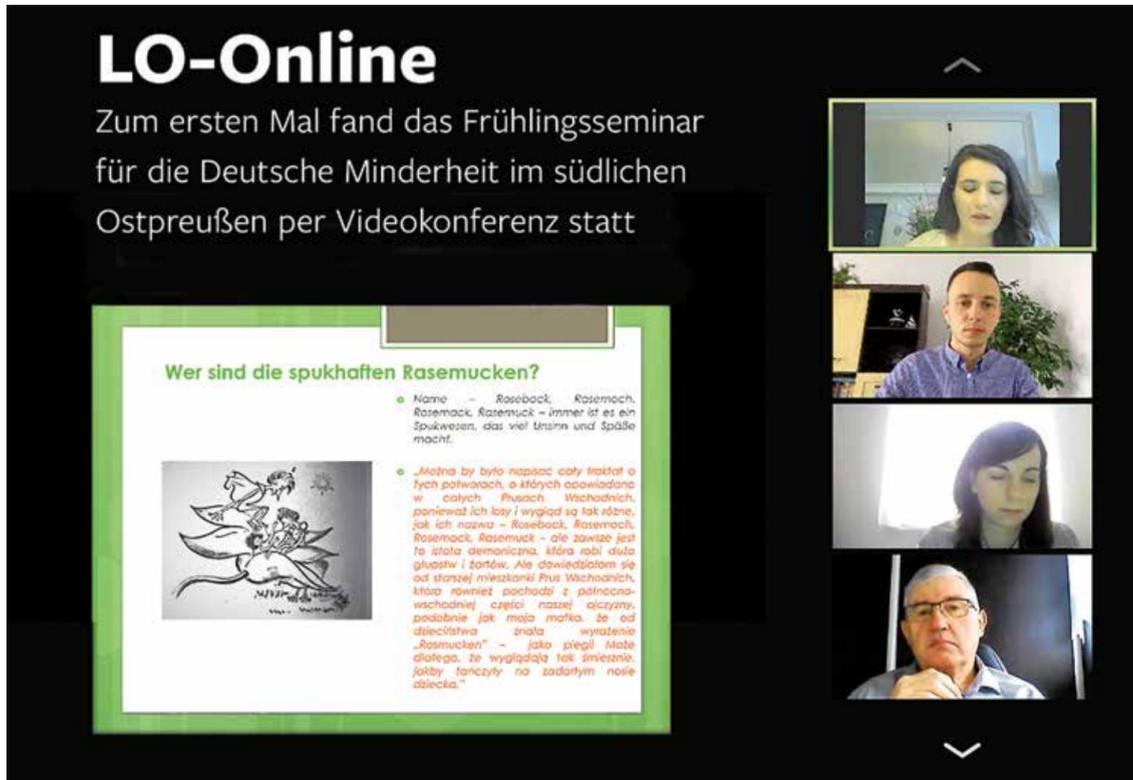
Das Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein hat am 10. April zum ersten Mal zu einem Online-Frühlingsseminar für die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen eingeladen. Wegen der Pandemie konnten sich die Vertreter der deutschen Vereine sehr lange Zeit nicht treffen. Zurzeit gilt in Polen ein Versammlungsverbot. Es dürfen sich maximal fünf Personen treffen, deswegen sind Konferenzen und Seminare nur mithilfe der digitalen Technik möglich.

Leider verfügen nicht alle Mitglieder der deutschen Vereine, besonders Senioren, über einen Computer oder ein Smartphone. Auch die Bedienung der digitalen Kommunikationsprogramme ist oft nicht einfach für die Älteren. Trotzdem haben am Frühlingsseminar 30 Personen teilgenommen, darunter Vertreter der folgenden deutschen Vereine: Allenstein, Bartenstein, Elbing, Heilsberg, Hohenstein, Lyck, Ortelsburg, Sensburg, Lötzen und Neidenburg.

Osterbräuche in Ostpreußen

Nach der Begrüßung durch die Repräsentantin der LO in Allenstein, Edyta Gładkowska, haben die Teilnehmer einen Vortrag über Osterbräuche in Ostpreußen gehört. Sie erfuhren, wer die spukhaften Rasemucken waren, sowie etwas über das Osterwasserholen oder Schmackostern.

Der nächste Punkt auf dem Programm waren die Projekte der Deutschen Minderheit in Zeiten der Pandemie. Die Vertreter der deutschen Organisationen in Polen stellten ein reichhaltiges Angebot vor. Wie sich herausstellte, sind die deutschen Einrichtungen ziemlich flexibel und haben den Mitgliedern der deutschen Vereine viele Projekte, die auch während der Pandemie möglich sind, präsentiert.



Gładkowska sprach über das Programm der LO sowie über das Projekt „Begegnungsstättenarbeit 2021“, das sogenannte Kleinprojekte auch online ermöglicht. Anna Kazańska aus Allenstein stellte das Projekt Billiga, das die Zweisprachigkeit fördert, vor. Das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit wurde vom Direktor Lucjan Dzumla vertreten. Über dessen Jugendprojekte berichtete Weronika Koston. Das Programm ELOM beispielsweise hat zum Ziel, der Jugend der Deutschen Minderheit die grundlegenden Fertigkeiten des Projektmanagements zu vermitteln, sodass sie selbstständig, professionell, kontinuierlich und nachhaltig in ihrer direkten

10

Vereine der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen – aus Allenstein, Bartenstein, Elbing, Heilsberg, Hohenstein, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Ortelsburg und Sensburg – nahmen an der Veranstaltung teil

Umgebung handeln können. Die Fortbildung besteht aus einer Reihe von Online-

Arbeitsgruppen, die verschiedene Aspekte des zivilgesellschaftlichen Engagements und des daraus resultierenden Projektmanagements in den Mittelpunkt stellen, sodass die Jugendlichen bewusst in ihren lokalen Gemeinschaften handeln können und ihre Identität als Mitglieder der Deutschen Minderheit ausleben.

Beata Sordon vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) äußerte die Hoffnung, dass es vielleicht im Sommer möglich sein werde, sich in kleineren Gruppen zu treffen und auf diese Weise die Koordinationstreffen für die deutschen Vereine aus dem Norden der Republik Polen durchzuführen.

Marta Krzesińska-Siwiek stellte das Projekt „Lernraum“ vor. Es ist ein innovatives Vorhaben der Deutschen Minderheit, das eine Vielzahl von Kursen, Seminaren und Arbeitsgruppen in deutscher Sprache anbietet, die von ausgewiesenen und erfahrenen Dozenten, aber auch von Lehrern und Freiwilligen aus der Republik Polen sowie aus der Bundesrepublik oder anderen deutschsprachigen Staaten durchgeführt werden. Zurzeit finden die Kurse online statt.

Über die Tätigkeit des Forschungszentrums der Deutschen Minderheit berichtete Magdalena Lapshin. Diese Einrichtung hat unter anderem vor, die Dokumente der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen zu digitalisieren und zu archivieren. Über die Vorhaben des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VDGEM) sprach Marta Mularczyk. Der VdGEM ist ebenso wie die anderen Organisationen bereit, einen Teil seines Programms online durchzuführen, sollten die Pandemiebeschränkungen die Präsenzveranstaltungen weiter nicht ermöglichen.

Redner stellten ihre Arbeiten vor

Im Anschluss berichtete Sabina Regula aus Neidenburg über die Volkszählung 2021 in Polen. Die Seminarteilnehmer sahen einen Film mit der Ansprache des Vorsitzenden des VdG Bernard Gaida zu diesem Thema.

Der VdG hat eine Kampagne gestartet, mit der die Mitglieder der Deutschen Minderheit sowie alle diejenigen Personen, die einen Bezug zur deutschen Kultur und Identität haben, ermuntert werden sollen, sich zu ihrer deutschen Herkunft und Sprache zu bekennen. (siehe unten).

Während des Frühlingsseminars wurde auch der neue Mitarbeiter des LO-Verbindungsbüro in Allenstein, Damian Wierzychowski, vorgestellt. PAZ

VOLKSABSTIMMUNG

„Tut es mit Mut“

Informationskampagne des VdG fordert Deutsche und andere Minderheitenmitglieder auf, sich zu ihrer Nationalität zu bekennen

Eine Volkszählung ist die Grunderhebung und Datenquelle der Bevölkerungsstatistik. Sie soll Informationen über den Zustand und die Struktur der Bevölkerung nach festgelegten demografischen und sozio-professionellen Merkmalen, zu einem bestimmten Zeitpunkt und auf einem bestimmten Gebiet, liefern.

In der Republik Polen werden alle zehn Jahre verpflichtend Volkszählungen durchgeführt. Sie dienen als Informationsquelle für verschiedene staatliche Institutionen, wissenschaftliche Einrichtungen, Medien, Analysezentren oder die öffentliche Verwaltung und helfen, die aktuelle Gesellschaft auf der Basis ausgearbeiteter soziologischer Forschung näher zu definieren.

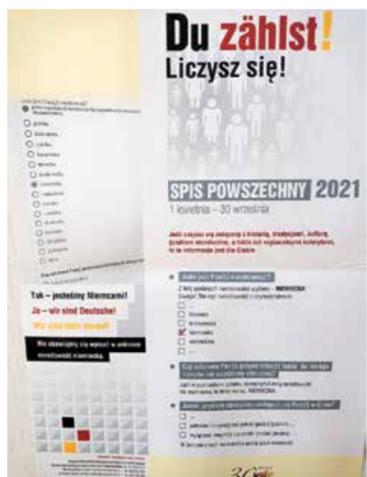
Die Bürger werden unter anderem nach ihrem Alter, ihrer Ausbildung, der Zeit und Art ihrer Arbeit und ihren Lebensumständen gefragt. Dazu gehören auch die Art des Hauses oder der Wohnung, die sie bewohnen. Eine Volkszählung stellt für viele demografische und soziale Merkmale, wie Religion, Nationalität oder Behinderung, die einzige Datenquelle für den Staat dar.

Die diesjährige Volkszählung hat am 1. April begonnen und soll bis zum 30. September dauern. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie nach dem Wunsch des Statistischen Hauptamtes vor allem in Form einer Online-Selbstauskunft durchgeführt werden soll. Dies ist offensichtlich auf die schwierige Pandemiesituation zurückzuführen.

Trotz eines speziell vorbereiteten Online-Fragebogens werden auch Personen berücksichtigt, die keinen Zugang zum Internet haben – dies betrifft insbesondere Senioren. Deshalb wurden auch Volkszähler geschult, die diejenigen Menschen kontaktieren werden, die an der Internetbefragung nicht teilnehmen können beziehungsweise wollen. Das soll die Beantwortung von Fragen in traditioneller Form mit Rücksicht auf die Corona-Maßnahmen ermöglichen.

Die Volkszählung ist auch für die Strukturen der Deutschen Minderheit in der Republik Polen ein äußerst wichtiges Thema. Daher führen die Verbände der Deutschen Minderheit in Schlesien, Pommern und

Ostpreußen seit Langem umfangreiche Informationskampagnen durch, in denen sie ihre Mitglieder auffordern, durch die Beantwortung von drei Fragen zur Staatsangehörigkeit ihr Deutschtum klar und deutlich zu bekennen: Welche Nationalität ha-



Plakat zur Volkszählung Foto: D.K.

ben Sie? Fühlen Sie sich auch einer anderen Nation oder Gemeinschaft zugehörig? Welche Sprache wird gewöhnlich zu Hause gesprochen?

Die Informationskampagne, die sich an alle Mitglieder der deutschen Gemeinschaft in der Republik Polen richtet, wird vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) mit Sitz in Oppeln umgesetzt, der sich um die Koordination der Aktivitäten und die Erstellung von Plakaten und Flugblättern kümmerte.

In seiner Ansprache an Menschen deutscher Abstammung, die auf der Internetseite des VdGs sowie in sozialen Medien zu lesen ist, erklärt der VdG-Vorsitzende Bernard Gaida die Gründe, aus denen man sich im Rahmen der Volkszählung zu seinem Deutschtum bekennen sollte. Er unterstreicht, dass alle Bürger der Republik Polen, die anderer Nationalität sind, sich mit einer anderen Kultur identifizieren sowie ein anderes Identitätsbewusstsein haben, dies beim Ausfüllen der Formulare deutlich machen sollten. Seiner

Ansicht nach würden alle nationalen und ethnischen Minderheiten die kulturelle sowie sprachliche Vielfalt eines demokratischen Landes bereichern. Auch auf der politischen und sozialen Ebene müsste deshalb die Stellung von Minoritäten, darunter auch der deutschen Minderheitenangehörigen, hervorgehoben werden.

Gaida sagte: „Daraus ergeben sich unsere konkreten Bedürfnisse in der Kultur- und Bildungspolitik sowie Verpflichtungen des Staates, seinen Bürgern tatsächliche Gleichheit zu sichern, unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit. Polen hat mehrmals versprochen, nicht nur die Erhaltung unseres Erbes zu fördern, sondern auch seine Entwicklung zu unterstützen.“ Aus diesem Grund dürften diejenigen Bürger Polens, die deutsche Wurzeln haben und sich mit der deutschen Kultur, Sprache sowie Geschichte verbunden fühlen, ihr Deutschtum nicht verschweigen: „Tut das mutig mit dem Verantwortungsgefühl für die Zukunft von euch und euren Kindern“, fügte der VdG-Vorsitzende hinzu.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hoffmann, Günter, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai
Stiegler, Eva, geb. **Rosbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai
D'Erceville, Irmgard, geb. **Wichert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Fritz, Christian, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Mai
Kerbst, Heinz, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Orlowski, Kurt-Friedrich, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai
Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fabritz, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Mai
Jordan, Gisela, geb. **Menck**, aus Wehlau, am 3. Mai
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai
Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Pretzlaff, Helmut, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. April
Speer, Charlotte, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. April
Szameit, Horst, aus Tewelken, Kreis Elchniederung, am 2. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bierfreund, Heinz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Böttcher, Hildegard, geb. **Fornacon**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 30. April

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
 Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Fäsecke, Gerda, geb. **Meschkat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Kluth, Eleonore, geb. **Gasche**, aus Monken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Lask, Ruth, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April
Opitz, Ursula, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 30. April
Schmidt, Gerda, geb. **Rohmann**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schrull, Martha, geb. **Roseneck**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 4. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brunkhorst, Erna, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Dornbusch, Hildegard, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Knihs, Gerhard, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, am 24. April
Klönner, Ingeborg, geb. **Nitsch**, aus Wehlau, am 4. Mai
Kock, Gerda, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai

Lewandowski, Eva, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Lorenz, Elfriede, geb. **Nothelm**, aus Lyck, Leo-Schlageter-Straße 9, am 2. Mai
Openkowski, Ruth, geb. **Jedamski**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Stern, Margarete, geb. **Palloks**, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Waschulewski, Friedrich, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Wenzel, Gerhard, aus Lyck, Yorkplatz 5, am 5. Mai
Wrobbel, Werner, aus Treuburg, am 1. Mai
Zielke, Ernst, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brangewitz, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Mai
Ehrhardt, Gerda, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Förster, Elli, geb. **Schneiderreit**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 6. Mai
Förster, Erika, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Gazioch, Martha, geb. **Wolter**, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Gustafson, Edith, geb. **Besmehn**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Kämmereit, Christel, geb. **Gottschalk**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Känel, Elfriede von, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Kinzel, Gerda, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Kittig, Walda, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Kunz, Martha, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Ziener, Dr. Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balschun, Horst, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Comteße, Hanna, geb. **Schroeder**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Godzieba, Helmut, aus Klausen, Kreis Lyck, am 1. Mai
Kompa, Luise, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Krebs, Anna, geb. **Dombrowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai

Kwiatkowski, Margot, geb. **Gelhaar**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Lattko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Mai
Pointinger, Xaver, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Rattay, Heinz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Valentin, Prof. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 3. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Auf'm Kamp, Erika, geb. **Daniel**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Bellinger, Maja, geb. **Dirkuns**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Domahs, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Gronau, Joachim, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 6. Mai
Grünberg, Eva, geb. **Perbandt**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai
Hippel, Edeltrud von, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 1. Mai
Judtka, Siegfried, aus Lyck, am 30. April
Kaczmarek, Waltraud, geb. **Luckau**, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Krause, Waltraud, geb. **Störmer**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 6. Mai
Kruska, Elfriede, geb. **Kopatzek**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Obalicha, Christel, geb. **Dalchau**, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. April
Rosenboom, Edith, geb. **Lippick**, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 3. Mai
Rothgänger, Günter, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Saschek, Ruth, geb. **Lenz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Schnittka, Horst, aus Rhein, Rübzahl, Kreis Lötzen, am 30. April
Sembill, Günther, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 4. Mai
Wedtke, Ursula, geb. **Gehder**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Augustin, Alexander, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. Mai
Blumental, Siegfried, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Mai
Göbel, Helga, geb. **Schemionek**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 30. April

Hüttermann, Käthe, geb. **Niemann**, aus Ihlhaken, Kreis Fischhausen, am 5. Mai
Kallweit, Erhard, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Knobelsdorf, Brigitte, geb. **Janenz**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 30. April
Küpper, Esther, geb. **Fabricius**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 1. Mai
Kukla, Gerhard, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Labrenz, Ingrid, geb. **Reinoß**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 6. Mai
Lenski, Dieter, aus Ortelsburg, am 1. Mai
Lojewski, Horst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 4. Mai
Lütke Beckmann, Helga, geb. **Frede**, aus Lyck, am 30. April
Rimkus, Alfred, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Ryck, Oskar, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 5. Mai
Rymacki, Waltraud, geb. **Todzi**, aus Schuttchenofen, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Saschek, Jürgen, aus Rhein/Lauken, Kreis Lötzen, am 6. Mai
Sauter, Dr. Hansgeorg, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Schönfelder, Dorothea, geb. **Hinz**, aus Gauten, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Thimm, Erna, geb. **Lunkowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Wirsinna, Gerhard, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 3. Mai
Woynowski, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 4. Mai
Wyrwa, Helga, geb. **Torner**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 6. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Hanni Irma, geb. **Kibath**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 30. April
Bredenberg, Dr. Wolf-Peter, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Brunke, Margarete, geb. **Schiller**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. April
Dzwonkowski, Ilka, geb. **Mathiezik**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Mai
Elfert, Siegmund, aus Treuburg, am 3. Mai
Goldau, Werner, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Gorke, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

Grünwald, Doris, geb. **Heinrich**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Lewerenz, Ida, geb. **Korzen**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau und aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Paulekuhn, Hans, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 30. April
Schefski, Joachim, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Schneeberg, Klaus, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 30. April
Schroeter, Karin, geb. **Kierstein**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 6. Mai
Spangenberg, Dr. Heinz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 5. Mai
Titt, Willi, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Viehöfer, Walter-Georg, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 30. April
Weber, Erika, geb. **Klein**, aus Ebenrode, am 1. Mai
Weber-Samsel, Gerda, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Wiegatz, Erhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dikty, Joachim Wolfgang, aus Itowken, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Janowski, Christel, geb. **Jung**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. Mai
Opretzka, Hannelore, geb. **Dutz**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai



Zur Diamantenen Hochzeit

Schlenger, Egon, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, und Ehefrau **Elvira**, geb. **Voigt**, am 6. Mai

ANZEIGE

Wirken Sie mit an
 der Stiftung
 »Zukunft für
 Ostpreußen!«

Forst Fugger Privatbank
 IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
 BIC: FUBKDE33

ANZEIGE



Unser lieber Vater und Großvater

Joachim Rudat

geb. am 22.4.1931 in Groß Ponnau/Ostpreußen
 hat seinen

90. Geburtstag
 gefeiert.

Jahrzehntlang hat er sich für das
 Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und
 als Vertreter für die Kreisgemeinschaft Wehlau engagiert.

Er ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens
 der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir wünschen Dir alles erdenklich Liebe und Gute!

*Jörg und Ute, Eike und Harald
 Theo, Mira, Henrike, Marco, Jan, Indra*

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
11. Juni 2022: Jahrestreffen der Ostpreußen

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden.

- **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (alle drei Jahre)
 - Anspruch auf Unterstützung der Landsmannschaft
 - Information und Einladungen
 - Direkter Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft www.ostpreussen.de herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
 Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Preußen-Kurier

Landesgruppe. Der neue Preußen-Kurier ist erschienen.

Lydia und Horst Zander werden vorgestellt, ebenso die Arbeit der Vertriebenenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Sylvia Stierstorfer, und ihre persönlichen Referentin, Hanni Kinadeter. Thomas W. Wyrwoll hat über einen handfesten Skandal berichtet; es geht um eine Umweltverschmutzung riesigen Ausmaßes im Kurischen Haff. Jörn Pekrul unternimmt eine geschichtliche Reise entlang der berühmten Reichsfernstraße 1 von Aachen bis Berlin, die im nächsten Heft in Richtung Königsberg – Eydtkuhnen fortgesetzt wird und auf der es allerhand zu entdecken gibt. Jörg Petzold lässt die Kleinbahn Putzig – Krockow vor unserem geistigen Auge wieder auferstehen.

Rainer Claaßen

Prominente des Monats

Hof. Klara Höffner, geb. Gutsche, wurde am 13. Mai 1875 in Bromberg/Westpreußen geboren. Nach

ihrer Heirat ging sie 1899 mit ihrem Mann nach Cottbus und von dort aus nach Berlin. 1913 begann die Mutter von zwei Kindern unter dem Künstlernamen Klara Hofer ihre schriftstellerische Arbeit.

Sie schrieb Romane und Erzählungen. Ein Schwerpunkt ihres künstlerischen Schaffens waren biografische Romane über bekannte historische Persönlichkeiten. Dabei richtete sie ihr Augenmerk nicht so sehr auf die äußeren Umstände, sondern mehr auf die psychischen Eigenarten und die innere Entwicklung des Helden/der Heldin. Klara Höfer liebte die betont romanhafte Ausgestaltung des Überlieferten und machte sich moderne Stilmittel, wie erlebte Rede und inneren Monolog, zunutze. Ihr erstes Werk „Alles Leben ist Raub“ befasste sich mit Friedrich Hebbel. Es folgten Romane über Martin Luther, Charlotte von Stein und Christiane Vulpius sowie Kaspar Hauser. Einen großen Bekanntheitsgrad erlangte sie durch das Buch „Sonja Kowalewsky“. Es gibt die Geschichte einer Frau wieder, die in der Frauenbewegung vor der Jahrhundertwende eine Rolle spielte. Die Professorin für Mathematik an der Universität Stockholm wurde durch Arbeiten in der Mechanik (Kreiseltheorie) und zu partiellen Differentialgleichungen bekannt.

Nach dem Tod ihres Ehemannes 1929 lebte Klara Höffner bis zu

ihrer Tode am 1. September 1955 auf dem, ursprünglich als Alterssitz für ihre Eltern erworbenen, Schloss Pilsach in der Oberpfalz.

Jutta Starosta



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Städtenamen

Schwarzenbek. Ich danke der PAZ und dem Ostpreußenblatt von ganzem Herzen, das sie in ihrer Zeitung ausschließlich die deutschen Orts- und Städtenamen verwendet und keine polnischen und russischen Namen. Das tut jemanden, der Ostpreußen tief in seinem Herzen trägt, über alle Maße gut. Ich habe seit 1990 etliche Male Ostpreußen besucht und dort auch einige Urlaube verbracht. Es macht einen traurig und stimmt einen wehmütig, wenn man die so fremden Namen im polnischen Teil und mehr noch im russischen Teil liest.

Im letzten Jahr habe ich den neuen Bürgermeister von Tilsit in russisch angeschrieben, ob er sich nicht dafür einsetzen kann, dass der nicht mehr zeitgemäße Name Sowetsk umbenannt werden kann.

Bestrebungen hatte es bereits gegeben, die Stadt in Tilse oder Tilser umzubenennen. Das scheiterte aber an den jeweiligen Stadtverwaltungen. Hoffnungsvoll war ich, weil dieser Bürgermeister einiges auf den Weg gebracht hatte, deutsches Kulturgut in der so traditionsreichen Stadt wieder herzustellen.

Leider habe ich bis heute keine Antwort erhalten. Peter Gerigk



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka,
An der Friedenseiche 44, 59597
Erwitte, Telefon (02943) 3214,
Fax -980276,
E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörny 18, 31860 Emmerthal-Börny,
Telefon (0171) 7086334

Heimatbrief, Heimattreffen

Der neue Pfingst-Heimatbrief ist fertiggestellt und befindet sich in der Druckerei. Hier ist unserem Schriftleiter Wilfried Brandt wieder ein interessantes, informatives Werk gelungen. Die Briefe werden wohl Anfang bis Mitte Mai auf den Postweg gehen. Unsere Mitglieder, die in der Datei erfasst sind, erhalten den Heimatbrief automatisch. Sollte dieses, aus irgendwelchen Gründen nicht der Fall sein, mel-

Kulturzentrum Ostpreußen



Emil Elch, das Museumsmaskottchen des Kulturzentrums Ostpreußen mit Sitz im Ellinger Deutschordensschloss, fühlt sich aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sehr einsam in seinem Museum. Daher sucht Emil Elch nun viele Brieffreunde, denen er einmal im Monat Post aus dem Museum schicken darf und dabei viele interessante Geschichten aus seiner Heimat Ostpreußen, von Bernstein, Ritter und Burgen erzählen kann. Unter anderem beantwortet er die Frage, warum ausgerechnet ein Elch Museumsmaskottchen wurde.

Angemeldete Kinder erhalten so zwölf persönlich an sie gerichtete, exklusive Elchbriefe plus einem Kennenlernbrief und einer handgeschriebenen Geburtstagskarte von Emil. Ergänzt sind die Briefe jeweils mit einer spannenden Mitmachseite.

Weitere Informationen zur Anmeldung erhalten Sie per E-Mail emil.elch@t-online.de oder per Telefon (09141) 86440. Emil Elch freut sich darauf, Kindern von fünf bis zehn Jahren Freude zu schicken, so wird der Gang zu Briefkasten ein Erlebnis.

Kulturzentrum Ostpreußen

den Sie sich bitte bei einem der Vorstandsmitglieder.

Sollten auch andere Interessenten einen Heimatbrief wünschen, so melden Sie sich bitte beim Kreisvertreter oder beim Schriftführer. Die Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter Internet: www.neidenburg.de.

Der Schriftführer zeigte mir auf, dass noch sehr viele, ältere Heimatbriefe vorhanden sind. Haben Sie Interesse an älteren Ausgaben, dann melden Sie sich beim Schriftführer Wilfried Brandt.

Das nächste Heimattreffen soll am 5. September 2021 in Bochum, im Erich-Brühmann-Haus stattfinden. Die Planungen für dieses Treffen laufen auf vollen Touren. Ob es wirklich stattfinden kann, liegt nicht in unseren Händen. Corona bestimmt hier alles.

Bevor Sie sich auf den Weg nach Bochum machen, informieren Sie sich bitte bei unseren Vorstandsmitgliedern.

Ich wünsche ein frohes Pfingstfest, einen schönen Sommer und bleiben Sie gesund. Ulrich Pokraka

ANZEIGE

Zusendungen für die Ausgabe 19/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten

der Ausgabe 19/2021
(Erstverkaufstag 14. Mai)

bis spätestens Dienstag, den 4. Mai,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder
postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Karin Banse

* 29. Mai 1937 † 19. April 2021
in Roeden in Uelzen
Kreis Gumbinnen

Die Verstorbene war von 2015 bis zu ihrem Tode
Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Gumbinnen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

ANZEIGE



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder
vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Wenn ihr mich sucht,
sucht mich in euren Herzen.
Habe ich dort eine Bleibe gefunden
lebe ich in euch weiter.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
von meiner Mutter, Schwiegermutter, Omi und Uromi

Magdalena Schmidt

geb. Stern
* 23. Januar 1920 † 2. April 2021

Wir behalten Dich in unseren Herzen.

Michael und Angelika Schmidt
Stephanie und Pepe
mit Aaron und Ellette
Kölger und Dorit
mit Fanny
Nicole und Dominik
mit Trija

Traueranschrift:
Michael Schmidt, 50374 Ertstadt, Rektor-Thar-Straße 2b

Die Urnenbeisetzung fand im RuheForst Hümmel im engsten Familienkreis statt.

So nimm denn meine Hände und führe mich
bis an mein selig Ende und ewiglich.

Wir nehmen Abschied von unserer lieben Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Waltraut
Bartholomeyczik

geb. Wabbels
* 17. 7. 1923 † 18. 4. 2021
in Kreuzingen in Bassum

In Liebe und Dankbarkeit

Frank und Gesa Bartholomeyczik
mit Karen und Paula
sowie alle Angehörigen und Freunde

Bassum, Lerchenstraße 28

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Anstatt zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine
Spende an die

„Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ auf das
Sonderkonto bei der Sparkasse Bremen

IBAN: DE78 2905 0000 1070 0220 29

Kennwort: Waltraut Bartholomeyczik

ARMIN MUELLER-STAHL

Laute Farbwelten

Ein politisches Buch

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Schauspieler von Weltrang, Musiker, Dichter und Maler, der Ehrenbürger der Stadt Tilsit vereint viele Talente.

Seinen Liedtext „Bumskanone, Rasselsäbel und Krachgewehr“ hat Armin Mueller-Stahl bereits 1964 gedichtet und in den Jahren 2018 bis 2020 überarbeitet. Diese überarbeitete Version ist nun in einem 19,90 mal 28 Zentimeter großen Farbband erschienen, und zwar als Gesamtkomposition mit dazugehörigen Bildern, die den Text des politischen Lieds enthalten.

Der vorliegende Kunstband ist mit 33 Abbildungen wie Mueller-Stahls frühere Werke „Der wien Vogel fliegen kann“ und „Die Blaue Kuh“ im Hatje Cantz Verlag erschienen. Der Untertitel lautet, „Ein Bilderbuch gegen die Waffen“ und beschreibt den Inhalt des Bandes sehr treffend. Er wurde herausgegeben von Frank Thomas Gaulin, Kunsthaus Lübeck. Dem eigentlichen Werk gehen zwei Texte, von Björn Engholm und von Philipp Hontschik, voraus, die Mueller-Stahls Leben

grob skizzieren und seine Haltung als selbstbewussten, unbeugsam politischen Menschen darstellen, der treu nach seiner Maxime lebe: „Lieber ein Knick in der Karriere als im Rückgrat“.

Ein Anhang enthält das Verzeichnis der Abbildungen, eine Biografie und eine Auswahl der Einzelausstellungen. Das Papier ist fest und glatt, leider verhindert dies die vollständige Betrachtung von doppelseitigen Abbildungen.

Der Liedtext ist zwar Teil der expressionistischen Bilder, doch zur Lesereleichterung ist er neben oder unter den jeweiligen Bild abgedruckt. Der gesamte zusammenhängende Text bildet den Einstieg in die lauten Farbwelten und die Stille nach der Betrachtung.



Armin Mueller-Stahl, Bumskanone, Rasselsäbel und Krachgewehr, Hrsg. Frank-Thomas Gaulin, Hatje Cantz Verlag, 2020, gebunden, 88 Seiten, 28 Euro

FAMILIENCHRONIK

Lebensnahe Geschichten

Lothar Rosenberg erzählt den Alltag seiner ostpreussischen Vorfahren

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Kaleidoskopartig blickt Lothar Rosenberg in seinen beiden „Memellandgeschichten“ auf die Landschaft, das Leben seiner Verwandtschaft in Ostpreußen und deren Nachbarn.

Der erste Teil „Aber Olga, du bist ja ganz aufgeruschelt“ ist ein 120-seitiges Büchlein in sehr großer Schrift mit einigen Schwarz-Weiß-Zeichnungen. Man liest heraus, dass Rosenberg die Episoden von seinem Onkel erzählt bekommen hat. Dieses Gefühl erhält der Leser bei seiner Lektüre. Lothar Rosenberg will vom Memelland erzählen, zum Beispiel vom Wachtmeister, der seine Mütze verloren hat, oder dem Hirten, der in einer Wanderdüne eingesunken ist. Weil er mit viel Herz dabei ist, verzeiht man ihm auch den einen oder anderen kleinen Fehler.

Insgesamt finden sich in dem Buch 20 kurze Geschichten, die in der Zeit zwischen 1914 und 1945 sich so oder so ähnlich im Landkreis Memel, Heydekrug, Prökuls, Meeszellen, Wensken,

Ramutten und Eydatden ereignet haben mögen.

Der zweite Band „Memellandgeschichten (2). Um Haus und Hof“ enthält ebenfalls Schwarz-Weiß-Zeichnungen, aber darüber hinaus auch noch einige Schwarz-Weiß-Fotografien, die dem Leser die Familie Wietzke und Rosenberg in den 15 Erzählungen näherbringen.

Alltagsgeschichten

Alltagsgeschichte wird anhand der Lebensläufe von Erna Gehlhaar (1922 geboren) aus Rastenburg, Hugo (1914 geboren), Herbert (1924 geboren) und Hildegard (1915 geboren) Rosenberg aus Meeszellen deutlich.



Rosenberg, Lothar: Memellandgeschichten „Aber Olga, du bist ja ganz aufgeruschelt“, Rosenberg, 2006, gebunden, ISBN: 978-3-9805614-6-1, 120 Seiten, 10 Euro

Im Gegensatz zum ersten Band, 2006 veröffentlicht, enthält der zweite Band, der in diesem Jahr erschienen ist, einen Anhang mit verwendeten Quellen und einigen Internetseiten, die zum Weiterlesen einladen. Außerdem enthält der Anhang ein Orts- sowie ein Namensregister. Ob diese Register bei dem 132-seitigen, großgeschrieben und mit vielen Abbildungen sowie Fotografien angereicherten Text wirklich zum Einsatz kommen wird, bleibt jedem Leser selbst überlassen. Lothar Rosenberg hat jedenfalls vorgemacht, wie die eigene Familiengeschichte auch für Nicht-Familienmitglieder zugänglich gemacht werden kann.



Rosenberg, Lothar: Memellandgeschichten (2), Um Haus und Hof, Dokumentation, Geschichten, Lebensläufe, Rosenberg, 2021, gebunden, ISBN: 978-39805614-6-4, 132 Seiten, 12 Euro

STADTCHRONIK

Die Geschichte der Stadt Saalfeld

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen veröffentlicht eine zweisprachige Publikation

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Am 23. Januar 1945 kamen sowjetische Truppen und am 24. Januar 1945, genau 640 Jahre nach der Stadtgründung, schien das Ende Saalfelds gekommen zu sein – Kirche, Schule, Feuerwehrhaus und weitere 60 Häuser überstanden die sowjetische Zerstörungswut, 75 Prozent der Stadt waren vernichtet. Dieses Fazit zum Kriegsende beschreibt das Heft des Kulturzentrums über die vom Deutschen Orden gegründete Stadt im Südwesten Ostpreußens, im Oberland, das auch den Namen Hockerland trug. Das Gebiet mit dem Ewing-See und dem Gericsh-See gehört zur Eylauer Seenplatte. In der Stadt mit dem mittelalterlichen Stadtkern auf etwa 115 Meter über dem Meeresspiegel kreuzten sich zwei Landstraßen: von Christburg nach Osterode und von Rosenberg nach Mohrungen.

Vom Deutschen Orden gegründet

Um das Jahr 1000 bewohnten die Prußen die Gegend, bis nach 1230 der Deutsche Orden in die Region kam. Es entstanden Burgen und Siedlungen, darunter Christburg, Rosenberg und 1305 auch Saalfeld. Komtur Sieghard von Schwarzburg verlieh Saalfeld in diesem Jahr die Handfeste und am 24. April 1334 erhielt der Ort die vollen Stadtrechte. Zuerst wurde eine Wehrkirche errichtet, dann entstanden Stadtmauern mit zwei Toren, die ein Quadrat von 8,4 Hektar umschlossen und an drei Seiten von einem Graben geschützt wurden.

Die Grundsteinlegung für die St. Johannis-Kirche fand 1331 statt, am 4. Dezember 1351 wurde sie eingeweiht. 1559 wurde ein Anbau, die „polnische Kirche“, erstellt, in dem bis 1802 Messen in polnischer Sprache stattfanden. Die nach Westen orientierte Kirche aus gefugtem Backstein und im gotischen Verband erbaute evangelische Kirche wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der katholischen Kirche übernommen.



Saalfeld: Altstadtansicht mit Kirche im Winter 2019

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Unter Hochmeister Winrich von Kniprode begann ein „goldenes Zeitalter“ in Saalfeld. 1395 hatte die Stadt etwa 700 Einwohner. Allerdings sank nach der Schlacht von Tannenberg der Einfluss des Ordens und polnische Truppen fielen ein. 1455 wurde die Stadt, die nicht mehr vom Orden zu halten war, niedergebrannt.

Nach dem Zweiten Thorner Frieden 1466 lag die Stadt direkt an der Grenze zu Polen, die folgende Pestepidemie entvölkerte das Land. Um 1475 kamen neue Siedler, 1480 wurde ein Kloster der Barfüßer gegründet, das bis 1527 bestand und im Zuge der Reformation aufgelöst wurde. Durch die „Preussische Huldigung“ wurde 1525 der Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum umgewandelt. Dieses wurde in drei Kreise aufgeteilt, Hauptstadt des „Oberländischen Kreises“ wurde bis 1752 Saalfeld. 1587 wurde eine Fürstenschule des Herzogtums eingerichtet, die bis 1805 bestand. Im 16. Jahrhundert zogen evangelische Siedler aus Polen in die Region.

1626 wurde das Herzogtum Preußen in den polnisch-schwedischen Krieg hineingezogen. Ruhe in der Region zog erst 1660 wieder ein, aber Saalfeld war völlig zer-

stört. Kaum aufgebaut, vernichtete ein großer Stadtbrand 1688 wieder einen Großteil der Stadt. Friedrich Wilhelm I. förderte durch Steuerbefreiung eine lange Aufbauphase, 1726 wurden 139 Häuser und 199 Einwohner verzeichnet. Wenige Jahre später im Siebenjährigen Krieg wurde der Ort durch die Russen besetzt, denen wiederum die Pocken folgten und 73 Personen den Tod brachten.

Die Stadt wurde viermal zerstört

1807 rückten französische Truppen ein, und ein französisches Lazarett wurde eingerichtet, das für die folgende Typhus-Epidemie nicht ausreichte. Nach dem Befreiungskampf gegen die Franzosen folgte 1831 die Cholera, die auch die Stadt heimsuchte.

Die jüdische Gemeinde erbaute 1838 ein Bethaus, das 1844 zu einer Synagoge ausgebaut wurde. 1852 wurde eine allgemeine Stadtschule und 1854 eine Privatschule für Mädchen errichtet.

1334 wurde der Weinsdorfer Kanal erbaut, der 760 Meter lang war und über den das Frische Haff erreicht werden konnte. Beim Bau des Oberländischen Kanals bis 1861 wurde er vertieft, verbreitert

und verlängert, sodass Saalfeld einen vollwertigen Anschluss an diese wichtige Wasserstraße bekam.

1883 wurde die Kaiserliche Post fertiggestellt, am 12. Oktober 1898 hatte die neu gegründete Feuerwehr beim Brand des Gerichtsgebäudes in der Klosterstraße ihre Bewährungsprobe. Die erste Eisenbahnstrecke zwischen Elbing und Osterode wurde am 1. September 1893 in Betrieb genommen, 1902 nahm das Elektrizitätswerk seine Arbeit auf. 1905 wurde das 600-jährige Stadtjubiläum gefeiert, die Stadt hatte 2587 Einwohner, davon waren 2436 evangelischen, 72 katholischen und 69 jüdischen Glaubens.

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte die Stadt weiter zum Deutschen Reich. 1928 wurde eine Stadtrandsiedlung gebaut, um die Wohnungsnot zu lindern. In der Stadt waren eine Molkerei, zwei Dampfmöhlen, eine Lederwarenfabrik, zwei Landmaschinenfabriken, eine Ziegelei sowie mehrere Sägewerke vorhanden.

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 wurde die Bevölkerung durch die neue Politik beeinträchtigt. In der Pogromnacht brannte die Synagoge nieder, die Feuerwehr durfte auf Anordnung der Parteileitung nur die anliegenden Häuser schützen. Die Ruine wurde in den nächsten Tagen abgetragen und alle Spuren beseitigt.

Bei Kriegsausbruch 1939 wurden fast alle waffenfähigen Männer Saalfelds eingezogen. 1944 näherten sich die Sowjets und am 21. Januar 1945 wurde der Räumungsbefehl gegeben – zu spät, um der Roten Armee zu entkommen. Am 22. Januar kamen die sowjetischen Panzer, die Menschen in der Stadt wurden zusammengetrieben, es folgten zahlreiche Erschießungen.

Am folgenden Tag plünderten die Truppen die Stadt und steckten sie in Brand, wobei 75 Prozent der Bausubstanz zerstört wurde. Nach der Übernahme der Macht durch die Polen am 31. Mai 1945 kamen Umsiedler aus Ostpolen in die Stadt, die noch verbliebenen Deutschen wurden

fast alle nach Westen abtransportiert. Ende 1945 wohnten in Saalfeld nur noch etwa 500 Personen, meistens Polen.

Im November 1945 verlor Zalewo die Stadtrechte und 1947 wurde die erste Buslinie nach Mohrungen eingerichtet. Ein staatlicher Betrieb für Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen wurde eingerichtet, es folgten eine Poststelle, eine Bank und ein Gesundheitszentrum. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von 650 in 1948 über 1450 in 1956 auf 1960 im Jahre 1970.

42 Jahre ohne Stadtrechte

Nach der Instandsetzung der Wasserleitungen und Kanalisation um 1979 wurde 1984 ein Kulturzentrum errichtet und am 1. Januar 1987 erfolgte die erneute Verleihung der Stadtrechte. Nach mehreren Jahren guter Beziehungen wurden Saalfeld in Thüringen und Zalewo am 29. Juni 2001 Partnerstädte.

Die 30-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Stadtbeschreibung enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch.

Das Heft kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von vier Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es unter Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de.



Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen: Saalfeld – Geschichte der Stadt. Eine Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern/Zalewo – Dziejże Miasta, 2021, geheftet, 30 Seiten, 4 Euro

TATARENSTURM

Plünderung statt Sold

Die Ursachen und Auswirkungen der gewaltigen Streitmacht des polnischen Königs Johann II. Kasimir

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen hat nicht erst 1945 dunkle und bittere Stunden erlebt, sondern musste auch schon während der Jahre 1656/57 viel erleiden. Ursache war in diesem Fall der Eintritt von Brandenburg-Preußen in den Zweiten Polnisch-Schwedischen Krieg, welcher im Sommer 1655 begonnen hatte. Anlass dazu war die Weigerung des polnischen Königs Johann II. Kasimir, den neuen schwedischen König Karl X. Gustav anzuerkennen. Letzterer fand schließlich im Juni 1656 mit Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg und Herzog in Preußen, einen militärisch potenten Verbündeten.

Krim- und Lipka-Tataren

Das vereinigte brandenburgisch-preußisch-schwedische Heer bereitete Johann II. Ende Juli 1656 in der Schlacht von Warschau eine schwere Niederlage, woraufhin der Pole auf Rache sann und sein Heer durch die Indienstnahme von Zehntausenden Krim- und Lipka-Tataren vergrößerte. Diese muslimischen Kämpfer kamen aus dem Krim-Khanat, das seit 1654 an der Seite Polens stand, sowie aus Litauen, wo sie im 14. Jahrhundert mit dem Segen des Großfürsten Vytautas eingewandert waren. Anfang Oktober 1656 griff Johann II. die nunmehr zahlenmäßig deutlich unterlegene Streitmacht von Karl und Friedrich Wilhelm an. In der hierdurch entbrannten Schlacht von Prostken zogen seine Gegner den Kürzen und verloren 7000 Mann sowie all ihre Kanonen. Anschließend erhielten die Tataren unter der Führung des polnisch-litauischen Generals Wincenty Aleksander Korwin Gosiewski und ihres Unterkhans Ghazi Aga die Gelegenheit, plündernd durch den Südosten des Herzogtums Preußen zu ziehen, um sich dergestalt schadlos zu halten, weil ihnen kein Sold zustand.



Schon in dieser Schlacht kämpften Tataren an der Seite Johann II. Kasimir: Das Gemälde von Johann Philipp Lemke zeigt den schwedischen König Karl X. Gustav in der Schlacht mit Tataren in Warschau im Juli 1656 Foto: Muzeum Wojska Polskiego

Der im Zuge dieses „Tatarensturms“ verwüstete Landstrich hatte eine Größe von rund 180 mal 75 Kilometern. Ganz besonders hart betroffen waren dabei die Regionen um Insterburg, Gumbinnen, Goldap, Angerburg, Drengfurt und Lyck. Insgesamt zerstörten die Marodeure 13 Städte, 249 Dörfer und 37 Kirchen.

Zu den materiellen Schäden kamen über 100.000 Tote, 23.000 Bewohner des späteren Ostpreußens – Männer, Frauen, Kinder und Greise – metzelten die Tataren sogleich auf meist viehische Weise nieder. So brien sie den Bürgermeister von Goldap auf dem Marktplatz seiner Stadt bei lebendigem Leibe am Spieß. Aufgrund der dramatischen militärischen Niederlage in Prostken waren die brandenburgisch-preußischen Truppen nur ganz punktuell in der Lage, dem Treiben der Schlächter Einhalt zu gebieten und

die Bevölkerung vor der Vernichtung zu retten, wie beispielsweise in Lyck. Dort stellte Oberst von Auer ein Dragoner-Regiment auf, dem es gelang, die Burginsel im Lycker See, auf die sich zahlreiche Zivilisten geflüchtet hatten, gegen die Tataren zu verteidigen.

Darüber hinaus starben nach dem Abzug der Horden Gosiewskis und Ghazi Agas während des folgenden Winters weitere 80.000 Menschen in ihren ausgeplünderten und niedergebrannten Ortschaften an Hunger oder Kälte. Hierzu kamen dann noch die ungezählten Opfer des zweiten Tatarensturms im Jahre 1657, der diesmal vor allem im Bartener Land für Verwüstungen und zahlreiche Tote sorgte. Zu denen gehörte auch der Reichsfreiherr Georg Schenk zu Tautenburg, welcher im Dorf Groß Stürlack in Stücke gehackt wurde. Und zu all dem Unglück

brachte das Reiterheer auch noch die Pest mit, was weitere Menschen das Leben kostete, aber glücklicherweise zu keiner großen Epidemie führte.

Verschleppungen

Ein finsternes Kapitel ist darüber hinaus die Verschleppung von 34.000 Bewohnern des Herzogtums Preußen durch die Tataren. Allein in dem kleinen Kirchspiel Ostrokollen wurden 1362 Menschen eingefangen und hernach als Sklaven in die Türkei oder auf die Krim verkauft. Die historischen Quellen berichten über zahllose tragische Einzelschicksale wie das des Pfarrers Baranowski aus Kallinowen. Der überlebte zwar im Gegensatz zu vielen seiner Gemeindeglieder, musste aber künftig ein elendes Dasein als Galeerensklave auf Kreta fristen, wo er alsbald verstarb. Niemals wieder nach Hause zurück kehrte auch die Gräfin Marianna von Lehndorff aus Chelchen bei Kowahlen, die man mit ihren Kindern nach Konstantinopel gebracht und auf dem dortigen Sklavenmarkt verhöckert hatte – die Mut-

ter an einen jüdischen Glashändler namens Aron und die Kinder an andere Krämer. Das geht aus Bittbriefen der Gräfin aus der Gefangenschaft hervor, in denen sie um die Zahlung eines Lösegeldes von 100 Talern für ihre Freilassung flehte. Allerdings konnte der Ehemann Bastian Dietrich von Lehndorff die geforderte Summe nicht aufbringen. Dessen Mutter Rosine war übrigens auch mit entführt worden – jedoch hatten die Tataren sie bereits auf dem Marsch nach Süden erschlagen, weil sie nicht schnell genug laufen konnte.

Die Heimsuchung von Land und Leuten in Ostpreußen durch die muslimischen Invasoren endete erst mit dem Separatfrieden von Wehlau zwischen Friedrich Wilhelm und Johann II., den der Große Kurfürst am 19. September 1657 nach längeren Geheimverhandlungen mit polnisch-litauischen Unterhändlern schloss. Dieser Seitenwechsel bescherte dem Hohenzollern zugleich noch die volle Souveränität über sein Herzogtum Preußen.

Strippenzieher ihrer Zeit



Johann II. Kasimir erkannte den schwedischen König Karl X. Gustav nicht an. Nach der Niederlage im Juli mobilisierte er eine gewaltige Tatarenstreitmacht.



Karl X. Gustav wurde von Königin Christina zum Thronfolger und Erbprinzen von Schweden ernannt und folgte ihr am 17. Juni 1654 auf den Thron.



Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm I. lebte 1620 bis 1688 und erreichte mit dem Vertrag von Wehlau 1657 die Souveränität Preußens.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wo bleibt eigentlich Hans Lukaschek?

Wojciech Korfanty wird zum Aufstandsjubiläum noch 100 Jahre später bejubelt, sein deutscher Gegenspieler bleibt unerwähnt

Polen feiert das 100. Jubiläum des dritten Aufstandes in Oberschlesien pandemiebedingt multimedial. In einer digitalen Installation werden Eckdaten, die zur Unabhängigkeit Polens nach dem Ersten Weltkrieg führten, beleuchtet. Dabei wird auch der „unschätzbare Reichtum Oberschlesiens, die Volksabstimmung und der Verlauf des dritten Schlesischen Aufstandes“ angesprochen, heißt es von der Initiative „Niepodległa“ (die Unabhängige). Sie ist eine staatliche Institution, die Aktionen zum Gedenken an die Unabhängigkeit Polens bündelt.

Am 20. April, dem Geburtstag Wojciech/Adalbert Korfantys, eröffnete Piotr Gliński, stellvertretender Premierminister und Minister für Kultur, Nationales Erbe und Sport, die Gedenk-Kampagne zum 100. Jubiläum. Der PiS-Politiker sprach von der großen Unterstützung der Aufständischen seitens polnischer Patrioten aus dem ganzen Lande: „Jeder zehnte Aufständische kam von außerhalb Oberschlesiens“, sagte er und gab damit indirekt zu, dass der im Deutschen gebräuchliche Terminus „Insurgenten“ so falsch wohl nicht sein kann, wenn die Initiative zum Aufstand nicht allein einheimischer Natur war. An Korfantys Geburtstag erin-

nerte Gliński an die „Rückkehr eines Teiles Oberschlesiens zum Mutterland“ und legte zusammen mit Bartosz Kuświk, dem Leiter des Schlesischen Institutes Oppeln, und Jan Kowalski, dem Büroleiter von „Niepodległa“, Blumen am Warschauer Wojciech-Korfanty-Denkmal nieder.

Im oberschlesischen Oberglogau [Głogówek] schlug der 33-jährige Bürgermeister Piotr Bujak eine Textänderung an einer bestehenden Gedenktafel vor: „Die Bewohner Oberglogaus in Huld aller polnischen Patrioten“. Dies verhinderten zunächst die Ratsherren der dort starken Deutschen Minderheit, indem sie auf eine Bürgerbefragung beharrten. Viel einfacher hatte es Bürgermeister Bujak mit der Benennung des Kreisverkehrs im Ortsteil Deutsch Rasselwitz [Raclawice Śląskie] in „Kreisel der Schlesischen Aufständischen“. Deutsch Rasselwitz wird fast vollständig von Nachkommen „ostpolnischer“ Siedler bewohnt. Dabei wird Oberglogau selbst wegen des Gebrauchs des Deutschen als Alltagssprache im Volksmund „Klein Berlin“ genannt.

Am 22. April haben auch in der Großstadt Gleiwitz [Gliwice] Ratsherren über



Nimmt Stellung: Marek Mazurkiewicz (links) vom Schlesischen Institut Oppeln im Gespräch mit dem Radiosender Oppeln Foto: C. W. Wagner

die Stellungnahme der Stadt zum Gedenken des dritten Aufstandes in Oberschlesien abgestimmt. Diese endete mit den Worten: „Zum 100. Jahrestag des dritten Schlesischen Aufstandes muss an den Patriotismus, das Heldentum und die Aufopferung der Aufständischen erinnert

werden, die für die Eingliederung Oberschlesiens und der Stadt Gleiwitz in den wiederauflebenden polnischen Staat nach dessen über einhundertjähriger Sklaverei gekämpft haben.“

Wo die über 100 Jahre herkommen, bleibt ihr Geheimnis, hatte Gleiwitz doch

seit dem Mittelalter nicht mehr zu Polen gehört. Stadträtin Agnieszka Filipkowska stimmte dem Beschluss zwar zu, monierte jedoch als gebürtige Oberschlesierin, deren Großvater 1902 in Gleiwitz geboren wurde, die einseitige Geschichtsdarstellung und die fehlenden konkreten Gedenk-Maßnahmen.

Marek Mazurkiewicz vom Schlesischen Institut Oppeln zeigt Verständnis für die Einwände seitens der Deutschen Minderheit. „Ich sehe darin keine konträre Einstellung zum polnischen Gedenken oder gar für die Spaltung der Gesellschaft der Region. Die Minderheit hat es schwer, über ihre Erinnerung zu sprechen und ihre Optik so darzustellen, dass sie eben nicht konträr zur polnischen Sicht steht. Dies kann nicht immer diplomatisch umgesetzt werden. Beidseitiges Einfühlungsvermögen ist hierbei der Weg zur Problemlösung“, so Mazurkiewicz gegenüber Radio Oppeln. Doch das ist eine sehr theoretische Sicht, wenn man an die Flut von Korfanty-Benennungen zum Beispiel bei Straßen denkt, während Korfantys damaligem deutschen Gegenspieler Hans Lukaschek bis heute keine bedeutende Benennung zuteil wurde.

Chris W. Wagner

WAHRE SCHÄTZCHEN

Altbauliebe einer Stettinerin

Monika Szymanik dokumentiert die Schönheiten ihrer Stadt

VON BRIGITTE STRAMM

Stettin, die ehemalige Hauptstadt Pommerns, hatte und hat auch noch heute eine Vielzahl von Sehenswürdigkeiten zu bieten. Manche sind ganz offensichtlich, andere entdeckt man im Verborgenen. Dazu gehören wunderschöne Häuser aus der Zeit des Historismus und Jugendstils mit ihren Details aus der Zeit ihrer Erbauung.



Monika Szymanik in ihrem Café „Kamienica w lesie“ in der Poczтовая 19, Stettin 71899, geöffnet täglich von 9 bis 19 Uhr. Hier kann das Buch auch erworben werden
Foto: M. Szymanik

Ein bedeutender Schritt zur Weiterentwicklung der Stadt war die Aufhebung der Festungswerke ab 1873. Das ermöglichte die Stadterweiterung nach Westen. Nach dem Vorbild des Pariser Architekten Georges-Eugène Haussmann entstanden hier moderne Wohnquartiere mit weiträumigen Boulevards. Darüber waren damals die Bewohner dieses Stadtteils nicht glücklich, denn ihre Holzhäuser mussten weichen. Der Legende nach soll man den

berühmten Architekten deshalb seinerzeit mit Pferdeäpfeln beworfen haben, um dem Missfallen Nachdruck zu verleihen. Im Übrigen lebten in früheren Zeiten, als die Bedeutung der Forts noch aus Verteidigungszwecken groß war, die Einwohner der Holzhäuser stets auf unsicherem Terrain. Denn wenn ein Feind im Anzug war, wurden die Holzhäuser einfach niedergebrannt, um weite Sicht auf das Herannahen der feindlichen Truppen zu haben.

Wunderbare Bausubstanz

Die massivste Zerstörung geschah der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Viele Jahre blieb das Stadtbild deprimierend, auch durch die Neubauten aus sozialistischer Zeit. Doch inzwischen wurden viele Häuser der einstigen Pracht-Bebauung am Kaiser-Wilhelm-Platz [ulica Grunwaldzki] und auch im weiteren Umfeld zu neuem Leben erweckt.

Eine Einwohnerin der Stadt, nämlich Monika Szymanik, entdeckte auf ihren Wanderungen durch ihre Heimatstadt, dass nicht nur das Haus, in dem sie lebt, in der Karkutschstraße 1 [ulica Świętego Wojciecha 1] ein wahres Jugendstilschätzchen ist. Von diesem schreibt sie, dass es eines der schönsten in der ganzen Stadt sei.

Genau an diesem Haus ereignete sich eine fast schicksalhafte Begegnung. Siegmund Jonas, geboren 1940 in Stettin, der einst mit seiner Familie bis 1945 in diesem Haus wohnte, und Monika Szymanik trafen zusammen. Sie ermöglichte den Besuch der einstigen Wohnung und lud in ihre Wohnung ein, die noch Original-Ausstattungsmerkmale aufweist. Ein berührender Moment und der Beginn einer wunderbaren Freundschaft.

Viele Details dokumentiert

Zu diesem Zeitpunkt hatte Monika schon lange begonnen, die Stadt zu durchwandern sowie viele Häuser und Details im Bild festgehalten, denn sie plante zu dem Zeitpunkt bereits, ein Buch herauszuge-



Ein Frühlingsgruß aus Stettin. Magnolien in der Falkenwalder Straße, jetzt Aleja Wojska Polskiego
Foto: M. Szymanik

ben. Auch die Jahreszeiten waren ihr dabei wichtig, denn manche Objekte gaben ihre Besonderheit und Schönheit erst in den Wintermonaten frei, nachdem das Laub gefallen war. Spezielle Lichteffekte lassen die Motive teils verwunschen, teils geheimnisvoll, oft aber auch in einer Schonungslosigkeit, die den Verfall zeigt, erscheinen. Es werden auch viele Details gezeigt, Fliesen, Türklinken, Balkone,

Hausflure, Innenhöfe und vieles mehr. Ein Teil der Gebäude ist in der Denkmalliste eingetragen, andere wird es vielleicht bald nicht mehr geben.

Sie schreibt: „Zwei Sachen sind mir wichtig, den alten Charme in Stettin zu zeigen und auch die lokale Identität zu stärken.“ Sie beschreibt sehr liebevoll die einzelnen Objekte, und in der deutschen Ausgabe ihres Buches sind zudem auch

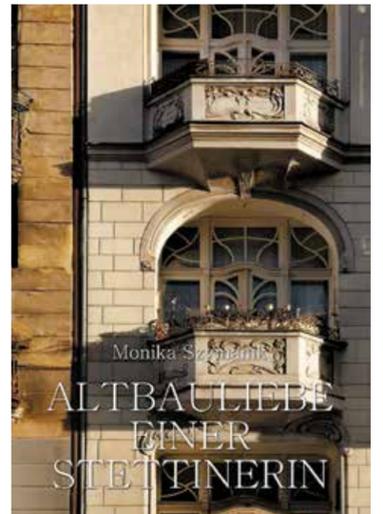
alle Straßennamen aus der deutschen Zeit erwähnt, sodass dieses Buch eine ganz besondere Brücke ist zwischen den jetzigen Bewohnern der Stadt und den Stettinern, deren familiäre Wurzeln jahrhundertlang in ihrer geliebten Heimatstadt lagen.

Gemeinsame Liebe

Mit dem Buch nimmt Monika Szymanik den Betrachter mit nach Stettin und gibt damit viele Anregungen, die Stadt einmal ganz anders zu entdecken.

Siegmund Jonas schreibt in seinem Vorwort: „Den alten Charme, wie ihn Monika Szymanik in ihren Texten immer wieder betont, hat sie in diesem qualitativ hochwertig gebundenen Bildband genial und zauberhaft eingefangen. Jedem Alt-Stettiner, sofern es ihn noch gibt, dürfte beim Stöbern in dieser Fundgrube das Herz aufgehen.“

● **Buchtipps:** Monika Szymanik: „Altbauliebe einer Stettinerin“



Das Buch hat das Format 21 mal 30 Zentimetern und ist ein Schatz, bestehend aus 192 Seiten, und kostet 29 Euro. Zu beziehen über: www.altbauliebeinerstettinerin.de. Die Lieferung erfolgt portofrei.

ARCHIVGUT

Neue Lösung für historisches Erbe

Nordkirche, Kirchenkreis und Historiker erarbeiten Gesamtkonzept für pommersches Archivgut

Sehr groß war die Sorge der Pommern, das Nordkirchenarchiv sollte aus finanziellen Gründen nach Kiel und Schwerin verlagert werden, die Planungen für Greifswald sollten nicht umgesetzt werden. Der Bischof wurde gebeten, diese Entscheidung zu überdenken (Siehe *Pommersche Zeitung* Nr. 40 vom 2.10.2020).

Wegweisender Erfolg

Die Pressestelle der Nordkirche berichtet nun: Seit Oktober saßen sie gemeinsam an einem Tisch, nun haben die Nordkirche, der Pommersche Evangelische Kirchenkreis (PEK) und namhafte Historiker für pommersche Landesgeschichte sowie Fachleute für Archivwesen ein Gesamtkonzept für das pommersche Archivgut erarbeitet.

Zu dem Gespräch eingeladen und dieses moderiert hat Kristina Kühnbaum-Schmidt, Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland. Die Landesbischöfin sagte: „Ich danke allen, die sich mit großem Sachverstand und einer stets zu spürenden tiefen Verbundenheit mit der pommerschen Region und Geschichte für eine einvernehmliche Lösung eingesetzt ha-

ben. Wir müssen künftig als Nordkirche mit deutlich weniger Mitteln haushalten. Doch wir haben in den letzten Wochen noch einmal deutlich wahrgenommen, wie wichtig die kirchlichen Archive als historisches Gedächtnis für die Gegenwart unserer Kirche sind.“

Bei dem Gesamtkonzept setze man auf Kooperation mit dem Kirchenkreis, eine hohe Nutzerfreundlichkeit sowie Flexibilität und Kreativität. So sollen sich künftig auch historisch interessierte Ehrenamtliche engagieren können für die kirchengemeindlichen Pfarrarchive.

Ungehobene Schätze

Im Mittelpunkt des erarbeiteten Konzepts steht eine Außenstelle des landeskirchlichen Archivs mit Beständen, die nach historischen und archivischen Kriterien ausgewählt werden. In einem Lesesaal sollen interessierte Forscher sowie Wissenschaftler diese Akten einsehen können. Ein Archivar erschließt das pommersche landeskirchliche Archivgut und betreut dann die Besucher.

Diese Fachkraft wird den Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis außerdem bei der Betreuung der Pfarrarchive

unterstützen. Gibt es doch im Kirchenkreis in vielen Gemeinden Pfarrarchive mit zum Teil jahrhundertalten Kirchenbüchern, Urkunden und Aufzeichnungen wie Bauplänen, Rechnungsbüchern oder Sitzungsprotokollen. „Das ist ein bisher ungehobener Schatz“, so die Landesbischöfin.

Gewinn für den Kirchenkreis

Der Demminer Propst Gerd Panknin sieht das neue Gesamtkonzept für die pommerschen Archivalien als Gewinn für den Kirchenkreis: „Ich freue mich sehr, dass es nun nach ausführlichen und konstruktiven Gesprächen zu einer tragfähigen Lösung kommen wird. Für den Kirchenkreis und unsere Kirchengemeinden ist es besonders erfreulich, dass die Pfarrarchive mit in den Blick genommen werden und auf diese Weise langfristig bedeutende archivalische Schätze gehoben, bewahrt und nutzbar gemacht werden.“

Weiter sagte der Propst: „Ich bin froh und dankbar, dass viele Menschen an einem Strang gezogen und sich engagiert haben, darunter Vertretende der Historischen Kommission für Pommern. Der Dank des Kirchenkreises gilt zudem be-

sonders Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt, die den Gesprächsprozess initiiert und eine zukunftsfähige Lösung vorangetrieben hat, sowie Bischof Tilman Jeremias, der sich dabei sehr für unseren Kirchenkreis eingesetzt hat.“

Hohe Anforderung

Bereits im kommenden Herbst soll in Greifswald die Außenstelle öffnen. „Die baulichen Anforderungen für Archivbestände sind hoch“, erläutert die Leiterin des Landeskirchlichen Archivs Annette Göhres. „Es braucht ein bestimmtes Raumklima, einen Schutz vor Schädlingen, eine Sicherung der wertvollen Archivalien, und die Statik muss stimmen.“

Archivarin Göhres bedauert, dass es aufgrund der aktuellen Situation nicht möglich sei, kirchliche Räumlichkeiten daraufhin zu begehen. Sie zeigt sich dennoch zuversichtlich, dass ab Herbst Besucherinnen und Besucher in einer Außenstelle des Landeskirchlichen Archivs in Greifswald beraten und betreut werden können.

Die Projektstelle ist zunächst nur auf zwei Jahre beschränkt. Während dieser Zeit möchte die Nordkirche in verschie-

den Evaluationen herausfinden, welche Angebote für die Außenstelle Greifswald passen.

Die Gesprächsteilnehmer:

Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt; Bischof Tilman Jeremias, Sprengel Mecklenburg und Pommern; Sylvia Giesecke, Mitglied der Kirchenleitung und des Pommerschen Kirchenkreisesrats; Dr. Dirk Alvermann, Leiter des Greifswalder Universitätsarchivs; Prof. Dr. Haik Porada, Vorsitzender der Historischen Kommission für Pommern; Dr. Irmfried Garbe, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte; Propst Gerd Panknin, Pommerscher Evangelischer Kirchenkreis; Matthias Bartels, Leiter des Greifswalder Regionalzentrums kirchlicher Dienste; Dr. Annette Göhres, Leiterin Landeskirchliches Archiv; Julia Brüdegam, stellvertretende Leiterin Landeskirchliches Archiv; Oberkirchenrat Mathias Lenz, Leitung Dezernat Theologie, Archiv und Publizistik, sowie Markus Wiechert, Landeskirchlicher Beauftragter für Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Pressestelle der Nordkirche

„Operation geglückt – Patient tot“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Unser Land ist unter die Räder gekommen. Es gibt nichts, was es nicht gibt. Vor lauter Dummheiten weiß man gar nicht mehr, wo man anfangen soll“

Gunter Knauer, Meerbusch



Ausgabe Nr. 15

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LAUTER LEICHTMATROSEN?

ZU: DIE UNION MUSS WEIT MEHR KLÄREN ALS NUR DIE PERSONALFRAGEN (NR. 15)

Im Vergleich zur CSU besteht die CDU ja nur aus Leichtmatrosen. Da hatte es ein sturmerprobter Kapitän wie der CSU-Chef leicht, sich durchzusetzen. Kulanterweise zeigte Söder Laschet & Co. ja auch noch den Weg ins Rettungsboot. Die sollten sich schnellstens hineinsetzen und sich vom Acker machen. Denn wer sich den Groll des zukünftigen Kanzlers aus dem Bayernlande zuzieht, der könnte es später noch bitter bereuen.

Claus Reis, Schwabach

SCHLAG NICHT NACH IM DUDEN

ZU: VON OBEN DURCHGEPEITSCHT (NR. 15)

Der Duden hat als Nachschlagewerk viel von seiner Verbindlichkeit und seinem früheren Status eingebüßt. Indem er sich die Rechtschreibreform zu eigen machte, ohne sich mit anderen sprachlichen Instanzen ausreichend abzustimmen, begann der erste „Sündenfall“. Alte und neue Rechtschreibung führten plötzlich ein Eigenleben. Durch die Einführung des Genderismus huldigt er einer vermeintlichen Geschlechtergerechtigkeit, die allerdings den Nachteil hat, durch hieroglyphenartige Einschübe zur weiteren Zerfaserung der Sprache beizutragen.

Operation geglückt – Patient tot, könnte man sagen. Denn Deutsch, einst die Sprache der Dichter und Denker, wird so umständlich, abstrakt und formelhaft, dass kaum jemand noch gerne eine Anwendung wagt. Zunehmende Entropie würde der Physiker sagen.

Erfreulich ist, dass die Duden-Redaktion zwischenzeitlich ordentlich Gegenwind erfährt, und das auch in vielen Zeitungsartikeln und -kommentaren. Erwähnt sei auch der erfolgreiche VDS-Appl „Rettet die deutsche Sprache vor dem Duden“, den man allen Freunden der deutschen Sprache empfehlen kann.

Sprache soll zusammenführen und nicht auseinanderdividieren. Diese Meinung kommt zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft. Auch das Eindringen von Anglizismen in die deutsche Sprache beantwortet der Duden mit ständigen Erweiterungen. Wäre er nicht digital abrufbar, müsste man inzwischen das Äquivalent einer Brockhaus-Enzyklopädie wälzen, um auf dem Laufenden zu sein.

Schade eigentlich um ein Nachschlagewerk, das einst den Maßstab für Maß und Mitte in der deutschen Sprache darstellte.

Roland Grassl, Bühl

VERANTWORTUNG FÜR GRIECHEN

ZU: SECHS GRÜNDE, NICHT ZU ZAHLEN (NR. 15)

Alle Jahre wieder taucht das Thema (Reparationsforderungen, d. Red.) in den Medien auf, und auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat in der Zeit zwischen 2011 und 2018 bereits mehrfach darüber berichtet. Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte sich zu Beginn seiner Amtszeit für Wiedergutmachungsleistungen an Griechenland ausgesprochen und befindet sich damit in guter Gesellschaft zu Claudia Roth und den Grünen sowie natürlich den Linken. Dabei ist doch die juristische Seite längst eindeutig geklärt.

Zur Erinnerung: Im Oktober 1940 begann Hitlers italienischer Bündnispartner Mussolini mit seinem Angriff auf Griechenland. Die Deutschen waren hierbei nicht eingebunden, denn Hitler wollte keine Südostfront. Als die Offensive der Italiener im folgenden Winter stecken blieb, versuchte Hitler, durch Vermittlungsversuche den Konflikt beizulegen. Erst als dies misslang, sandte er die Wehrmacht nach Griechenland, um die Italiener zu entlasten. Nach gut einem Monat musste Griechenland im April 1941 kapitulieren und wurde italienischer Militärverwaltung unterstellt.

Außerdem besetzte Bulgarien, das kurz zuvor Bündnispartner der Achsenmächte Deutschland und Italien gewor-

den war, den gesamten Nordosten Griechenlands sowie Griechisch-Thrazien und richtete dort eine Militärverwaltung ein, die nicht gerade zimperlich gegen die einheimische Bevölkerung vorging.

Erst nachdem Mussolini gestürzt worden war und damit Italien als Bündnispartner ausschied, übernahmen die Deutschen im September 1943 die Verwaltung von den Italienern. Sie blieben es gerade einmal ein Jahr lang, dann eroberten alliierte Verbände Griechenland. Wenn also heute von der griechischen Regierung Reparationen ins Spiel gebracht werden, dann möge man sich zunächst einmal an Italien und Bulgarien wenden, und erst danach käme Deutschland in Betracht. Aber historische Fakten scheinen da nicht zu interessieren.

Hinzu kommt die Frage nach dem Verbleib des griechischen Staatsgoldes, das 1941 außer Landes gebracht werden konnte, bevor die Deutschen Zugriff darauf bekamen. Um es nämlich vor ihnen in Sicherheit zu bringen, verlegte man es zunächst auf die Insel Kreta, doch als deutsche Fallschirmjäger dort landeten, gelang es noch, das Gold an Bord des britischen Kreuzers „Dido“ zu verfrachten und auf dem Weg über Ägypten und Südafrika nach London zu verschiffen, wo es von der Bank of England treuhänderisch verwahrt wurde. Nach dem Krieg kam es nach Athen zurück, wo man es in der Zentralbank einlagerte.

Als vor einigen Jahren die griechische Regierung ein Ersuchen an London richtete, das Gold zurückzugeben – da sie glaubte, es liege noch dort – und die Antwort erhielt, man habe es doch bereits Anfang der 1950er Jahre zurücktransferiert, da war zunächst Erstaunen in Athen, denn es fand sich nirgends. Nur „Böswillige“ argwöhnten, das Edelmetall sei zwischenzeitlich in den Taschen griechischer Politiker verschwunden.

Doch diesen Vorwurf der Korruption ließ man nicht auf sich sitzen, und plötzlich sind wieder Goldreserven vorhanden, die sich auf weit über 100 Tonnen belaufen. 1941 hatte die Goldreserve der griechischen Notenbank lediglich 18,86 Ton-

nen betragen, was eine wundersame Vermehrung seit damals bedeutet und dokumentiert, dass das Land gar nicht so arm dasteht.

Wolfgang Reith, Neuss

WÄHLEN GEHEN

ZU: DIE VERNICHTUNG DER OST-SOZIALDEMOKRATIE DURCH UMARMUNG (NR. 15)

Durch Zufall stieß ich auf ein interessantes Bilddokument in den „Beiträgen zur Geschichte des Rundfunks“ aus dem Jahre 1971, das durch einen ungewöhnlichen Schnappschuss eingefangen wurde.

Es zeigt das nähere Umfeld jenes Ereignisses, als das berühmt-berüchtigte Foto vom Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 entstand.

Halb auf dem Tisch liegend bemühte sich eifrig der Reporter Werner Klein die Worte der beiden Hauptakteure einzufangen. Und davor knipste der Bildreporter Abraham Pisarek die Fotoserie, aus der dann das historische Fotodokument entstand, welches den Beginn der Geschichte der SED symbolisch darstellte.

Manfred Kristen, Freital

BETHOVEN UND DER UNGEIST

ZU: ANGRIFF AUF DIE KLASSIK (NR. 14)

Anlässlich des 200. Geburtstagsjubiläums 1970 von Ludwig van Beethoven ist der Angriff durch den Ungeist der Achtundsechziger auf dieses weltweit geehrte Genie kläglich gescheitert. Die Bezeichnung „koloniale Kunst“ entbehrt jeder Logik. Das Vermächtnis der Wiener Klassik wird ebenso wie das kulturelle Erbe der Antike und anderer Errungenschaften humanistisch-abendländischer Kultur gegenüber derartigen Angriffen von Kulturbarbaren standhalten. Deftig ausgedrückt: Was schadet es der deutschen Eiche, wenn, eine Sau sich an ihr reibt?

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Was Ihnen der Staat alles wegnehmen kann und wie Sie sich davor schützen

EXKLUSIV
Die Horrorliste der Steuern und Abgaben: 41 Möglichkeiten, wie sich Olaf Scholz Ihr Geld holen wird!

■ In der EU und in Deutschland werden Billionen Euro zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise benötigt. Doch die Staaten sind klamm. Deshalb fordern jetzt viele Politiker: Ran an die Immobilien und ran an die Privatvermögen.

Niemand ist vor Enteignungen sicher, das gilt heute mehr denn je!

Der Staat wird unzählige Möglichkeiten nutzen, um an die Ersparnisse der Bürger zu gelangen. Bestsellerautor Michael Grandt erklärt auf der Basis von rund tausend Quellen alle Enteignungsgesetze, die heute schon gelten, und hat für Sie zusammengestellt, welche Maßnahmen zu erwarten sind. Herausgekommen ist eine »Horrorliste der Steuern und Abgaben«. Eine Liste mit 41 denkbaren Wegen der Geldbeschaffung. **Durch diese Liste wissen Sie schon heute, wo der Staat morgen bei Ihnen abkassieren kann.**

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- ein »Lastenausgleich« und eine »Vermögensabgabe« bereits im Grundgesetz stehen?
- ganze Wirtschaftsbranchen enteignet werden können?
- Sie auch ohne direkte Enteignung Ihr ganzes Hab und Gut verlieren können?
- man Sie dazu zwingen kann, Ihr Grundstück zu bebauen und sogar ein Darlehen dafür aufzunehmen?
- Behörden leer stehende Wohnungen zwangsvermieten können?

- Ihr Mietrecht enteignet und Sie aus Ihrer Wohnung geworfen werden können?

Michael Grandt beantwortet viele brisante Fragen, über die Sie bewusst nicht aufgeklärt werden:

- Weshalb kennt kaum jemand das wichtigste Finanz-Enteignungsgesetz und warum wird öffentlich darüber geschwiegen?
- Was haben Reichsnotopfer, Wehrbeitrag und Hauszinssteuer mit unserer heutigen Situation zu tun?
- Weshalb ist eine Zwangshypothek auf Ihre Immobilie jederzeit möglich?
- Welches ist der »gefährlichste« Artikel im Grundgesetz?
- Wer ist eigentlich der »Enteignungsminister« der Bundesregierung?
- Wie ist es möglich, dass man mit der verschwiegenen CAC-Klausel Ihre gesamte Altersvorsorge enteignen kann?
- Was bedeuten die »Notstandsgesetze«, die Ihre Grundrechte in unglaublicher Weise einschränken, gerade in der heutigen Zeit?

Bringen Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit. Michael Grandt zeigt Ihnen im Detail, was zu tun ist!

Michael Grandt: Vorsicht Enteignung!
gebunden • 316 Seiten • Best.-Nr. 981 800 • 22,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

TIROL

Unendlicher Rad- und Gaumengenuss

Österreich plant ab Mai Öffnungen für Gastronomie und Tourismus – Grund genug für eine E-Rad-Tour in Tirol an der Hohen Salve

VON JUDITH KUNZ

Auch das trendigste Elektro-Mountainbike kann seinen Motor nicht verbergen. Sonst könnte man stolz wie König sein, wenn man bergauf in den Sport-Modus schaltet und locker an mühselig strampelnden Radfahrern vorbeizieht, die alles aus eigener Kraft schaffen müssen. Meistens aber hat man die Wege ohnehin für sich allein. Denn in der Tiroler Ferienregion Hohe Salve inmitten der Kitzbüheler Alpen unweit vom Inntal gibt es viele einsame Fleckchen, in denen man kaum jemandem begegnet.

Absoluter Geheimtipp ist die Kelchsau – ein abgeschiedenes Seitental mit einem Örtchen gleichen Namens, in dem die Zeit stehen geblieben zu sein scheint. Wunderschöne Bauernhäuser, große Holzbalkone mit üppigem Blumenschmuck, über allem der Duft von frischem Heu, das im steilen Gelände wie vor Jahrhunderten mit der Hand gereicht wird. Nach der Mautstation kommt lange nichts mehr. Den imposanten Schafsiedel (2447 Meter) im Blick führt der Weg durch die Bilderbuchlandschaft hinauf zur Niederkaseralm (1100 Meter).

Man fragt sich, ob es jetzt schon eine Jause (Brotzeit) sein darf – und wird schnell schwach. Auch wenn die 15 Kilometer-Strecke mit ihren 500 Höhenmetern vom Verleih in Hopfgarten bis zur Einkehr mit dem E-Mountainbike nur ein Spaziergang waren: Genuss muss sein. Johanna Astner empfiehlt zu Speck und Käse eine Molke mit Holundersirup.

Leonhard Schröll, Obmann der Agrargemeinschaft mit ihren sieben Bauern, die dieses Jahr 90 Milchkuhe und 42 Schweine zum Alm-Urlaub geschickt haben, schaut gerade nach dem Rechten und setzt sich dazu. Auch er hat fünf Sommer auf der Niederkaseralm verbracht, den ersten 1976: „Damals hatten wir noch keinen Strom, haben die Kühe mit der Hand gemolken“, erinnert er sich.



Pause muss sein: Die Kelchsau in den Kitzbüheler Alpen lädt während der Radtour geradezu zum Stillhalten ein

Foto: Kunz PR

Den größten Teil der zehn bis elf Tonnen Käse, die im Schnitt pro Saison hergestellt werden, verkaufen die Bauern im Tal direkt von ihren Höfen. Den Bergkäse und Tilsiter als Hauptsorten sowie fantasievolle Kreationen mit Chilli, Pfeffer oder Kräutern, die der Käser je nach Lust und Laune fabriziert, bekommt man zudem im Hopfgartner Bauernladen – und natürlich auf der Alm. Wer hinter die Kulissen blicken möchte, kann an einer Führung durch die Schaukäserei teilnehmen.

Der Rückweg ist die reinste Wohltat: eine gute halbe Stunde nur bergab. Bremsen nicht vergessen und die Straße im Blick behalten, auch wenn die Konkurrenz groß ist. Denn die Route führt an der tosenden Tiroler Ache entlang, die sich

nach jeder Biegung von einer neuen wildromantischen Seite zeigt. Apropos Straße: In die Kelchsau gibt es tatsächlich keinen Fahrradweg, macht aber nichts, denn es gibt auch keinen Verkehr.

Wallfahrt nach Mariastein

Wer dennoch lieber auf offiziellen Strecken unterwegs ist, hat 800 Kilometer zur Auswahl, Fernradwege nicht eingerechnet. Ob Rennradstrecken, sanfte Wege zum Tourenradeln oder knackige Pfade: Die Auswahl ist riesig und jeder Weg lohnt sich. Denn in der Ferienregion Hohe Salve, die als erste E-Rennrad-Region der Welt und mit dem benachbarten Kaisergebirge als größte E-Bike-Region punktet, waren es leidenschaftliche Experten, die

das Netz mit Herz und Verstand geknüpft haben. Unterwegs locken immer wieder Hütten und Gasthäuser mit hervorragender Küche, die Infrastruktur mit klarer Beschilderung, geführten Touren, Test-Centern sowie modernen Service- und Verleihstationen ist vorbildlich. Nur treten muss man noch selbst.

Wie wär's mit einem Abstecher nach Mariastein? Der Ort mit 399 Einwohnern ist eine der kleinsten Gemeinden Österreichs und nach seiner Wallfahrtskirche benannt, die in einer Burg eingerichtet ist. Konkret im 42 Meter hohen Wohnturm und über 150 Stufen erreichbar, ein echtes Kleinod. Idealer Startpunkt für die Radrunde mit 17,5 Kilometern und 169 Höhenmetern ist Angath (S-Bahn-An-

schluss). Oder man fährt gleich im 15 Kilometer entfernten Hopfgarten los – mit dem E-Rad ein Katzensprung.

Irgendwann muss es dann doch die Hohe Salve (1829 Meter) sein, die als schönster Aussichtsberg der Kitzbüheler Alpen gilt und auf der das Salvenkirchlein als eines der höchst gelegenen Gotteshäuser Österreichs thront. Wer sich die ersten Meter sparen will, gondelt entspannt zur Mittelstation und startet hier zum Gipfelsturm. Tipp: Über den Salvensee und den Filzalmsee wieder hinunter nach Elmau und über Söll und Itter zurück nach Hopfgarten (43 Streckenkilometer, 950 Höhenmeter).

Belohnung mit Eierschwammerl

Spätestens jetzt hat man sich das Restaurant Zeitlos verdient, in dem Gründerin Monika Pirchmoser und Küchenchefin Tamara Lerchner ihre Gäste verwöhnen. Sie servieren „mediterrane Gourmet-Küche mit einem Hauch Alpenluft“, wobei schon allein das Ambiente geschmackvoll ist, denn im mit stilsicherer Hand restaurierten Gewölbe aus dem 16. Jahrhundert atmen die Mauern Geschichte.

Die beiden Frauen haben sich der Gemeinschaft der „Green Chefs“ angeschlossen, die für Fairness und Verantwortung in der Gastronomie stehen. „Das beginnt bei der Bezahlung der Mitarbeiter und endet bei den Produkten“, sagt Tamara. Weitestgehend kocht sie regional und bio. Die Forelle kommt aus dem Fischteich in Hopfgarten, frische Moosbeeren und Eierschwammerl liefert Monikas Vater, wenn er von seinen Streifzügen durch die Natur zurückkommt. Und der Bergkäse stammt natürlich von der Niederkaseralm, ebenso wie der Sauerrahm.

Tourismusverband Ferienregion

Hohe Salve, Innsbrucker Straße 1, 6300 Wörgl, Telefon (0043) 57507 7010, info@hohe-salve.com, www.hohe-salve.com. Gäste können ohne Angabe von Gründen bis kurz vor Reiseantritt kostenfrei stornieren

HOHENZOLLERNRADWEG

Nichts als „mühe, sorge und arbeit“

Radreise zur Cadolzburg – Der Sitz der hohenzollerschen Burggrafen von Nürnberg verursachte mehr Kosten als Freude

Genau 37 Kilometer hinter Nürnberg und zehn Kilometer südöstlich von Langenzenn liegt Cadolzburg mit seiner gleichnamigen Feste. Entlang des Hohenzollernradwegs ist sie ein Höhepunkt, den man unbedingt besuchen muss, sofern die Lockdown-Maßnahmen das zulassen.

Als erstes stellen sich die über 20 Meter hohe mittelalterliche Mantelmauer und der Palas der Feste in den Blick. Auf der einen Seite wehrhafte Burg, überrascht sie auf der anderen mit der Schau-Fassade eines Renaissance-Schlusses und idyllischem Garten. Um 1246 gelangte die Cadolzburg in den Besitz der zollerschen Burggrafen. Der Dauerstreit mit den Nürnberger Stadtbürgern ließ sie ab 1313 zu ihrem bevorzugten Wohnsitz und im 15. Jahrhundert zum Zentrum ihrer Herrschaft werden.

Im Krieg zerstört, wurde die Cadolzburg vom Freistaat Bayern wieder auf und museal ausgebaut. Unter Aufsicht der Bayerischen Schlösserverwaltung zeigt sie seit 2017 anschaulich die komplette Familiengeschichte der fränkischen Hohenzollern und informiert über jeden Gulden, den das höfische Leben im 15. Jahrhundert kostete.

Im Mittelpunkt steht der zweite entscheidende Karriere-Schritt der Dynastie: 1415 wurde Burggraf Friedrich VI. mit der Mark Brandenburg belehnt und Kurfürst, als der er sich fortan Friedrich I. nannte. Damit „erhoben“ sich auch die fränkischen Fürstentümer zu Markgräftümern. Fortan wurde Brandenburg von Franken aus regiert. Der Sprung ins Zentrum der Macht ermöglichte zwar, die Herrschaft im gesamten Hohenzollerngebiet zu festigen, doch sie hatte ihren Preis.

Anschaulich stehen Kurfürst Friedrich I. und Gattin Elisabeth von Bayern auf einem Haufen Schuldverschreibungen. Denn die katastrophalen Zustände in der Mark verlangten nach enormen Investitionen. Daher floss fränkisches Geld für Infrastruktur-Maßnahmen ins 500 Kilometer entfernte Tangermünde, wo die Hohenzollern residierten. Friedrich I. bekam die Lage dennoch nicht in den Griff und resümierte am Ende seines Lebens: „Im Churstand ist mehr nichts, denn vielseitige mühe, sorge und arbeit.“

Friedrich I. hielt sich nur wenige Jahre in der Mark auf. Während er als Landverweser von Juni 1412 bis August 1414 ununterbrochen im Land weilte, befand er

sich ab 1415 in toto ganze drei Jahre, zwei Monate und 19 Tage vor Ort. Ende Januar 1426 verließ er die Mark für immer. Zeitweilig führte Ehefrau Elisabeth die Geschäfte. Klug, gebildet und resolut, hatte sie sich bei der Verwaltung der fränkischen Besitzungen bewährt. Aufgrund der grassierenden Pest kehrte die schöne Else, wie sie genannt wurde, jedoch bereits 1416 auf die Cadolzburg zurück.

Erst als Sohn Albrecht Achilles 1470 die Kurwürde in Brandenburg übernahm, verbesserte sich die Lage. Mit bewährten fränkischen Gefolgsleuten reformierte er die Verwaltung, regierte kontrollsüchtig



Wehrhafte Feste: Die Cadolzburg

mit starker Hand und hinterließ eine schuldenfreie Herrschaft. Das währte jedoch nicht lange, denn die Schuldenberge wuchsen unter den nachfolgenden Markgrafen schnell wieder an.

Albrecht war der letzte Hohenzoller, der den gesamten Besitz in Franken und Brandenburg gemeinsam regierte. Ein Spagat bei dem zerstückelten Land, den er niemandem mehr zumuten wollte. Daher bestimmte er die Aufteilung nach seinem Tod unter seinen drei ältesten Söhnen in die Mark Brandenburg und die Markgräftümer Brandenburg-Ansbach mit den Territorien „unterm Gebirg“ und Brandenburg-Kulmbach/später Bayreuth „überm Gebirg“, der Fränkischen Schweiz. Für den Aufstieg der Mark war das eigene Fürstenhaus ein enorm wichtiger Schritt.

Doch nun lassen wir die Cadolzburg hinter uns und radeln weiter über die Biber ins zehn Kilometer entfernte Roßtal. Seine Bedeutung als der „allerwichtigste Ort in beiden Fürstentümern des Burggrafthums Nürnberg“ erlangte der Ort als Stätte der Hohen Gerichtsbarkeit. Das schlichte barocke Amtsrichterhaus von 1702 hinter dem Wehrfriedhof verrät nicht, dass hier von 1328 bis 1797 über Le-

ben und Tod entschieden wurde. Zum Beweis präsentiert das Heimatmuseum das Skelett einer enthaupteten Frau.

Um den Ortskern zu erreichen, heißt es auch hier, den Bergsporn zu erklimmen. Wo einst eine der größten Burgen des frühen Mittelalters stand, säumen heute schmucke Fachwerkbauten den Oberen Markt. Ein Archäologischer Rundweg beschreibt die seit den 1960er Jahren gemachten Ausgrabungen der Burganlage von über 5,2 Hektar.

Hinter dem Torhaus in der wehrhaften Kirchhofmauer ragt die Laurentiuskirche empor, deren Umbau zur Kirchenburg Kurfürstengattin Elisabeth veranlasst hatte. Porträtkopf wie Wappen der schönen Else schmücken dezent die Südseite des Turmes, während innen auch das Hohenzollernwappen zu finden ist.

Hier in „Röschdl“, wie die Franken den Ort nennen, ist der Radtourist merklich in der fränkischen Provinz angekommen. Der „urfränkische“ Gasthof Weißes Lamm gleich am Markt liefert entsprechende Hausmannskost wie Fränkische Schlachtschüssel. Das gibt Kraft für die kommende Etappe auf dem Hohenzollernradweg. Helga Schmechagen

● FÜR SIE GELESEN

Ein ständiger Balanceakt

Der im sächsischen Burgstädt geborene Marko Martin hat im Mai 1989 die DDR verlassen können, nachdem er als Kriegsdienstverweigerer dort mit einem Hochschulverbot belegt worden war. In der Bundesrepublik hat er sich als Schriftsteller immer wieder zu deutsch-deutschen Themen einen Namen gemacht. In seinem Buch: „Die verdrängte Zeit. Vom Verschwinden und Entdecken der Kultur des Ostens“ erzählt er an vielen Beispielen aus Literatur, Filmen und Liedern die Geschichte der Kultur der DDR als ständigen Balanceakt zwischen staatlicher Anforderung und künstlerischer Wahrhaftigkeit.

Das Buch wirkt wie eine Aufforderung, vor allem an westliche Leser, diese so vielfältige und heterogene Kultur endlich genauer kennenzulernen und auch ernst zu nehmen. Martin hat sein Buch in sieben Kapitel unterteilt, wobei er zu Beginn in launiger Manier Pop und Punk in der DDR Revue passieren lässt und dann – vermutlich auch für Kenner eine Entdeckung – das Genre von Indianer- und Wild-West-Romanen erzählt. Im Kapitel „Frauenbild“ bringt er fast alle großen Namen wie Christa Wolf, Irmtraud Morgner oder Maxi Wander, die wohl doch inzwischen zum gültigen Kanon der gesamtdeutschen Nachkriegsliteratur gehören.

Wenig bekannte Bücher

Das folgende Kapitel über – ebenfalls viele – jüdische Autoren spiegelt einen wohl nur in der DDR so vorhandenen Zwiespalt: Die Väter kamen, nach einem schweren Schicksal von Haft oder Emigration während der NS-Zeit, oft als glühende Verfechter des Kommunismus zurück, was viele von ihren Kindern in eine heftige Opposition trieb mit schweren Konflikten, die daraus folgten. Am Ende erinnert der Autor an so große Namen wie Peter Huchel, Johannes Bobrowski oder Rainer Kunze, die allerdings längst auch zum gesamtdeutschen Kanon zählen. Schließlich empfiehlt Martin „zum Nachlesen“ zahlreiche oft wenig bekannte Bücher der zuvor zitierten Autoren.

Martin stellt viele Autoren und Bücher in großer Ausführlichkeit vor. Als Leser erlebt man ständig Ächtungen und Schikanen, Reise- und Druckverbote („eine 40 Jahre währende Amputation nach Plan“) durch den Staat. Das Buch steigert sich zu einer immer intensiveren Erzählung, die den Leser Anteil nehmen lässt an schweren Schicksalen, an mutigem Verhalten angesichts von Druck und Erpressung und nicht zuletzt an bedeutender Literatur, die man in der Tat oft viel zu wenig kennt.

Der positive Eindruck wäre noch nachhaltiger, wenn der Autor auf eine im Osten häufig zu beobachtende, teilweise verächtlich wirkende Herablassung auf Menschen und Lebensart des Westens (großsprecherische Wessis, Voyeurismus des Westpublikums) verzichtet hätte. Ein Stasi-Folterkeller kann doch schließlich keine Eingangsprüfung zum Verständnis von DDR-Kultur sein.

Dirk Klose

Marko Martin: „Die verdrängte Zeit. Vom Verschwinden und Entdecken der Kultur des Ostens“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2020, gebunden, 224 Seiten, 24 Euro



GARTENRATGEBER

Vermächtnis naturnaher Garten

Vor allem für Kinder ist es wichtig, das Zusammenleben von Pflanzen und Tieren in einem artgerechten Umfeld zu beobachten

FOTO: IMAGO/Blickwinkel



Einfache Tipps zum umweltfreundlichen Gärtnern gibt das neue Buch der Gartenexperten Gareth Richards und Holly Farrell „Wie verdienen Würmer ihren Lebensunterhalt ...“ Anhand verschiedener Fragestellungen werden Antworten zu Themen von der Gartenan-

lage, der Pflege, dem biologischen Anbau selbst auf kleinstem Raum, zur Unterstützung von Wildtieren und zum wichtigen Thema Recycling beantwortet. Aufgelockert werden die Seiten durch unterhaltsame Texte mit zahlreichen Illustrationen und Infokästen. MRK

Gareth Richards/Holly Farrell: „Wie verdienen Würmer ihren Lebensunterhalt und wurden Sie schon mal von einer Hummel überholt?“, LV. Buch im Landwirtschaftsverlag, Freiburg 2021, gebunden, 224 Seiten, 18 Euro

HOLOCAUST

Die Mittäter der osteuropäischen Judenvernichtung

Analyse eines bislang wenig beachteten Aspekts der Beteiligung nichtdeutscher Kollaborateure

VON KARLHEINZ LAU

Thomas Sandkühler ist Historiker und lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt seiner Forschungen ist die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten in Ostmitteleuropa, vornehmlich in Galizien. Dieser westliche Teil der Ukraine wurde nach dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Distrikt dem Generalgouvernement zugeschlagen, das aus den Distrikten Krakau, Warschau, Radom und Lublin bestand. Eine Karte hätte dies verdeutlicht.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptkapitel mit jeweils zahlreichen Unterabschnitten, die wiederum einzelne Themen behandeln. Das erste Hauptkapitel lautet: „Der Tatort Besatzungspolitik und Judenverfolgung im Generalgouvernement Polen 1939–1942“. Unterabschnitte behandeln beispielsweise „Deportationen und Pläne für ein Judenreservat“, „Vernichtungskrieg gegen die Juden“ oder „Die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen“.

Die weiteren Hauptkapitel lauten „Die Ermordung der Juden 1942–1944“ und „Fremdvölkische Täter in Aktion 1942–1944“. Unter den 27 Untertiteln findet der Leser folgende Kapitel „Befehle zur Endlösung der Judenfrage“, „Erste Massendeportationen“, „Ukrainische Hilfspolizisten und die Deportation der Lemberger Juden“.

Gesondert werden die Lager Treblinka, Belzec und Sobibor behandelt. Sie waren das Zentrum eines Vernichtungsprogramms größten Ausmaßes. Hier wurden in den Jahren 1942/43 mehr Juden ermordet als in Auschwitz-Birkenau. Galizien um Lemberg war Zentrum des osteuropäischen Judentums, hier befand sich die Welt des Shtetl, die unwiederbringlich ausgelöscht wurde. Daneben stand die

Großstadt Lemberg mit der drittgrößten jüdischen Gemeinde Polens. Alle Einzelbeispiele zeigen, dass Sandkühler die gesamte Bandbreite der Vernichtung von Juden, Polen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen sehr genau schildert, und zwar von der Ideologie in Hitlers „Mein Kampf“ bis zur Durchführung.

Der Autor stützt sich auf eine erstaunlich breite Materialbasis. Davon zeugen die vielen Anmerkungen auf insgesamt 83 Seiten. Er hat zahlreiche Dokumente, Akten aus deutschen und russischen Beständen, ausgewertet, hat noch lebende

200.000

Täter sollen schätzungsweise am Holocaust beteiligt gewesen sein. Neben deutschem Führungspersonal wurden Hilfskräfte verschiedener Nationalitäten herangezogen, .

Zeitzeugen aus Täter- und Opferkreisen befragt und konnte auch Fotos für sein Buch finden.

Diese zeigen fast ausnahmslos Motive aus den Lagern sowie Gruppen von wachhabenden SS-Angehörigen und Hilfspolizisten nichtdeutscher Herkunft. Es ist erstaunlich, wie genau Sandkühler Angaben über die Stärke der Wachmannschaften und ihre Herkunft macht. Er nennt Namen der Führungspersonen und ihre Tätigkeitsfelder, die unterschiedlichen Dienstgrade. Großen Raum nehmen Angaben über die riesigen Zahlen der Opfer, zumeist Juden und sowjetische Kriegsgefangene, ein.

Alle diese gesammelten „statistischen“ Angaben und Daten zeigen, dass

die deutschen Besatzer, SS, Polizeieinheiten und auch Wehrmacht, im gesamten Zeitraum (1942–44) allein nicht in der Lage gewesen waren, die Einrichtungen und den Betrieb der Vernichtungsmaschinerie in Gang zu halten. Dazu mussten Hilfseinheiten herangezogen werden. Es waren Ukrainer, Litauer, Polen und politisch unverlässige sowjetische Kriegsgefangene sowie auch Angehörige weiterer Nationen wie Franzosen, Ungarn und Rumänen im Einsatz. Die Befehlsgewalt aber lag eindeutig und klar bei den Deutschen, was sich etwa auch daran zeigte, dass der Schusswaffengebrauch bei den Hilfseinheiten reglementiert wurde.

Die Gesamtzahl der Täter des Holocaust wird auf 200.000 geschätzt. Es waren überwiegend Männer. Das deutsche Führungspersonal seien keine Randgestalten der Gesellschaft gewesen, sondern aus deren Mitte gekommen und nach dem Krieg wieder dorthin zurückgekehrt, sie seien überzeugte Nationalsozialisten gewesen. Antisemitismus war für sie Staatsräson.

Das führt, ohne dass es Sandkühler erwähnt, zum Problem der Schulddebatte nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland. Die Motive des Fußvolkes waren weniger ideologisch bestimmt. Es gab fanatische Antisemiten besonders in Ungarn, Litauen und auch in Polen, unter den sowjetischen Kriegsgefangenen waren nicht wenige Gegner des Sowjetsystems, das gilt auch für Überläufer, ansonsten waren es angepasste Kollaborateure und Menschen, die schlicht überleben wollten.

Bei den Größenordnungen der Täter und Opfer musste es trotz starker Versuche der Geheimhaltung unmöglich sein, die Öffentlichkeit in Deutschland zu täuschen. Alle Zahlen, Daten und sonstigen Angaben sind das Ergebnis einer systema-

tischen Erforschung der Massenmorde am osteuropäischen Tatort. Diese Arbeit begann erst in den 1990er Jahren und ist noch lange nicht beendet. Der relativ späte Zeitpunkt hatte politische Gründe. Erst das Ende des Kalten Krieges ermöglichte es, an die sowjetischen Archive heranzukommen, die unverzichtbar sind; das gilt auch für noch lebende Zeitzeugen.

Das Buch ist keine leichte Lektüre angesichts der grauenhaften Tatsachen, die nüchtern geschildert und aufgelistet werden. Hinter jedem Einzelnen der ermordeten Millionen steht ein individuelles Schicksal, in dieser Größenordnung unfassbar. Wozu Menschen fähig waren, berichtet folgende Passage aus dem Buch: „Während der Ausbildung hatten die SS-Männer praktischen Unterricht im Töten von Menschen. Dazu wurden in das Lager Juden gebracht, die von den Auszubildenden während ihrer praktischen Schießübungen erschossen wurden.“ Das übersteigt menschliche Vorstellungskraft. Nach den Angaben des Autors waren die Täter russische Hilfskräfte. Die europäische Dimension des Völkermords begründet der Autor damit, dass es sich auf dem Höhepunkt um eine Endlösung der europäischen Judenfrage handelt mit breiter Beteiligung nichtdeutscher Hilfstruppen.

Wer sich ernsthaft mit diesem Thema von Schuld, Verantwortung, Wegdücken beschäftigt, muss dieses Buch lesen, unabhängig vom Alter und zeitlichem Abstand zu den beschriebenen Ereignissen.

Thomas Sandkühler: „Das Fußvolk der Endlösung. Nichtdeutsche Täter und die europäische Dimension des Völkermords“, wbg Darmstadt 2020, gebunden, 431 Seiten, 40 Euro



Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen
 Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneiderei, Öck bö emol öne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
 Nr. P 533200 CD 12,95 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
 Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
 Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
 Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien
 Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flohche, vom dicken Buttgeriet und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Donnau, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enthält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten
 Nr. P 533058 CD 12,95 €



CD – Heiteres aus Ostpreußen – Mannchen ham wir gelacht! – Ostpreußische Vertellkes
 Manfred aus Preußisch-Eylau und Eduard aus Insterburg erzählen von Bauer Grigoleit, von Kaukehmen, Skaisgirren, Plebischken und vielem mehr. Und auch das Lied „Ännchen von Tharau“ erklingt, sogar auf „ostpreußische Platt“. 23 Tracks. (Gesamtspielzeit: 32 Minuten).
 Nr. P 533059 CD 12,95 €

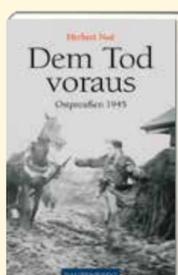


Zogen einst fünf wilde Schwäne
 24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
 Nr. P 5875 CD 12,95 €



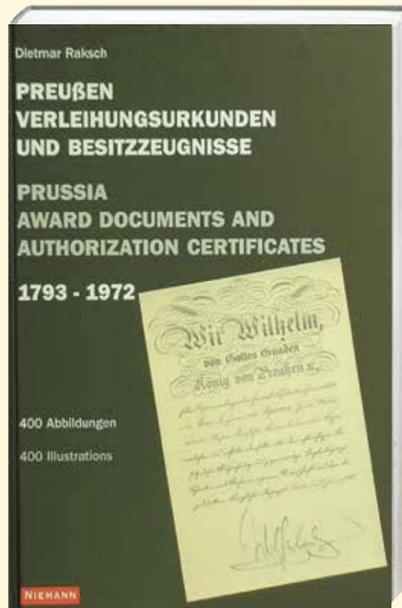
E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
 Der große Ostpreußenroman
 440 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533186 16,95 €

Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.

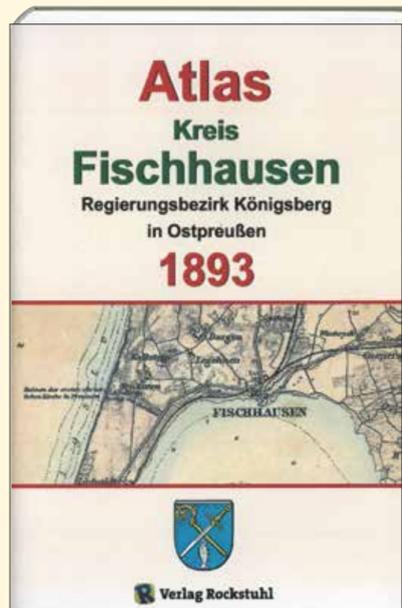


Herbert Noé
Dem Tod voraus
 Ostpreußen 1945
 Ein Zeitzeugenbericht.
 67 S/W-Abbildungen
 168 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmontaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Dietmar Raksch
PREUßEN VERLEIHUNGURKUNDEN UND BESITZZEUGNISSE
 PRUSSIA AWARD DOCUMENTS AND AUTHORIZATION CERTIFICATES
 1793 - 1972
 400 Abbildungen
 400 Illustrations
 Nr. P A1640 Gebunden 14,95 €



Atlas Kreis Fischhausen
 Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen
 1893
 Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1876/1893. Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1859 1864, einzelne Nachträge 1893- Reprint - neu als Broschur in A 4 mit Rückstich. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 175 % vergrößert. Mit Eisenbahnstrecken, Mühlen, Kirchen, Friedhöfen, Förstereien, Denkmälern und Wiesen, Weiden, Heide, Ödland, und trockenes Moor und vieles mehr.
 48 Seiten
 Nr. P A1647 Kartiert 19,95 €



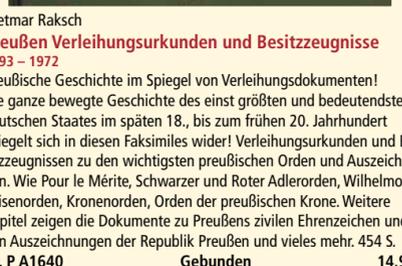
Heinz Scholz
Mein langer Weg von Schlesien nach Gotha 1933 - 1950
 Erinnerungen an ein schlesische Kindheit und Jugend in NS-Zeit
 216 Seiten/Kartiert
 Nr. P A1646 19,80 €

Mit diesem ersten Buch lädt der Autor den Leser ein, seinen Lebensweg vom niederschlesischen Heimatdorf bis in das thüringische Gotha miterleben. Das sind die Erinnerungen an seine schlesische Kindheit und Jugend während der NS-Zeit, der Krieg und das Leben im Stalinger Lager 1944 und 1945, Erinnerungen an die Rückkehr aus der Gefangenschaft und an den schweren Beginn eines neuen Lebens während der Nachkriegsjahre im Raum Erfurt - Langensalza bis zu seinem Anfang als „Neulehrer“ in Gotha. Aus einem Brief an seine Enkeltochter: „Ich will mich da als Zeitzeuge verstehen, der denkt, dass manches historische Geschehen aus dem Großen und Ganzen der jüngsten Geschichte vielleicht anschaulicher und verständlicher werden kann durch subjektiv erzählte Geschichten kleiner Leute ...“



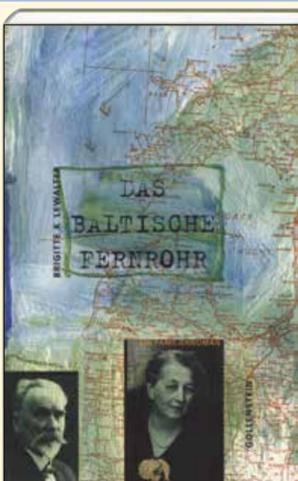
Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
 Jugenderinnerungen einer Ostpreuße
 60 S/W-Abbildungen.
 320 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.



Lo Warnecke
Auf der Flucht
 Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945-1949
 222 Seiten
 Nr. P 533116 Geb. 16,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



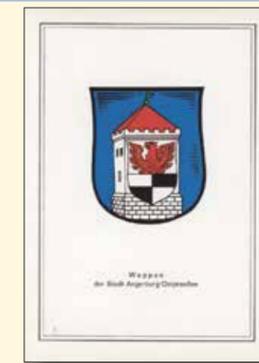
Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
 Ein Familienroman
 Dem Zaren Vasallentreue geschworen, dem Ostseeraum zugehörig, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuzetteln. Romanhaft verdichtete Biografien ranken sich um das Leben der 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann. Sie ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helenes verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm nach Riga und verbringt dort an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte. Mit wachen Sinnen erlebt sie den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Sie erleidet im Zuge des Ersten Weltkrieges die bolschewistische Besetzung Rigas, erlebt die Befreiung der Stadt und die Gründung des lettischen Staates. Das baltische Fernrohr ist zugleich eine beeindruckende Schilderung des Endes einer Epoche und des Kampfes der Letten um ihre Unabhängigkeit. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt. 389 Seiten
 Nr. P A1623 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 16,95 €



Jutta Rebmann
Als Frau in die Luft ging
 Die Geschichte der frühen Pilotinnen
 „Ein Steuerknüppel ist doch kein Rührlöffel!“ Mit solchen Kommentaren ihrer Fluglehrer wurden nicht selten Frauen konfrontiert, die in der Frühzeit der Fliegerei „in die Luft gehen“ wollten. Dabei gab es fliegende Frauen schon vor dem Flugzeug! In Deutschland begann es mit der Ballonfahrerin Käthe Paulus, die lang vor dem 1. Weltkrieg in mutigen Selbstversuchen Bahnbrechendes bei der Vervollkommnung des Fallschirms leistete und damit so manch späterem Flieger das Leben rettete! Ihre Nachfolgerin Melli Beese saß schon am Steuer „richtiger“ Flugzeuge. Wir treffen auf Elly Beinhorn und die legendäre Testpilotin Hanna Reitsch, auf die amerikanische Ozeanfliegerin Amelia Earhart und noch manch andere Namen rund um den Globus. Und wer hätte gedacht, dass ausgerechnet Beate Uhse schnittige Jagdflugzeuge für die Luftwaffe einflieg? Lebensbilder, die zugleich die ganze Geschichte der Fliegerei widerspiegeln.
 415 Seiten einige S/W Abbildungen
 Nr. P A1633 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 9,95 €



Das Lineol-Bilderbuch 1938
 Er ist wieder da! Ein vorbildgetreuer und historisch aufschlussreicher Nachdruck des legendären Spielzeugkataloges aus der Vorkriegszeit! Hier findet man all das wieder, was damals Kinderherzen höher schlagen ließ: Soldaten und Kanonen, Autos, Zelte, Trapper und Indianer, Haus- und Zootiere und noch so manches mehr... Eine völlig andere Spielzeugwelt als sie heutige Kinder kennen. Zahlreiche S/W Abbildungen, 36 Seiten
 Nr. PA1642 Kartiert 10,00 €



Postkartenblock mit ca. 35 Postkarten mit den Stadtwappen ost- u. westpreußischer Städte
 Nr. P A1606 Postkarten 12,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Anfang vergangener Woche wurde bei einem nächtlichen Angriff nicht nur die Schaufensterscheibe des Dresdner Buchhauses Loschwitz zerstört. Pyrotechnik und Buttersäure richteten auch Schäden im Geschäft an. Linke und andere politisch Wohlmeinende stören sich schon länger am Angebot der Buchhandlung, an dem Programm des angeschlossenen Kulturhauses und am Engagement der Inhaberin Susanne Dagen, die etwa die „Charta 2017“ initiierte. Mit einer ungewöhnlichen Aktion unterstützte der Verleger Götz Kubitschek nun das Buchhaus nach dem Anschlag. Über seinen Blog bot er eine Reihe der ruinierten Werke an: Als Bücher seien sie nun unverkäuflich, aber auch nicht so säuregetränkt, dass „ihr Besitz gänzlich unzumutbar wäre“, das Ganze sei jetzt „Performance-Kunst“. Der Erlös gehe nach Loschwitz. Innerhalb kürzester Zeit waren die „Kunstwerke“ ausverkauft. Einer Bitte Kubitscheks entsprechend, wurde meist großzügig aufgerundet und mehr als das Doppelte des ursprünglichen Buchpreises gezahlt. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Weigelt, Chef des Hausärztleverbandes, beklagt in der „Wirtschaftswoche“ (22. April) überschäumende Bürokratie bei der Impf-Verwaltung:

„Es gibt erstens immer noch nicht genügend Impfstoff, teilweise bekommt eine Praxis nur ein Fläschchen pro Woche. Und zweitens ist der bürokratische Aufwand enorm, wir verbrauchen quasi ganze Wälder, so viele Papiere müssen ausgedruckt, unterzeichnet und abgehftet werden. Das ergibt inhaltlich keinen Sinn, die Leute wollen geimpft werden, nicht neun Zettel unterschreiben.“

Auf seinem Blog „Unbesorgt“ (21. April) wirft Roger Letsch einen Blick auf das Wahlprogramm der Grünen:

„Die Programmatik (ist) inhaltlich eine Folterkammer für die Freiheit, aber niemanden kümmert es. Alle Grausamkeiten stehen im Programmwurf versammelt, aber niemand scheint den beabsichtigten Kahlschlag der wirtschaftlichen Grundlagen und der Demokratie wirklich ernst zu nehmen.“

Den Initiatoren der Aktion „Allesdichtmachen“, welche die Lockdown-Maßnahmen kritisiert, wird vorgeworfen, „Beifall von der falschen Seite“ (nämlich von rechts) erhalten zu haben. Dazu schreibt Ramin Peymani auf seinem Blog „liberale Warte“ (26. April):

„Gelten darf das Richtige nur dann, wenn es nicht von den ‚Falschen‘ gesagt oder beklatscht wird. Die Folge ist, dass eine Mehrheit lieber gar keine Meinung mehr vertritt, weil sie riskiert, dafür an den Pranger gestellt zu werden, dass ihre Ansicht von jenen geteilt wird, denen die polit-medialen Demokratiegegner am liebsten keine Grundrechte mehr zustehen möchten.“

Einer der Teilnehmer der Aktion „Allesdichtmachen“, der „Tatort“-Regisseur Dietrich Brüggemann, richtet den Blick im Gespräch mit „ntv.de“ (24. April) auf eine, wie er sagt, „bittere Wahrheit“:

„Wenn wir sagen, jeder Corona-Tote ist einer zu viel, dann können die Maßnahmen nie genug sein, und das kritisieren wir mit dieser Aktion. Das führt dann irgendwann zum Exzess, den übersteigern wir, indem wir es noch mal viel weiter drehen. Die Message, die dabei rauskommen könnte, und das ist die bittere Wahrheit, ist: Dass es uns als Gesellschaft irgendwann gelingen muss, dass wir auch Corona in unser etabliertes, erprobtes Verhältnis zum Tod einbauen.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Klarer Appell

Warum die Maßnahmen immer härter werden müssen, und wofür Jan Josef Liefers büßen muss

VON HANS HECKEL

Das Ziel ist ja, die „Zügel fester zu ziehen“, und immer fester und fester und fester. Bis sich gar nichts mehr rühren kann. Wichtig ist dabei, dass die Deutschen die Zügel auch spüren, sonst hat das alles keinen Sinn. Da sind diese Debatten über Untersuchungen internationaler Wissenschaftler, die belegen, dass Ausgangssperre oder Maskenpflicht im Freien praktisch nichts bringen und die meisten Lockdown-Maßnahmen fast ebenso wenig, alles andere als hilfreich.

Denn darum geht es doch gar nicht. Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat es offen ausgesprochen: Die Zwangsmaßnahmen dienen vor allem dazu, den Leuten die „Dramatik“ vor Augen zu führen. Man beschließt also Blödsinn, damit es sich „dramatisch“ anfühlt. Wer da jetzt mit Logik oder Vernunft kommt, zielt ins Leere. Inkompetente Typen stehen nicht auf Augenmaß und Vernunft, weil ihre Inkompetenz dann sofort auffliegt. Sie wollen blinde Gefolgschaft, bei der keiner wagt zu fragen. Dann bleibt ihre Unfähigkeit im Dunkeln, gut geschützt und verschattet durch Drohungen und Strafen.

Die Inkompetenz unserer Regierung bei der Maskengeschichte, dann bei den „Sofort“-Hilfen für Lockdown-Geschädigte und schließlich bei der versammelten Impfstoffbeschaffung hat ein gefährliches Maß erreicht. Aus diesem Grunde kann sie sich nur mehr durch die allerhärtesten Zwangsmaßnahmen vor den skeptischen Fragen der Öffentlichkeit schützen. Daher kommt auch ständig noch was Neues dazu.

Allerdings sollte dieser Zusammenhang am besten niemandem auffallen. Leicht gesagt, denn im Lande hungern Menschen herum, die schon etwas Erfahrung im Gepäck haben und daher wissen, dass autoritäres Gebilde ein sicheres Zeichen für Inkompetenz darstellt. Weil sie das schon mal in voller Blüte bewundern durften, wie Jan Josef Liefers in der DDR. Der hat die autoritären Knalltönen erkannt und ihnen mit gut vier Dutzend Kollegen etwas angetan, was sie am wenigsten vertragen können: Die Schauspieler sind ihnen mit Humor und Sarkasmus auf die Füße getreten.

Mit „Allesdichtmachen“ trieben sie die Zusperrerei der Inkompetenten satirisch auf die Spitze und überführen den Lockdown-Fanatismus als blanke Idiotie. Verwirrung und

Empörung kennen seitdem keine Grenze. Zum Glück mussten die Politiker nicht selbst in die Bütt steigen, folgsame Schauspieler sprangen für sie hinein. In einem Land mit derart großzügiger staatlicher Film- und Theaterförderung durfte man das ja wohl auch erwarten! Dankbarkeit ist nicht nur eine Zier, sondern auch eine Pflicht.

So legen sie sich richtig ins Zeug, die Reaktionen auf „Allesdichtmachen“ strotzen teilweise vor Aggressivität. Auslöser der Gifigkeit ist die Verwirrung im Lager der Regierungsfrommen, welche die Kulturjournalistin Elke Schmitter („taz“, „Zeit“, „Spiegel“, „Süddeutsche“) in wunderschöne Worte gewickelt hat: Die Regierungskritik der Schauspieler sei „so diffundierend“, ihr fehle „ein klarer Appell“, es werde nicht klar, was die Beteiligten wirklich erreichen wollten, die Botschaft sei „doppeldeutig“ und könne daher „falsch verstanden“ werden. „Was ist das eigentlich?“, bleibt Schmitter ratlos zurück.

Was „diffundiert“ da bloß?

Nein, so was! „Doppeldeutige“ Ironie? Künstler ohne „klaren Appell“? Das geht offenbar gar nicht. Schmitter hätte auch die Klampfe zur Hand nehmen und „Sag mir wo du stehst“ singen können, das bekannte Kampflied der FDJ-Band „Roter Oktober“. Ihre Einwendungen lassen sich ohne inhaltliche Verkürzung auf den stalinistischen Liedtext zusammenfassen. Wenn Künstler also politisch werden, muss das Resultat auf ein Transparent passen – mit klarem Feindbild und einer linientreuen Parole, die auch ein Achtjähriger versteht, sonst „diffundiert“ da noch was!

Der Schauspieler und „Tatort“-Kommissar Hans-Jochen Wagner ist sogar regelrecht „entsetzt“. Warum? „Weil ich nichts verstanden habe.“ Nun ja, kann vorkommen. Ihm sei unklar, für wen die „Allesdichtmachen“-Leute um Liefers stehen (schon wieder „Sag mir ...“). Ein SPD-Politiker im WDR-Rundfunkrat fordert gleich, Mittätern der Aktion den Job beim Staatsfunk zu kündigen.

Ein Dauerargument autoritärer Peitschenschwinger durfte nicht fehlen. Sie bringen es zu allen Zeiten gegen Witz und Satire in Stellung: Die Lage sei viel zu ernst für Sarkasmus, die Uhr zeige nämlich schon „fünf nach zwölf“. Früher hieß das: An der Front wird nicht diskutiert oder gar gewitzelt, da wird gehorcht und gekämpft – strammgestanden! Das versteht natürlich jeder und schlägt ohne nachzudenken willig die Hacken

zusammen. Die autoritären Inkompetenten wissen um diesen Reflex und lösen daher immerzu höchsten Alarm aus. Genau das hat übrigens Jan Josef Liefers in seinem „Allesdichtmachen“-Video beschrieben. Ein Verrat an der obrigkeitlichen Taktik, für den er büßen soll.

Zutiefst, klar und eindeutig – bravo!

Wie sich zu unserer Erleichterung zeigen sollte, greifen die Zügel der Mächtigen trotz solcher Zwischenfälle immer noch recht gut, auch die Peitsche verfehlt ihre Wirkung nicht. Ein Drittel der aufmüpfigen Schauspieler ist bereits zu Kreuze gekrochen, Heike Makatsch schrieb, sie „bereue zutiefst“. Sie distanzieren sich „klar und eindeutig“ von ... wovon noch gleich? Von jeder Art des Widerspruchs gegen die Regierungslinie? Nein, so schreibt man das heute nicht mehr. Makatsch distanziert sich „von rechtem Gedankengut und rechten Ideologien“. Bravo!

Hoffentlich rettet sie das. Die Tribunale der Politischen Korrektheit können sehr nachtragend sein. Vielleicht sollte sich Makatsch sicherheitshalber noch einmal ganz scharf von der Opposition im Bundestag distanzieren, dann gibt's neben Vergebung womöglich noch einen Preis für „Zivilcourage“ als Zuckerl obendrauf. Aber erst in ein paar Jahren. Erst muss noch etwas Gras über ihre schändliche Mittäterschaft bei „Allesdichtmachen“ wachsen.

Aber müssen wir uns denn immerzu streiten? Nein, sicherlich nicht. Und das tun wir ja auch gar nicht. Selten haben große deutsche Medien so sehr in Eintracht und euphorischer Zustimmung geschwelgt wie in den vergangenen zwei Wochen. Vor Annalena Baerbock verneigt sich fast der gesamte Blätterwald und der Senderhimmel darüber gleich mit. Das Titelbild des „Spiegel“ war dem Anschein nach diesmal nicht von Journalisten, sondern vom Baerbock-Wahlkampfteam ausgewählt worden, perfekte PR. Die „Zeit“ erklärt die journalistische Schwärmerie mit den schlichten Worten: „Weil nichts gegen sie spricht.“

Nun muss die Grüne nur noch Kanzlerin werden. Danach sagt die Journalie nichts mehr, was gegen die Regierung gerichtet sein könnte, weil gegen die schließlich „nichts spricht“, und die Verschmelzung von politischer Macht und schreibender Zunft wäre (wieder) perfekt. Da „diffundiert“ dann nichts mehr.

„Sag mir, wo du stehst“:
Ironie und Sarkasmus sind nicht mehr zu tolerieren



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Es ist nicht alles gut in der Marktwirtschaft, aber da, wo es gut ist, ist Marktwirtschaft. Das ist Fakt.“

Dieter Nuhr, Kabarettist, erklärt in der „Welt“ (26. April), warum er Kapitalismusfeindschaft und Sozialismusverklärung nicht verstehen kann